

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Frühjahr 2009
Nr. 163, 38. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die Krise – und was zu tun ist



Die Dimensionen der Wirtschaftskrise nehmen immer größere Ausmaße an. Was als Immobilien- und Finanzkrise begann, hat nun auf die reale Produktion durchgeschlagen. In gegenseitiger Wechselwirkung heizt die Annullierung fiktiven Kapitals im Finanzwesen die Entwertung von realem Kapital, d. h. von Produktionsmitteln, in großem Umfang an.

Die Vertreter der neoliberalen Ideologie haben sich nicht nur bis auf die Knochen blamiert, das wäre zu ertragen und ihnen zu gönnen, sondern die von ihnen durchgesetzte Deregulierung in Verbindung mit Globalisierung im neoliberalen Sinn, die Aufhebung der Kontrollrechte des Staates bei ihren Spekulationen und Verschleierungen von Geldbewegungen, erweist sich als Treibmittel für die immer weitergehende Verschärfung der Krise und die Verunsicherung an den Finanzmärkten. Neoliberale Methoden, vor allem die Umverteilung von unten nach oben, allerdings sind geblieben. Globalisierung und Deregulierung, das freie Spiel der Märkte, hat nicht etwa Wohlstand für alle gebracht, wie diese Wirtschafts„weisen“ versprochen, sie führt für die Lohnabhängigen zu Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, Gefährdung der Renten, in vielen Fällen zur Entwertung von Ersparnissen und auf jeden Fall zur Staatsverschuldung, deren Zinsen und Tilgungen überwiegend von den Steuern der Lohnarbeiter zu zahlen sein werden.

Auf ihrer Sitzung am 22. Februar 2009 in Berlin haben die wichtigsten Regierungschefs der EU zwar vereinbart, daß die Finanzwirtschaft stärker überwacht werden müsse, doch das sind unverbindliche Absichtserklärungen, solange keine Einigung innerhalb der EU – vor allem aber mit den wichtigen Nationen USA, China, Rußland u. a. – herge-

stellt werden kann. Es ist unwahrscheinlich, daß die Macht des Finanzkapitals – so sehr dessen Ansehen z. Zt. auch gesunken ist – so einfach durch Regierungsbeschlüsse eingedämmt werden kann, selbst wenn der Wille dazu vorhanden sein sollte.

Entwicklung des Finanzkapitals

Die Verluste bei Hypothekenkrediten haben auf alle wichtigen Formen des Kredits übergreifen. Die Rahmen der Kreditkarten vor
Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

– Die Krise – und was zu tun ist	Seite 1
– „Die Stunde der politischen Ökonomie“	Seite 8
– Der Gipfel der Erbärmlichkeit	Seite 11
– Die Weltwirtschaftskrise verschärft sich dramatisch	Seite 16
– Streiks bringen Anlagen-Bau in Großbritannien zum Stillstand	Seite 23
– Bewegt sich Uruguay weiter nach links?	Seite 24
– Vietnam – der etwas andere Sozialismus?	Seite 26
– Israel und Hamas haben gesiegt – und wer hat verloren?	Seite 31
– ARD setzt Sendung über Krieg in Gaza ab	Seite 34
– Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?	Seite 34
– November 1918 – Versuchte Revolution	Seite 37
– Rezension: Abendroth/Oppositionspolitik	Seite 40

In eigener Sache

Die sich rapid ausweitende Weltwirtschaftskrise und ihre Bedeutung haben dazu geführt, dass die verschiedenen Aspekte der Krise zum Hauptthema dieser Ausgabe wurden. In zwei Artikeln gehen wir dem Verlauf, den Zusammenhängen und den Ursachen nach. Wir versuchen, herauszuarbeiten, welche Aufgaben für Kommunisten heute anstehen. Es folgen einige Beiträge, die die Kapitalismuskritik verschiedener Linker untersuchen. Ein Genosse aus England berichtet vom Verhalten der britischen Arbeiterbewegung angesichts der dort überaus schwierigen Lage sowie über gewerkschaftliche Sumpflüden, die leider zu verzeichnen sind. Von fehlendem Kampfgeist handelt auch ein Artikel, der sich mit der drohenden Schließung des Quimonda-Werks in Dresden befasst.

Erfreulicheres ist dagegen aus Südamerika zu hören. In Uruguay stehen Wahlen bevor, bei denen die Linken gute Chancen haben. Ein Genosse schildert seine Eindrücke einer Reise nach Vietnam und was sich dort politisch verändert hat. Als Kommentar zur israelischen Invasion im Gazastreifen lassen wir eine Stimme aus Israel zu Wort kommen in Form eines Nachdrucks aus „Challenge“. In der Diskussion über diesen Krieg gibt es in Deutschland keine echte Redefreiheit. Die Zensur in der ARD wird in einem Nachdruck behandelt.

Ein Nachdruck aus der UZ behandelt die Frage: „Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?“ Der Stellung dazu ähnelt der, wie sie unsere Gruppe schon vor vielen Jahren vertreten hat. In die Vergangenheit führt ein alter Artikel aus dem „Express“: „November 1918 / Versuchte Revolution“ von Paul Frölich, der in der Weimarer Republik in der KPO und später in der SAP eine wichtige Rolle spielte. Mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung befasst sich die Rezension der Neuerscheinung „Oppositionspolitik“. Diese politische Biographie von Wolfgang Abendroth streift auch das Thema KPO.

Wir legen diesem Heft einen Überweisungsschein bei zur Begleichung des Abos 2009. Wir sind dringend auf Spenden angewiesen! Allen, die schon bezahlt haben, danken wir herzlich!

Eine Bitte im eigener Sache:
Immerwieder kommt es vor, daß unsere Leserinnen und Leser bzw. die Autoren ihre Texte auf dem heimischen Rechner zwar abtippen uns aber nur den Ausdruck zukommen lassen. Das nochmaliges abtippen bzw. einscannen erfordert unnötige Aufwand und es schleichen sich unbeabsichtigte Fehler ein. Deswegen unser Apell: Schickt eure Artikel uns bitte in elektronischer Form zu! Am liebsten als .txt, .rtf oder als .doc.



Am 23. und 24. Mai findet wieder in München unser jährliches Diskussionstreffen der Gruppe statt, zu dem wir alle Leser und Sympathisanten einladen!. Näheres über unsere Redaktionsadresse oder abends unter der Rufnummer 0911/5180381.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg
 Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
 Verleger, Zuschriften:
 Thomas Gradl, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
 Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

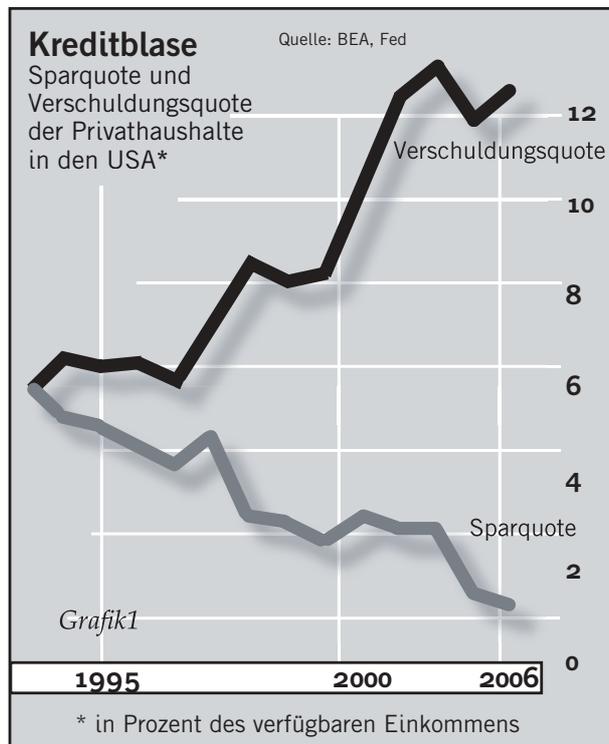
allem in den USA sind in vielen Fällen weit überzogen. Generell gelten Konsumentenkredite für z. B. Autokauf, Studendarlehen usw. als unsicher. (vgl. Grafik 1) Kurzfristige Kredite (commercial papers) für das produktive Kapital, die bis vor ca. einem halben Jahr meist problemlos und für geringe Zinsen erhältlich waren, werden nur noch an „erste Adressen“, d. h. die wenigen kreditwürdigen Firmen, vergeben. Das sind Wechselwirkungen der Überproduktionskrise des produktiven Kapitals, vorwiegend noch der Konsumgüterindustrie auf das Kreditwesen. Dafür lagern die Finanzinstitute das Geld lieber zinslos bzw. zu den billigen Zentralbankzinsen bei der Europäischen Zentralbank, der Bank of England oder der US-Fed bzw. dem US-Schatzamt. Es handelt sich nach glaubwürdigen Schätzungen um dreistellige Milliardenbeträge. Dort bringt es zwar kaum Profit, doch es ist wenigstens sicher.

Abdankung der Staaten als Finanzaufsicht

Der „*Vertrauensverlust*“ der Banken untereinander ist kein psychologisches Problem oder eine Mode. Die Banken haben berechtigten Grund zu Mißtrauen. Weil die „Wirtschaft“ durch staatliche Gesetze und Vorschriften (z. B. Bilanzrichtlinien) doch nur eingengt und behindert würde, so die neoliberale Doktrin, schafften alle wichtigen Industrieländer (Frankreich noch am wenigsten) im Namen der Deregulierung und der Selbstheilungskräfte des Marktes diese Vorschriften weitgehend ab.

Die Folge: Die Bilanzen und Buchungsunterlagen der Finanzinstitute geben nur noch unvollkommen die tatsächlichen Vermögensverhältnisse und vor allem die Risiken wider. „*Zweckgesellschaften*“ (poetisch „*Schattenbanken*“ genannt), meist in „*Offshore-Finanzplätzen*“, erscheinen nicht mehr in den Bilanzen der Banken, die sie gegründet hatten; ihre Verluste und Schulden müssen

aber von diesen bezahlt werden. Da es sich dabei häufig um mehrstellige Milliardenbeträge (z. B. IKB, Hypo-Real-Estate u. a.) handelt, ge-



raten auch die „Mutterinstitute“ in Zahlungsschwierigkeiten. Die Masse der „*toxischen*“ (giftigen) Papiere in ihren Bilanzen geraten durch die Übernahme von den Zweckgesellschaften unverhofft und für Außenstehende unvorhersehbar in noch höhere Größenordnungen. Deshalb werden auch Tagesgelder innerhalb des Bankensystems nicht mehr gewährt. Der Zahlungsverkehr zwischen Banken, Unternehmen und auch Privatleuten wird dadurch gefährdet.

Der Anreiz für die Ausgliederung riskanter Geldanlagen war groß. Wer Gewinnraten von 20 oder 25 % des eingesetzten Eigenkapitals für normal hielt (wie u. a. Herr Ackermann), der mußte Fremdkapital aufnehmen (Schulden machen) um z. B. mit geringem Eigenkapital- und hohem Fremdkapitaleinsatz „Wert“papiere zu kaufen oder andere Firmen zu übernehmen, auszuschlachten und dann zu verkaufen oder in Insolvenz gehen zu lassen (Investment Banking). Solche „Renditen“ verleiteten auch Pensionsfonds, Kleinanleger aber auch Banken dazu, derartigen „Investoren“ Geld zu leihen.

Geldmengen

Die Zentralbanken haben gewaltige Mengen von Geld in die Wirtschaft gepumpt. Die Staaten machen es ihnen nun mit den Konjunkturpaketen nach. Dabei handelt es sich nur um Geldzeichen, denen kein Wert, d. h. durch gesellschaftliche Arbeit produzierte Waren aller Art, gegenübersteht.

Die Goldwährung mit Banknoteneinlöschungspflicht ist seit 1914 abgeschafft. Das Abkommen von Bretton Woods, das den Dollar als internationale Leitwährung festschrieb, aber auch eine zumindest teilweise Deckung zusätzlicher Dollars durch Gold (Wert) vorsah und damit Geldvermehrung in Grenzen hielt, wurde 1971 gekündigt. Damit gab es keine Dämme mehr gegen potentiell uferlose Geldvermehrung. Wenn Staaten in Verbindung mit ihren Zentralbanken heute Geld in die Märkte werfen, handelt es sich um reine Geldzeichen, die tendenziell inflationär wirken, weil das Verhältnis von Geld als Anspruch auf eine gleichwertige Menge an Waren zugunsten der Geldzeichen verschoben wird. Falls man makroökonomisch überhaupt noch von Geld als allgemeinem Äquivalent (Gleichwertigem) sprechen will, stehen immer mehr Geldzeichen immer weniger Gütern gegenüber. Noch besteht in den meisten Nationalstaaten, vor allem in den Industrieländern, genug Vertrauen in die jeweiligen Währungen, daß diese als allgemeines Äquivalent im normalen Zahlungsverkehr angenommen werden. Doch wie lange das noch anhalten wird, ist ungewiß.

Die Masse an neu in die Finanzwirtschaft gepreßten Geldzeichen macht das Entstehen neuer „Blasen“ wahrscheinlich. Kreditkarten stehen jetzt schon im Verdacht unseriöser Kreditaufnahmen vor allem in den USA, wo Kreditkarten in noch weit stärkerem Maße als z. B. in Deutschland als Zahlungsmittel genutzt werden.

Geldmangel?

Es ist immer noch ein Überschuß an anlagensuchendem Geldkapital am Markt. Nur fehlt es an sicheren, d. h. als sicher und profitabel angesehenen, Anlagemöglichkeiten. Wo solche gesehen werden, gibt es auch Kredite. So hat der Siemens Konzern Anfang Februar 2009 eine langfristige Anleihe von immerhin 4 Mrd. Euro in 2 Tranchen problemlos an den Börsen absetzen können, obwohl die Zinsen für die erste Tranche nur wenig über 4 % liegen. Das Angebot soll sogar mehrfach überzeichnet gewesen sein.

Auch in den Ölländern wie etwa Saudi-Arabien, Libyen, Kuwait u. a. gibt es noch große Mengen Geldkapital. Die Gold- und Devisenreserven Chinas sind immer noch gewaltig. Nach den spektakulären Schieflagen wichtiger Banken, Hedge-Fonds und anderer „Investoren“ trauen diese Besitzer von Geldkapital den üblichen Anlageformen (mit o. g. Ausnahmen) und deren Besitzern aber nicht mehr über den Weg (mit gutem Grund). Das beeinflusst auch den Reproduktionsprozeß des realen Kapitals.

Einbruch der Finanzkrise in die reale Produktion

„... bildet sich mit der kapitalistischen Produktion eine ganz neue Macht, das Kreditwesen, das in seinen Anfängen verstorben, als bescheidne Beihilfe der Akkumulation sich einschleicht, durch unsichtbare Fäden die über die Oberfläche der Gesellschaft in größern oder kleinern Massen zersplitterten Geldmittel in die Hände individueller oder assoziierter Kapitalisten zieht, aber bald eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird und sich schließlich in einen ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale verwandelt.“ (Marx, *Kapital Bd. I, Kap. 23*)

Natürlich gab es Ansätze einer Überproduktionskrise schon vor dem Ausbruch der Immobilienkrise. Ich befaße mich im folgenden vor allem mit der Autoindustrie, einmal weil sie (einschließlich Zulieferern) den größten Markt an langlebigen Konsumgütern bedient; zum andern weil der Produktionsausbau dort am schnellsten vor sich ging.

Die großen Konzerne erwarben mit Hilfe von Kredit ihre kleineren Konkurrenten (Saab, Jaguar, Volvo, Vauxhall, Bentley, Dacia u. a.). Der Überakkumulation wurde dadurch Vorschub geleistet. Um der Konkurrenz Marktanteile abzujaßen, wurden immer neue Modelle aufgelegt und die Kapazitäten ausgeweitet. Vor allem in der Produktion von PKW zeigten sich Absatzprobleme, zunächst vor allem da, wo die Industrie weiterhin große, luxuriöse und spritfressende Autos herstellte und technische Entwicklungen wie Hybridtechnik, Elektro- und Wasserstoffmotor zu wenig berücksichtigte.

Die Lücke zwischen Produktionsmöglichkeiten und Absatz wurde zunächst überbrückt. Auf Seiten des Kapitals durch Anleihen; auf Seiten der Käufer durch Konsumentenkredite, häufig „abgesichert“ durch Hypotheken oder Kreditkarten. Die Unterkonsumtion wurde durch den Rückgang bzw. die Stagnation der Reallöhne angeschoben. In Deutschland gab es trotz des „Aufschwungs“ einen – wenn auch geringen – Rückgang des Reallohns in den letzten Jahren. In anderen Industrieländern gab es zwar keinen Rückgang, doch nur so geringe Zunahmen, daß die Massenkaufrkraft hinter dem Aufbau zusätzlicher Kapazitäten zurückblieb.

Die Lücke zwischen Überproduktion und realer Massenkaufrkraft wurde vor allem in den USA, Großbritannien und Spanien durch leicht und ohne tatsächliche Sicherheiten erhältliche Konsumentenkredite zunächst überspielt. Mit dem Ausbruch

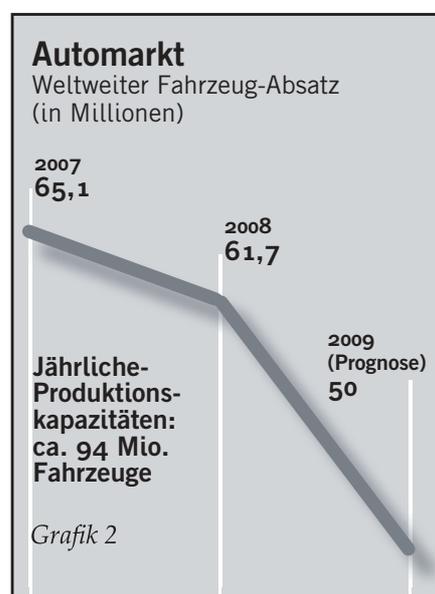
der Immobilienkrise (siehe *Arsti* Nr. 157, Herbst 2007, „Globalisierte Grundstückskrise“) war es damit vorbei. Der Absatz, der ohnehin hinter den Kapazitäten der Autoindustrie zurücklag, brach noch weiter ein (siehe Grafik 2). Natürlich gab und gibt es Unterschiede innerhalb der Autobranche. Die Hersteller von Kleinwagen scheinen bis jetzt weniger betroffen.

Mit dem Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft mit den USA als Vorreiter verschärfte sich der Rückgang der Massenkaufrkraft noch zusätzlich durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit bzw. Lohnabbau u. a. durch Kurzarbeit. Die anderen Industrieländer zogen und ziehen schnell nach.

In Deutschland hält sich die Konsumschwäche und der Anstieg der offiziellen Arbeitslosigkeit zwar – noch – in Grenzen. Im Februar 2009 war nach offizieller Statistik noch kein Rückgang des Konsums festzustellen. Wenn u. a. Arbeitslosigkeit für weitere Abnahme des real verfügbaren Einkommens sorgt, wird sich das ändern (Grafik 3). Bei dem bis jetzt geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit ist zu beachten, daß das daran liegt, daß Leiharbeiter und befristet Beschäftigte als Puffer genutzt wurden und als erste „freigestellt“ wurden. Schön für die Statistik. Das ändert aber nichts am Rückgang der Masseneinkommen und damit längerfristig der Massennachfrage nach Konsumgütern.

Der Mechanismus zur Zentralisierung der Kapitale (s. o.) hat seinen Dienst getan. Doch jetzt schlägt die reale Krise auf die Kreditwirtschaft zurück. Bisher als „erstklassig“ geltende Kredite z. B. an General Motors wurden unsicher. Die Masse der „toxischen“ Papiere in den Büchern von Banken, Hedge-Fonds und anderen Finanzinstituten nimmt rapide zu. Es geht längst nicht mehr „nur“ um Derivate von Hypothekenkrediten. Das verstärkt die Notlage von Kreditinstituten und die Unsicherheiten im Finanzsektor.

Die Rating-Agenturen spielen weiter ihre Rolle als höchst unzuverlässige Gutachter für die Bonität von Krediten. Sie wirken als Verstärker – früher in die Richtung guter Beurteilung und damit als Anregung zur Vergabe von Kredit – jetzt umgekehrt.



Selbstverständlich können die Entwicklungen in Industrie und Finanzwirtschaft nur in globalen Zusammenhängen gesehen werden. Das macht das Eingreifen nationaler Regierungen, das ja nur im Rahmen der Nationalstaaten erfolgen kann, zusätzlich fragwürdig.

Die Entwicklung in der Realwirtschaft nähert sich immer mehr der klassischen Überproduktionskrise. Geringe Nachfrage relativ zu den Kapazitäten der Konsumgüterindustrie (Abteilung 2 des Kapitals nach Marx) bringt die Nachfrage nach Produktionsmitteln weitgehend zum Erliegen. Die Maschinen- und Ausrüstungsindustrie (Abteilung 1 des Kapitals) findet keine Abnehmer mehr. Welches Unternehmen mit Absatzschwierigkeiten z. B. in der PKW-Produktion wird noch zusätzliche Maschinen u. a. kaufen, wenn es die vorhandenen schon nicht ausnutzen kann?

Auch die Stahlproduktion geht zurück, wenn weniger Auto-Karosserien gebraucht werden. Die Abnahme der Handelsvolumina lastet die Containerschiffe weniger aus. Also nehmen auch die Aufträge an Werften ab. Die Rezession pflanzt sich entlang der Wertschöpfungskette durch die Realwirtschaft fort.

Für Deutschland, dessen Stellung als „Exportweltmeister“ neben Autos zum guten Teil auf der Fertigung und dem Export von qualitativ hochwertigen Werkzeugmaschinen beruhte, wirkt sich das in besonderem Maße aus. Wichtige Abnehmerländer (China, Osteuropa) stornieren in großem Umfang ihre Bestellungen, weil die Konsumgüterindustrie dieser Länder Umsatzeinbrüche erleidet und daher auch nicht an Erweiterungsinvestitionen interessiert ist. Für Osteuropa kommt hinzu, daß deren Industrialisierung zum überwiegenden Teil mit Krediten west-

licher Banken und Fonds finanziert war. Diese Kredite sind versiegt. Sie werden sogar massiv zurückgefordert, was von den osteuropäischen Kapitalen nur teilweise geleistet werden kann. Damit erhöht sich die Masse unsicherer Kredite. Diese tragen wiederum zur Verschärfung der Finanzkrise bei.

Bei einigen Ländern Osteuropas (Ungarn, Lettland), die besonders mit den zweifelhaften Segnungen üppig fließender Kredite westlicher Banken bedacht wurden, wächst die Tendenz zum Staatsbankrott. Das würde bedeuten, daß diese Länder keine Staatsanleihen mehr bekommen und gezwungen sein könnten, ihre Schulden ganz oder teilweise zu annullieren.

Früher waren Krisen zumindest schwerpunktmäßig auf bestimmte Regionen konzentriert (z. B. Mexiko-, Ostasien-, Südamerika-Krise). Andere Regionen wurden weniger betroffen, konnten Kredite geben oder Waren der Krisenregionen kaufen. Dem hat die „Globalisierung“ ein Ende gemacht. Die gegenwärtige Krise hat alle Regionen entwickelter und unentwickelter Länder erfaßt. Auch die „unentwickelten“, auf Rohstoffausfuhren angewiesenen Länder werden in den Strudel hineingezogen, weil durch die Rezession in den industrialisierten Ländern die Nachfrage nach

Rohstoffen zurückgeht und die Preise deshalb sinken.

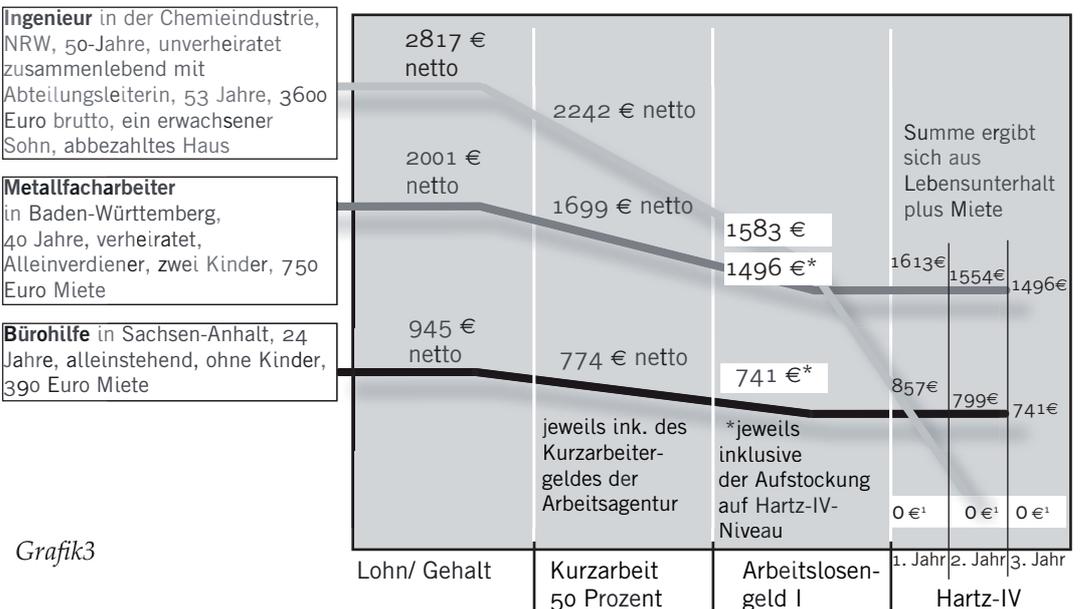
Der Staat als Retter?

Die Insolvenz (Zahlungsunfähigkeit), wichtiger Banken wird als Zusammenbruch des gesamten Kreditwesens und des Zahlungsverkehrs gesehen. Kredit wird auch als unentbehrlich für die erweiterte Reproduktion des Kapitals betrachtet. Die Staaten versuchen deshalb, überschuldete Kreditinstitute durch Bürgschaften und/oder Zufuhr von Geldkapital auf Kreditbasis oder Kapitalbeteiligung zu retten. Die USA waren auch hier Vorreiter – aber sehr inkonsequente. Die großen Immobilien-Finanzierer Fannie-Mae und Freddy-Mac wurden gestützt und gleichzeitig unter staatliche Verwaltung gestellt. Andere Geldkapitale gingen in Insolvenz. Nicht allein die Großbank Lehman-Brothers, die große Sparkasse Washington Mutual sondern hunderte kleiner Banken und Sparkassen (Save and Loan) gingen pleite. Diese inkonsequente Politik, deren rationale Grundlage (?) niemand verstand, trug nicht gerade zur Vertrauensbildung auf dem Finanzmarkt bei.

In Großbritannien übernimmt der Staat Teile des Aktienkapitals von Banken (z. B. Royal Bank of Scot-

Ebbe im Portemonnaie

Wie viel Geld es bei Kurzarbeit und bei Arbeitslosigkeit pro Monat gibt



Grafik3

1 Das Nettoeinkommen der Lebensgefährtin ist mit 2056 Euro höher als der für das Paar infrage kommende Alg-II-Regelsatz. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Tarifarchiv Hans-Böckler-Stiftung

land u. a.). In Deutschland wird diese Möglichkeit erwogen, doch scheut die Bundesregierung im besonders krassen Fall der Hypo Real Estate (HRE) bisher davor zurück. Ein Großinvestor, die Flowers-Gruppe, pokert bei HRE um die Übernahmepreise.

Eine Diskussion in den Medien um das schlimme Wort Enteignung ist entbrannt. Das sind aber nur ideologische Manöver. Die Bundesregierung will und kann laut Grundgesetz gar nicht enteignen. Falls dringendes gesellschaftliches Interesse vorliegt, muß der Staat „angemessene“ Entschädigung leisten. Der Staat enteignet also nicht; er kauft den Banken, Fabrikanten oder Grundbesitzern Vermögensteile ab. Wenn Politiker der Konservativen oder Liberalen polemisch den Sozialismus an die Wand malen, dann ist das Ignoranz und/oder Propaganda.

Schwer begreiflich ist die ständige Zunahme riskanter Positionen bei den Finanzinstituten. So haben gerade (aber nicht nur) bei HRE die Notwendigkeiten für Bürgschaften und Zahlung von Krediten durch den Staat immer mehr bis auf jetzt (Ende Februar 2009) 102 Mrd. Euro zugenommen. Das kann teilweise dadurch erklärt werden, daß bisher als sicher geltende Kredite durch Überschuldung oder Insolvenz der Kreditnehmer unsicher werden, aber das reicht in dieser Höhe nicht als Entschuldigung aus. Bewußt falsche Angaben der „Bankster“ werden zwar sicher eine Rolle gespielt haben. Doch die Risikorechnung derartiger Banken scheint tatsächlich aus dem Ruder gelaufen zu sein. Die Deregulierung, d. h. hier die Aufweichung der Bilanzrichtlinien täuscht die Täuscher selbst.

Viel diskutiert wird auch die Gründung einer oder mehrerer „Bad Banks“. Darunter versteht man Banken, d. h. den Staat als zumindest überwiegenden Kapitalgeber, die den Banken, Fonds usw. ihre unsicheren „toxischen“ Papiere bzw. Forderungen zum Bilanzwert abkaufen. Es geht also nicht um Abnehmen oder Übernehmen, Entlasten, wie häufig beschönigend in den Medien gesagt wird; es geht darum, daß der Bad-Bank-Gründer zu weit überhöhten Preisen „Wert“papiere aus Spekulationsverlusten der Banken kauft. Diese können nun „saubere“ Bilanzen vor-

weisen und wollen damit sichere und gute Geschäfte machen – selbstverständlich auf Kosten der Bad Bank, also des Staates, d. h. der Steuerzahler und das sind weit überwiegend die Lohnabhängigen. Die Beschäftigten der Bad Bank können nun versuchen, aus den eingekauften schlechten Schuldverschreibungen u. a. noch reales Geldkapital herauszufinden und einzufordern. Ein Bruchteil des vom Staat bezahlten Geldkapitals mag da noch zu erlösen sein. Der weit überwiegende Teil wird vom Staat abgeschrieben.

Bad Banks sind also Rettungsanker für die Spekulationsverluste der Finanzkapitalisten auf Kosten der Staatsschuld und damit vor allem zu Lasten der Arbeiterklasse.

Konjunkturprogramme in Deutschland

Zur Stützung der Massennachfrage werden einige, geringfügige Entlastungen für Normal- oder Geringverdiener vorgenommen: Anhebung der Grundfreibeträge und Senkung des Eingangssteuersatzes um 1 % bei der Einkommensteuer, Verringerung des Krankenkassenbeitrags was aber erst später wirksam wird, Einmalzahlungen von 100,- Euro für Geringverdiener und geringe Anhebung des Kinderzuschlags für Hartz IV-Empfänger werden nicht viel ausmachen. Straßenbau und längst notwendige Sanierungen öffentlicher Einrichtungen (z. B. Schulen) geben der Bauindustrie und deren Beschäftigten Arbeit. Ob das Volumen ausreicht und ob die Aufträge schnell erteilt werden, bleibt abzuwarten.

Wirklich bedeutende Entlastungen der Lohnabhängigen, Rentner und Langzeitarbeitslosen wären Senkung der Mehrwertsteuer, Anhebung der Hartz IV-Sätze und der Renten, Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen in Höhe von mindestens 9–10,- Euro/Std. und in erster Linie Lohnerhöhungen.

Davon ist aber nicht die Rede. Die Subventionen für die Finanzwirtschaft machen ein Vielfaches der Entlastungen für die Arbeiterklasse aus (vgl. Grafik 4). Falls sich der Staat zu direkten Subventionen oder Kapitalbeteiligungen bei der Realwirtschaft entschließt, wie es die US-Regierung

z. Zt. vormacht, wird sich das Mißverhältnis noch vergrößern. Opel und die Schaeffler-Gruppe sind die Vorreiter beim Einfordern von direkten Geldkapital-Zahlungen des Staates. Die Führung der IGM unterstützt das formal. Falls sich dies ausbreitet und der Staat nachgibt, sind zusätzliche Schulden bis hin zur Überschuldung auch des deutschen Staates abzusehen. Ökologische Gesichtspunkte spielen sowieso nur noch verbal aber nicht wirklich eine Rolle. Bis jetzt scheint die Entscheidung zur Subventionierung von Konzernen noch nicht gefallen zu sein.

Es läuft auf das abgedroschene Sprichwort hinaus: Privatisiert die Gewinne, sozialisiert die Verluste!

Wirkungsvoll scheint überraschend die Abwrackprämie zu sein. Allerdings profitieren davon in erster Linie die Hersteller von Kleinwagen (Peugeot, Mazda usw.). Daß es vorwiegend Produkte „ausländischer“ Firmen sind, sollte nicht irritieren. In einer globalen Wirtschaft kommen Beschäftigungssicherung in französischen oder koreanischen Fabriken auch deutschen Arbeitern zugute. Außerdem gibt es heute keine rein deutschen, französischen usw. Autos mehr. Jedes hat Komponenten aus anderen Ländern unter der Haube.

Doch die Wirkung der Abwrackprämie ist begrenzt. Sie nützt den „Premium“-Herstellern (Mercedes, Porsche, BMW) nicht viel und ihre Höhe ist gedeckelt. Ein Abbau der Überkapazitäten ist davon nicht zu erwarten.

Es wird also auf die Vernichtung (Entwertung) der Überkapazitäten in großem Umfang hinauslaufen und damit Arbeitsplätze abschaffen. Die anderen Branchen werden in größerem oder geringerem Ausmaß folgen.

Reaktion der Arbeiterklasse

Die Krise bringt nicht automatisch den Zusammenbruch des Kapitalismus wie manche Linke meinen – was wäre auch die Alternative. Den Sozialismus wird sich die Arbeiterklasse erkämpfen müssen. Was ist davon zu sehen?

Es gibt Demonstrationen und Streiks in vielen wichtigen Industrieländern. In Frankreich, Griechen-



land, Italien nehmen diese auch das quantitative Ausmaß von Massenkämpfen an. Doch die Mobilisierung und die Organisation, die hauptsächlich bei den Gewerkschaften lag, blieben auf reformistischer Ebene. Schwerpunkt war die Verteidigung von Löhnen im weitesten Sinn und Rechten von Lohnarbeitern und ihrer Gewerkschaften. Demonstrationen in den USA bleiben meines Wissens auf moralischer Ebene. Die Manager werden mit Recht beschimpft und das war es dann auch. Daß die Mitgliederentwicklung der IGM wieder positiv ist, freut mich. Klassenbewußtsein muß das nicht unbedingt sein.

Man mag jetzt einwenden, daß aus reformistischen Kämpfen auch unerwartet revolutionäre Auseinandersetzungen werden können. Es gibt Beispiele dafür in der Geschichte – aber wenige.

Von einer politischen marxistischen Organisation mit Masseneinfluß kann ich auch nichts erkennen.

Politische Streiks, wenn man das so nennen will, richteten sich wie in Island gegen Regierungen, denen mit Recht zu große Nachsicht gegen das ungezügelt Spekulieren der Banken vorgeworfen wurde. Doch wenn eine konservative Regierung durch eine sozialdemokratische Ministerpräsidentin ersetzt wird, dann ändert das an der Krise mit all ihren existenzgefährdenden Auswirkungen auf die Arbeiterklasse gar nichts.

In der öffentlichen Meinung Deutschlands wird die Betonung auf zu hohe Gehälter und Boni der Bankmanager gelegt. Doch die paar hundert Millionen oder meinetwegen einige Milliarden (in den USA) haben die Krise nicht verursacht und

spielen deshalb kaum eine Rolle. Man muß diese Typen nicht lieben, doch systemkritisch oder gar -sprengend ist die Mißbilligung und Wut auf die „Bankster“ auch wieder nicht. Das mag die Meinung vieler Kolleginnen und Kollegen wiedergeben, doch bis zu ernsthafter Kapitalismuskritik ist noch ein weiter Weg.

Die Aufregung über die Exzesse bei Gehältern und Boni von Bankvorständen soll den berechtigten Zorn der Bevölkerung und insbesondere der Lohnabhängigen davon ablenken, daß eigentlich ursächlich das ausbeuterische Kapitalverhältnis ist, das unabwendbar Krisen erzeugt.

In zumindest einigen Fällen sind nicht klassenbewußte sondern nationalistische, also reaktionäre Forderungen Thema von Streiks oder Kundgebungen.

Die Solidarisierung der Beschäftigten der Schaeffler-Gruppe mit ihrer Chefin mag ja berechtigter Sorge um den Arbeitsplatz entspringen, aber fortschrittlich oder gar revolutionär ist das nicht.

Ich bitte, das o. g. nicht als Beschimpfung oder Herabsetzung der Arbeiterklasse zu verstehen. Ich halte diese objektiv noch immer für das potentielle revolutionäre Subjekt. Doch wie auch schon früher von uns festgestellt, ist das Klassenbewußtsein durch die Aufschwungphase bis in die 1970er Jahre, durch den schmähhlichen, zu großen Teilen selbstverschuldeten Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaften und den Druck der öffentlichen Meinung verschüttet.

Aber Resignation ist nicht angebracht. Noch immer gilt Luxemburgs Alternative: „Sozialismus oder Barbarei“.

Die Krise hat aber immerhin das Vertrauen in das kapitalistische Wirtschaftssystem erschüttert. Es tauchen Fragen auf. Die Kolleginnen und Kollegen sind in einem Maße verunsichert, wie wohl noch nie in der Nachkriegszeit.

Es ist (noch?) nicht an der Zeit, den Sturz des Kapitalismus auszurufen. Aber es ist Zeit für ernsthafte Diskussion und geduldige Überzeugung der Kolleginnen und Kollegen durch die Linken.

Das ist jetzt zu tun.

Stand: 28. 2. 2009



„Die Stunde der politischen Ökonomie“



Für das Gewerkschaftsmagazin „Mitbestimmung“ von der Hans-Böckler-Stiftung hat die Stunde der politischen Ökonomie geschlagen. In der Tat werden Diskussionen über den Kapitalismus allerorten eingeläutet. Gefeierte werden darf die Auferstehung von zwei totgesagten Theoretikern der politischen Ökonomie: Karl Marx, der mit seiner Kritik die theoretischen Grundlagen der kapitalistischen Ausbeutung erschüttert hat, und J.M. Keynes, der dem in der Weltwirtschaftskrise erschütterten Kapitalismus mit seiner *Allgemeinen Theorie* wieder auf die Beine helfen wollte. *Das Kapital* von Marx wird zwar wieder öfter gekauft, aber so genau wollen viele Linke, Sozialdemokraten und theoretische Repräsentanten der Gewerkschaften es nicht wissen und für

Joachim Bischoff (*1944), Mitherausgeber der Zeitschrift „Sozialismus“ und Mitglied der Partei Die Linke

Bischoff war bis Ende 2004 Mitglied der PDS. In den 1990er Jahren sowie im Jahr 2000 war er Mitglied des Bundesvorstands der Partei. Bischoff gehörte 2004 zu den Gründungsmitgliedern der WASG und war bis April 2006 Mitglied des Bundesvorstands der Partei. Seit ihrer Gründung 2007 ist er Mitglied der Partei Die Linke.

Bei der Wahl 2008 wurde er für diese Partei in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt (nach Wikipedia).

die praktische Politik suchen viele ihr Heil in einem wiederbelebten Keynesianismus, der manchmal mit Formulierungen übertüncht wird, die ein bisschen marxistisch klingen sollen.

Joachim Bischoff und die „Jahrhundertkrise des Kapitalismus“

Ausgerechnet in der Zeitschrift „Sozialismus“, die 1972 aus berechtigter Unzufriedenheit mit der kommunistisch-sozialistischen Debatte entstanden ist, macht sich der Mitherausgeber Joachim Bischoff Gedanken darüber, wie der Kapitalismus sozial verträglich aus seiner *Jahrhundertkrise* wieder herauskommt – ganz so, als ob er schon als Staatssekretär in Berliner oder Brüsseler Spitzen-Behörden Zugang zu den Schrauben des Systems hätte. Nachlesen kann man seinen Artikel auch unter www.linksnet.de (31.10.08)

Eindeutig mehrdeutig!

Rezepte gegen die *Jahrhundertkrise des Kapitalismus* kann Joachim Bischoff allerdings nur zu dem Preis liefern, dass er auf eine marxistische Kritik der politischen Ökonomie verzichtet. Hat Marx seine Leser noch mit einer sehr strengen Argumentationslinie und eindeutigen Begriffen verwöhnt bzw. gefordert, so häuft Joachim Bischoff finanzpolitische Fakten auf- und übereinander, die er mit Etiketten versieht, die zwar an Marx erinnern sollen, aber wenig damit zu tun haben.

Was meint Joachim Bischoff z. B. mit der Aussage, dass ohne eine „reibungslose gesellschaftliche Zirkulation“ der „Gesamtproduktionsprozess krisenhaft bleiben wird“? Ist die „gesellschaftliche Zirkulation“ nur die sprachlich aufgewertete Zirkulation des Geldkapitals? Was wird im „Gesamtproduktionsprozess“ denn reproduziert? Das Kapital? Die bürgerliche Gesellschaft?

Meint der Ausdruck „gesellschaftliche Wertschöpfung“ das Sozi-

alprodukt im volkswirtschaftlichen Sinn oder den Wertbildungs- bzw. Verwertungsprozess des Kapitals im marxistischen Sinn?

Und auch die Forderung nach einer „*Neuordnung der Verteilungsverhältnisse*“ bleibt eine abstrakte Politiker-Phrase, weil in dem Artikel offen bleibt, wer was warum an wen verteilen soll oder muss.

Die Herausforderung: Sozialisierung der Verluste?

Den Grund für die „*Jahrhundertkrise des Kapitalismus*“ sieht der Autor in der Tatsache, dass „*sich das Finanzsystem seit längerem von dem realen Verwertungsprozess des Kapitals entkoppelt hat.*“ Was soll diese allerorten vorgebetete Gegenüberstellung von Finanzkapital und Realökonomie? Soll damit das eine als real und schaffend aufgewertet und das andere als unreal und raffend abgewertet werden? Statt den systematischen Zusammenhang von Zins und Kredit mit dem Produktions- und Verwertungsprozess des Kapitals zu entwickeln, weicht Joachim Bischoff auf eine billige Polemik gegen den „*irrationalen Überschwang*“ der Kredit- und Immobilienmärkte aus. Die Klagen über die Geldgier der Banker sollte Joachim Bischoff lieber den katholischen und evangelischen Bischöfen überlassen. Und auch die Kritik an der „*Hegemonie des leistungslosen Einkommens* (Zinsen)“ mag moralisch korrekt klingen, bringt aber dem Leser keinen Erkenntnisgewinn. Schlauer würde der Leser dagegen, wenn er bei Marx einmal nachblättere (MEW 25, 5.Abschnitt).

Als die „*zentrale Herausforderung*“ betrachtet Joachim Bischoff die „*Wiederherstellung eines reibungslosen Kreditkreislaufs*“. Das geht seiner Ansicht nach nur mit einer sozialverträglichen „*Redimensionierung*“ des Finanzkapitals, da „*der Finanzüberbau, dieses artifizielle Kunstwerk über der globalen Realökonomie*“ wertmäßig knapp viermal so groß ist. Für wen aber ist diese Redimensionierung eine zentrale Herausforderung? Für die kleinen Sparer, denen Bankangestellte un-

ter dem Druck von Renditevorgaben dubiose Zertifikate aufgeschwätzt haben? Für kleinen Zocker, denen das Kursfeuerwerk an der Börse das Blaue vom Himmel versprochen hat und die dann das blaue Wunder erlebt haben? Das sind die Opfer der anstehenden *Redimensionierung*. Die Herausforderer aber sind die Staatsmänner, die Finanz- und Wirtschaftsmanager dieser Welt.

Deren Kopf zerbricht sich Joachim Bischoff. Seine Vorschläge zur sozial verträglichen *Redimensionierung* des Finanzkapitals sind zwar nicht neu, aber sie sind sozial verträglich – für die Bourgeoisie. So empfiehlt er der Europäischen Zentralbank als einen ersten Schritt den „Ankauf der ‘toxischen’, nicht verkäuflichen Kreditpakete“. Der deutschen Regierung rät er schon im Herbst zu einem „*Finanzmarktstabilitätsfond*“, der den Banken

entweder neues Eigenkapital (gegen entsprechende Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten) zur Verfügung stellt oder die (giftigen) „Wertpapiere abkauft, die ansonsten im Markt nicht oder nur mit großen Preisabschlägen realisiert werden könnten“. Ein toller „Sozialismus“,

der die Verluste der Banken und Börsianer sozialisieren will, der diese „großangelegte Rettungsaktion für die Banken unverzichtbar“ nennt!

Neu sind diese Vorschläge nicht. Schon in der Weltwirtschaftskrise seit 1929 gab es die Versuche zur

Bankensanierung durch Gründung einer „*Bad Bank*“. Vor Weihnachten 2008 hat die Rettung der Banken durch eine „*Bad Bank*“ der vom Saulus zum Paulus bekehrte Josef Ackermann gefordert – sicher nicht auf den bischöflichen Rat hin.

Die wahren Krisentreiber: die Konsumenten?

Damit aber nicht genug: Bei dieser Rettungsaktion werden nur „mit enormen Summen Symptome bekämpft“. Einen wichtigen „Grund für die globale Finanzkrise“ sieht Joachim Bischoff „in der politisch beförderten Schuldenökonomie. Vor allem private Haushalte sind zu einer fahrlässigen Privatökonomie veranlasst worden“. Damit ist die Krisenursache glücklich vom Kapitalismus auf einen Sündenbock abgeladen, auf die fahrlässigen und verführbaren Konsumenten, die nicht Maß halten können, sondern von den Finanzhäusern „Hypothekenkredite, Kreditkartenschulden, Automobil- oder anderweitige Konsumentenkredite sowie Studendarlehen“ gefordert haben. Auch hier erschallt der Ruf nach „einer sozial verträglichen Rückführung der Schuldenökonomie der privaten Haushalte“.

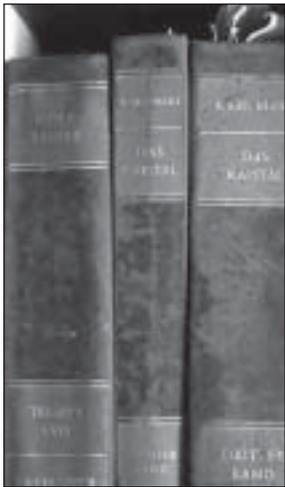
Diese Parole ist mehrdeutig wie so viele Forderungen in dieser „Sozialismus“-Nummer: Bedeutet „Rückführung der Schuldenökonomie“ nun Schuldenerlass für die notleidenden Haushalte oder soll ihnen der Gerichtsvollzieher ins Haus geschickt werden, um die notleidenden Banken zu retten? Beides wäre eine Rückführung der Schuldenökonomie; eines geht nur auf Kosten des anderen; beides gleichermaßen wollen läuft auf die Quadratur des Kreises hinaus.

Wie Gustav Horn den „Motor der Konjunktur“ neu starten will

Die gewerkschaftliche Hans-Böckler-Stiftung unterhält ein eigenes „Institut für Makroökonomie und Konjunktur“ (- mehr dazu unter www.imk-boeckler.de). Gustav Horn, der Leiter des Instituts, und Achim Truger haben dort am 30.10.08 ein „*Neun-Punkte-Programm zur Stützung der deutschen Realwirtschaft*“ veröffentlicht. Mit den Ursachen der Krise halten sie sich nicht lange auf. Ihr Sinn ist mehr auf das Praktische gerichtet: „*Der Motor der Konjunktur muss neu gestartet werden. Das geht nicht von selbst, man braucht einen Anlasser dazu, das ist die Finanzpolitik. Andererseits kann man mit dem Anlasser nicht dauerhaft fahren. Seine Funktion ist ... begrenzt und muss vom Motor übernommen werden. Dieser braucht allerdings genügend Sprit, sprich niedrige Zinsen, um dauerhaft und dynamisch zu drehen.*“

Das ist das technokratische Weltbild im Brain-Trust der Gewerkschaften: Wenn der Kapitalismus mal nicht mehr so richtig läuft, muss man nur neu starten und tanken. Oder mit einem anderen Bild: Die Politiker sollen „*Stützungsmaßnahmen für die lahrende Realwirtschaft*“ ergreifen. Das Programm ist typisch keynesianisch. Arbeitnehmerfreundlich ist es nicht. Wie die Keynesianer fordert das gewerkschaftsnahe Institut „*selektive zeitlich befristete Kredithilfen*“ und eine „*Erhöhung der öffentlichen Investitionen*“. Diese Politik hat auch die große Koalition nach anfänglichem Zögern eingeschlagen – Keynes galt ja der herrschenden Lehre seit Ende der 70er Jahre als überholt. In der lahrenden Konjunktur soll der Staat als zusätzlicher Nachfragefaktor auftreten, der „*in Bildung und ökologische Infrastruktur*“ investiert. Der Staat muss nach Gustav Horn „*die öffentlichen Investitionen in Köpfe und Beton deutlich verstärken*“ (hoffentlich sind das Resultat nicht nur Beton-Köpfe!).

Doch die öffentlichen Investitionen sollen vor allem den Unternehmern dienen. An die Stärkung der Arbeitnehmerhaushalte denkt dieses gewerkschaftsnahe Institut gar nicht. Es wäre eigentlich naheliegend, dass mit höheren Löhnen der Reallohnverlust von durchschnittlich 0,3 Prozent, den die Arbeitnehmer 2006 hinneh-



Die Bilanzen deutscher Geldhäuser werden offenbar weiterhin durch wertlose Wertpapiere belastet. Um eine Abschreibungswelle zu vermeiden, fordert Deutsche-Bank-Chef Ackermann jetzt laut Presseberichten ein staatliches Institut, das die Giftanlagen übernehmen soll.

Berlin - Josef Ackermann warnt vor möglichen Abschreibungen in dreistelliger Milliardenhöhe, die der deutschen Bankenbranche drohen, heißt es in mehreren Presseberichten. Deswegen schlug der Chef der Deutschen Bank beim Konjunkturgipfel in Berlin vor, mit staatlicher Hilfe eine sogenannte Bad Bank zu gründen, die den Geldhäusern Wertpapiere abkaufen soll, deren Preis in der Finanzkrise stark gesunken sei, berichten die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“), und die „Financial Times Deutschland“ („FTD“). Die Deutsche Bank wollte sich mit Verweis auf die „vertraulichen Gespräche“ nicht äußern (www.spiegel.de/wirtschaft)

men mussten, rückgängig gemacht werden kann. Aber über höhere Löhne will das Institut für Makroökonomie die Massenkaufkraft nicht stärken, da dies ja auch höhere Arbeitskosten für die Unternehmen bedeuten würde. Nein, damit der oben zitierte „Anlasser“ auch möglichst schnell die Konjunktur anspringen lässt, sollen über die Einwohnermeldeämter an alle Barschecks im Wert von 125.– € pro Kopf verteilt werden. Solch „unerwartete Bargeldgeschenke“ würden sofort konsumiert werden. Und „sollte sich der konjunkturpolitische Handlungsbedarf erhöhen, könnte der Betrag auch entsprechend erhöht oder eine zweite Welle von Schecks versandt werden.“ Kleine Geschenke sollen also die Freundschaft erhalten für ein System, das seit Jahren Lohneinkommen stagnieren und die Gewinneinkommen explodieren lässt und dadurch in die Krise gekommen ist.

Albrecht Müllers nostalgischer Blick zurück ins sozialliberale Jahrzehnt

Die Diagnose: „Perversion des Kapitalmarktes in ein Spielkasino“

Anders als Gustav Horn macht sich Albrecht Müller wenigstens Gedanken über die Ursache der Krise, bevor er eine Therapie empfiehlt. Doch der Titel im ersten Teil der Serie zur Finanzkrise zeigt schon, dass für ihn die Krise nicht systembedingt, sondern durch externe politische Fehler verursacht ist: „Den Kapitalmarkt effizienter organisieren – Konversion ist angesagt“ (www.nachdenkseiten.de vom 07. 01. 2009). So lange er als sozialdemokratischer Politiker noch ganz vorne mitmischen durfte, war der Kapitalismus für ihn im Lot. Erst „mit der politischen und ideologischen Wende von 1982“ ist es zu „einer Verselbständigung und Ausweitung des Kapitalmarkts jenseits seiner genuinen Aufgaben“. Zu diesen genuinen Aufgaben gehört, „dass Wirtschaftssubjekte, die sparen, und solche, die investieren wollen, zusammenkommen.“ Dazu gehört für Albrecht Müller wie für die klassische Lehrbuch-Weisheit, dass die Banken den Zahlungsverkehr organisieren, Risiken vermindern und ausbauen und somit „ein Maß für Wertschöpfung“ sind. Die in linken Kreisen ebenso beliebte wie falsche Gegenüberstel-

lung von produktiver Realwirtschaft und spekulativer Finanzwirtschaft stellt A. Müller grundsätzlich in Frage, um sie gleich danach auf höherem Niveau wieder auferstehen zu lassen: „Die Finanzwirtschaft hat aber inzwischen Tätigkeiten entwickelt, die mit den realen Bedürfnissen einer Volkswirtschaft nichts mehr gemein haben.“

Vor 1983 hat der Kapitalmarkt demnach noch seine „genuinen Aufgaben“ erfüllt. Dann aber sei der Sündenfall geschehen: „Mit der politischen und ideologischen Wende von 1982 werden auch die Aktienkurse ‚befreit‘.“ Damals sei der DAX unter 1000 Punkten gewesen, rechnet A. Müller zurück; 1995 habe er 2000 Punkte und im Jahr 2000 schon 8000 Punkte erreicht, um dann im Jahr 2003 wieder auf etwa 2200 Punkte abzustürzen. Dem neuen Aufstieg auf über 8000 Punkte im Jahr 2007 ist im November 2008 ein Abstieg auf knapp über 4000 Punkte ist gefolgt.

Mit der zerstörerischen Dynamik jeder kapitalistischen Akkumulation hat das nach A. Müller nichts zu tun. Es mangelt nur an effizienter Organisation: „Volkswirtschaftlich betrachtet ist der reale Börsenbetrieb der letzten 25 Jahre eine große Vergeudung von Ressourcen.“

Das Finanzkapital wird als Entartung dargestellt, bei dem „kriminell-

Albrecht Müller (*1938): ehemaliger deutscher Politiker der SPD, ab 1968 Redenschreiber für den Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller und von 1987 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1970 bis 1972 als Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des SPD-Parteivorstandes maßgeblich an der Wahlkampfarbeit Willy Brandts beteiligt. Danach von 1973 bis 1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt. Von 1985 bis 1986 bei der Wahlkampfmannschaft des niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder. Nach der Bundestagswahl 1987 im Bundestag bis 1994. Seit 2004 auch im Internetjournal *NachDenkSeiten* - Die kritische Website. Das Weblog hat bis zu 25.000 Besucher täglich. (- nach Wikipedia)

le Energie“ es geschafft habe, „gigantische Kettenbrief- und Schneeballsysteme“ zu organisieren. Der Finanzsektor sauge „wie ein Blutegel an den Kräften unserer Volkswirtschaft.“ Da haben wir sie also wieder, die alte Mär vom parasitären raffenden Kapital, das die Lebenskraft des guten schaffenden Kapitals bedroht.

Die Therapie: „Konversion ist angesagt“

Wer politisch denkt, hat eine Strategie, d. h. er antizipiert die möglichen Aktionen seines Gegners und versucht sie zu konterkarieren. Aber Gustav Horn hat keine Strategie, sondern will wie ein Mechatroniker der kapitalistischen Maschinerie wieder auf die Sprünge zu helfen. Und Albrecht Müller will auch dem Kapitalismus helfen. Er stellt wie ein Arzt eine Diagnose, die der Therapie des lebensgefährlich erkrankten Patienten voraus geht. Die Therapie zielt darauf ab, „den Kapitalmarkt auf notwendige Funktionen zu beschränken und ihn von dem Element der Spekulation, den dafür forcierten Vermögenstransaktionen und überhöhten Renditevorstellungen zu befreien. Diese Beschränkung auf die notwendigen Aufgaben stellt die Volkswirtschaften vor ein ähnliches Problem wie bei der Rüstungskonversion.“

Die Therapie des Kapitalismus von seiner Perversion und seinen „überhöhten Renditevorstellungen“ scheint eine Aufgabe der Staatsgewalt zu sein. Und diese Aufgabe ist nicht leicht, denn wer kann schon nach objektiven Kriterien die überhöhten von den angemessenen Renditevorstellungen abgrenzen? Da angeblich bei der Pervertierung der Finanzwirtschaft „kriminelle Energie groß im Spiel“ war, trägt auch das Strafrecht zur kapitalistischen Genesung bei: „Es ist wichtig, die Debatte über die strafrechtliche Seite endlich voranzubringen, weil damit zum einen auch die Frage des Schadenersatzes auf den Tisch kommt und zum ändern – viel wichtiger – mit der notwendigen Kriminalisierung der Täter die Hoffnung besteht, dass diese nicht weiter auf Kosten der Allgemeinheit mithilfe von Boni, Gehältern und Dividenden plündern können, wie dies bis jetzt nahtlos geschieht.“ (Albrecht Müller in den NachDenkSeiten am 25. Februar 2009). Nun mag im einen oder anderen Fall Betrug im strafrechtlichen Sinn vorgekommen sein. Auch Strafen mögen von kriminellen Vermö-

genstransaktionen abschrecken, aber der Gedanke, dass sämtliche Volkswirtschaften vom redlich schaffenden Kapitalismus auf kriminelle Spekulations-, Plünderungs- und Betrugsmethoden eingeschwenkt seien, ist doch reichlich absurd. Als ob der Kapitalismus seine Profitmaximierung nicht mit legalen Methoden durchsetzen könnte! Als ob die Profitmaximierung nicht schon längst das eherne Gesetz für Wirtschaft und Staat weltweit wäre!

Gegen eine mögliche Therapie argumentieren die NachDenkSeiten allerdings sehr entschieden, vermutlich weil die Risiken und Nebenwirkungen für den Kapitalismus zu groß wären. Die Arbeitnehmer sollen bitte nicht auf die Idee kommen sich selbst statt der Konjunktur zu helfen. Die

„Einkommensumverteilung zu Gunsten der oberen Einkommen“ ist für Albrecht Müller zwar moralisch verwerflich und hat *„schlimme Folgen für unsere Volkswirtschaft* (Stagnation der Masseneinkommen und mangelhafte Binnennachfrage z. B.) *und für unsere Gesellschaft“*, aber man kann (oder will?) nicht *„die Einkommens- und Vermögensverteilung in absehbarer Zeit nachhaltig ... korrigieren.“* Ihren gewerkschaftlichen Freunden rechnen die NachDenkSeiten vor, dass sie lieber auf ein steigendes Volkseinkommen statt auf Umverteilung setzen sollen:

„Selbst wenn es uns gelänge, die Anteile der Löhne am Volkseinkommen von heute 62,3% wieder auf über 70% (der Wert von 1980) anzuheben, dann gäbe es ja immer noch 30% Gewinn- und Vermögenseinkommen. Läuft die Konjunk-

tur über einen längeren Zeitabschnitt gut, dann bringt der 30%-Anteil am Volkseinkommen am Ende mehr an Finanzmittelzuwachs als die 36% von einem insgesamt stagnierenden Volkseinkommen.“ Und im Irrealis rechnet A. Müller seinen NachDenkern vor: *„Durch den größeren Zuwachs der Realeinkommen hätten sowohl die Arbeitnehmer als auch die Rentner und Arbeitslosen ein beachtlich höheres Realeinkommen als heute, einmal wegen der Stabilität der Einkommensverteilung (sichtbar in der Lohnquote), zum anderen aber wegen der Vergrößerung des Kuchens.“*

Das ist nicht nur grammatisch der Irrealis. In der Realität werden die fleißigen Kuchenbäcker in die Kurzarbeit oder in die Arbeitslosigkeit und in das ALG-II-Elend entlassen und bekommen so noch weniger als bisher vom Kuchen.

Der Gipfel der Erbärmlichkeit



Am 23. Januar meldete Qimonda in München die Insolvenz an. Damit ging vorerst ein Trauerspiel der besonderen Art zu Ende und damit ein weiterer ehemaliger Siemensbereich zugrunde. Die Folgen sind noch nicht absehbar, denn auch die Konzernmutter Infineon, die 77,5 Prozent der Qimonda-Aktien hält, gerät dadurch weiter finanziell unter Druck. Weltweit werden in dem Konzern 13.000 Menschen beschäftigt, circa 5.000 davon in Deutschland und davon wiederum am Standort Dresden 3.000. Schon seit Monaten war der Konzern in den Schlagzeilen. Schuld an der Entwicklung wäre der Preisverfall auf dem Speicherchipmarkt, so die Konzernleitung. Das ist sicherlich nicht ganz von der Hand zu weisen, denn aktuell hat die gesamte IT-Branche erhebliche Auslastungsprobleme. Aber mit Sicherheit spielen noch andere Faktoren eine Rolle. Dazu gehören weniger das Missmanagement, das der Konzernführung vorgeworfen wird, sondern, zum einen die drastisch verschlechterten Finanzierungsmöglichkeiten auf den Kapitalmärkten

und zum anderen sind wohl auch konzernpolitische Strategien nicht so aufgegangen, wie man das einmal geplant hatte, als Infineon Qimonda ausgliederte. So besteht jetzt der durchaus begründete Verdacht, dass das „Aus“ politisch gewollt ist. Deshalb gibt es im Moment auch wenig Hoffnung auf eine Rettung des Konzerns. So sieht EU-Kommissar Günther Verheugen, an den sich die sächsische Landesregierung mit der Bitte um Unterstützung gewandt hatte, auch keine Hilfsmöglichkeiten seitens der EU für den maroden Konzern. *„Wenn ein Unternehmen nicht mehr an einen Standort glaubt, dann sind in einer Marktwirtschaft die Würfel gefallen.“*, sagte Verheugen in einem

Interview mit der „Sächsischen Zeitung“ Anfang Februar des Jahres.

Dabei gab es um die Jahreswende noch einen Hoffnungsschimmer. Es wurde an Rettungspaketen, die die Insolvenz verhindern sollten, gearbeitet. So war der Freistaat Sachsen bereit, mit 150 Millionen Euro den Konzern zu stützen, wenn Infineon den selben Betrag für Qimonda zur Verfügung stellen würde. Die Forderung war für die Herren des Konzerns nicht akzeptabel. Offensichtlich wachsen die Begehrlichkeiten in Zeiten großzügiger Rettungspakete, die die Regierung dem Kapital zur Verfügung stellt. Lediglich 50 Millionen wollte der Eigentümer Infineon selbst beisteuern, der Rest sollte



„Ich mag Dresden, weil Qimonda hier ausgezeichnete und hoch motivierte Mitarbeiter findet. Und weil Dresden ein wunderbarer Ort zum Leben und Wohnen ist: Hightech inmitten spannender Kultur und schöner Natur. Alles leicht zu Fuß oder per Rad erreichbar.“

Vorstandsvorsitzender, Silicon Saxony e. V. und Geschäftsführer, Qimonda Dresden GmbH & Co. OHG
Aus: www.silicon-saxony.de

vom Steuerzahler kommen. Ein zweiter Plan sah vor, dass der Freistaat, Portugal (dort gibt es 2.000 Beschäftigte, die direkt von der Produktion aus Dresden abhängen) und Infineon ein Rettungspaket über 325 Millionen Euro schnüren, das durch eine Bürgerschaft des Bundes und Sachsens über 200 Millionen Euro ergänzt werden sollte. Dieser Plan scheiterte am Widerstand innerhalb der Regierungskoalition, so dass der Weg in die Insolvenz unumgänglich war.

Es steht viel auf dem Spiel

Die Insolvenz trifft den Industriestandort Dresden besonders hart. Hier arbeiten in der größten Qimonda-Fabrik rund 3.000 Beschäftigte. Wenn es hier für die bedrohten Arbeitsplätze keine Auffanglösung gibt, kommt das für Dresden und Sachsen einer Katastrophe gleich. Die IT-Branche mit ihren Zulieferern umfasst in der Region Dresden ungefähr 1.200 Betriebe unterschiedlichster Größe, mit, nach Aussagen des sächsischen Wirtschaftsministeriums, rund 44.000 Beschäftigten. Das sind fast 70 Prozent der gesamten Branche in der BRD.

Dabei hatte alles so gut angefangen. Mitte der 90er Jahre investierte Siemens in Dresden in eine Chipfabrik, die in den Folgejahren zu Infineon wurde. Der Grund für die Standortentscheidung „Dresden“ lag an den optimalen Bedingungen, die hier den Siemens- und anderen Kapitalisten geboten wurden. Schon zu DDR-Zeiten war in Dresden das Zentrum der Mikroelektronik. Es gab also hoch qualifizierte Arbeitskräfte und eine entsprechende Infrastruktur im sekundären Bereich der Zulieferer und in der universitären Forschung und Entwicklung. Der Hauptgrund für das Einsteigen von Siemens damals waren allerdings nicht „patriotische“ Gründe, wie es v. Pierer der Öffentlichkeit präsentierte, sondern die in Aussicht gestellten Fördermittel. Es gab zu der Zeit Mittel aus den unterschiedlichsten Töpfen – das waren Bundes- Landes- und EU-Mittel. Die Großzügigkeit kannte fast keine Grenzen, was tat man nicht alles für den „Aufbau OST“. Alleine für die Siemensfabrik wurden Subventionen in Höhe von nahezu 1,5 Milliarden

Euro errechnet. Das Land und die Stadt taten buchstäblich alles, damit Siemens kommt. Weil zum Beispiel der Konzern behauptete, dass für die Chipproduktion absolut reine Luft nötig sei, diktierte er der Stadt den Standort. Der sollte nicht auf einer Industriebrache im Dresdner Osten sein, sondern in der Dresdner Heide, einem Naturschutzgebiet im Norden der Stadt. Der Siemens Herren Wille geschah: Tausende Bäume wurden im gewünschten Areal für die Chipfabrik abgeholzt.

Die hervorragenden Rahmenbedingungen in Sachsen lockten weiter Kapitalisten der Halbleiterbranche an. So gibt es heute neben Qimonda, Infineon, dem US-Hersteller AMD und ZMD (hervorgegangen aus der DDR-Mikroelektronik) insgesamt vier Produktionsbetriebe der Halbleiterindustrie. Voller Stolz sprechen deshalb Unternehmer und Regierungskreise



in Anlehnung an das kalifornische Silicon Valley vom Saxicon Valley. Noch ...

Es steht also viel auf dem Spiel. „Wenn Qimonda wegbricht, ist auch alles andere gefährdet“, zitiert die „Berliner Zeitung“ vom 3. Februar den Halbleiterexperten der IG Metall, Wigand Cramer aus der Berliner Bezirksleitung der IG Metall. Cramer benennt in dem Artikel noch einen weiteren Faktor, der zur Entwicklung beiträgt: „Es liegt auch an der Belegschaft, ob sie sich einfach abspesen lässt oder ob sie richtig Druck macht auf das Management und die Politik, um ein Überlebenskonzept zu erzwingen.“ Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Alle Chip-Fabriken, inklusive der Zulieferbetriebe, in Dresden sind im Grunde genommen gewerkschaftsfreie Zonen. So hat AMD, trotz einer Belegschaft von rund 2.800 Köpfen, überhaupt keinen Betriebsrat. Bei den anderen drei Halbleiterbetrieben sind die Gewerkschafter absolut in der Minderheit. So stellt die IG Metall

beispielsweise bei Qimonda von den 23 Betriebsratsmitgliedern lediglich 6. Bei Infineon sieht es etwas besser aus. Dort konnte die IG Metall-Fraktion im Laufe der Jahre ihre Mandate steigern. Trotzdem ist sie aber noch immer knapp in der Minderheit. Die Kapitalisten haben in allen Betrieben also die absolute „Lufthoheit“.

Was der Konzern will, geht durch

Und entsprechend sieht die Politik, die in den Fabriken bei diesen Mehrheitsverhältnissen gemacht wird, aus. Allerdings dringt nur selten etwas nach außen. Und wenn, dann soll ein positiver Eindruck entstehen. In der Öffentlichkeit will man dastehen als ein modernes, progressives und sich seiner sozialen Verantwortung bewusstes Unternehmen. „Wie's aber drinnen aussieht, geht keinen was an“, könnte man in Anlehnung an eine bekannte Operettenmelodie sagen. Bei AMD beispielsweise spricht man sich grundsätzlich und zwar unabhängig vom Hierarchielevel mit dem Vornamen an. Aber das war's dann auch schon mit der Kollegialität. Verlangt wird von den Beschäftigten, dass sie störungsfrei funktionieren. Eigenständiges Denken oder gar Handeln ist nicht gefragt. Es hat etwas Sektenartiges: man muss mit dem Strom schwimmen, sonst geht es einem dreckig. Wer nicht mitschwimmt, passt nicht ins „Team“ und wird gemobbt oder wenigstens ausgegrenzt und gibt schließlich auf. Das gilt nicht nur für AMD, sondern für die gesamte Branche, zumindest im sächsischen Raum.

Infineon, Qimonda und ZMD haben immerhin Betriebsräte. Doch in allen Gremien gibt es keine Gewerkschaftsmehrheit. Von daher handelt es sich dort auch nicht einmal ansatzweise um eine Interessenvertretung im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes. Man kann nicht einmal sagen, dass Betriebsrat und Geschäftsführung unter einer Decke stecken. Vielmehr sind den „Betriebsräten“ die Wünsche der Geschäftsführungen Befehl. Der Betriebsrat hat das umzusetzen, was von oben vorgegeben wird. Der Betriebsrat ist also keine Interessenvertretung, sondern

der Transmissionsriemen des Konzerns. So ähnlich haben in der DDR auch die Betriebsgewerkschaftsleitungen funktioniert, mit dem gravierenden Unterschied allerdings, dass deren Handeln nicht der privaten Profitmaximierung gedient hat.

Ein Erfolgsmodell für die Konzerne also. Und daran soll sich auch nichts ändern, zumindest nach der Auffassung der Bosse. Deshalb müssen die Gewerkschaften aus den Betrieben heraus- oder doch zumindest möglichst klein gehalten werden. Infineon und Qimonda pflegen und fördern deshalb ihre Betriebsratsmehrheiten. Am Beispiel der Betriebsratswahlen im Jahre 2006 sei das verdeutlicht. Zur Wahl traten in beiden Betrieben jeweils bis zu vier Wahllisten an. Tatsächlich waren es aber nur zwei Parteien, die sich gegenüber standen. Nämlich die Listen der IG Metall und die der AUB mit so aussagekräftigen Namen wie „Wir für Euch“ und „Eine für Alle“. Man wollte damit den Eindruck erwecken, als gebe es „neutrale“ Belegschaftsmitglieder mit differenzierten Einstellungen, die bereit sind, sich für die Belange der Belegschaft einzusetzen, ohne „fremdgesteuert“ zu sein. Ein Vorwurf, den die AUB ständig gegen die Betriebsratsmitglieder der IG Metall erhebt. Allen diesen Listen wurde seitens Infineon und Qimonda gleichermaßen jeweils 1.500,- Euro zur Unterstützung des Wahlkampfes angeboten. Die IG Metall lehnte das Angebot natürlich ab, die anderen aber nahmen das Geld. Ein geschickter Schachzug der Geschäftsführungen. Konnte dadurch doch die Gewerkschaft nicht offensiv gegen die geschmierten Listen agitieren. Die Geschäftsführungen beider Konzerne hatten die Betriebsratswahlen in einem internen Papier selbst zur Chefsache erklärt. Nach Außen deklarierten sie die Geldzuwendungen an die „Unternehmenslisten“ als einen staatsbürgerlichen Beitrag zur Betriebsverfassung. Allerdings beließen sie es nicht nur bei den Geldzuwendungen. Schließlich waren die Wahlen Chefsache! So trat das Management mit Rundbriefen und Veranstaltungen auf, mit und in denen den *Operatoren* (so werden die Arbeiter bezeichnet), erklärt wurde, was unter der im Betriebsverfassungsgesetz beschriebenen „vertrau-

ensvollen Zusammenarbeit“ zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung zu verstehen ist. Wo das nicht genügte, wurden Beschäftigte zu Gesprächsrunden eingeladen, auf denen Vorgesetzte darstellten, wer ihrer Ansicht nach möglichst nicht gewählt werden sollte. Dabei wurden vor allem Vorbehalte gegen die IG Metall geschürt. Von der AUB wurde gemeinsam mit den anderen Listen ein Flugblatt verteilt, in dem die Gewerkschaft für die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch den Elektrolux-Konzern verantwortlich gemacht wird. „Überzogene Forderungen und unflexibles Verhalten von Betriebsräten können viele Arbeitsplätze vernichten, wie z.B. aktuell bei AEG/Elektrolux in Nürnberg“, heißt es darin.

Trotz dieser Hetze gab es bei den Wahlen einen Zugewinn an Betriebsratsmandaten bei Infineon. Doch zur Mehrheit reichte es nicht. Bei Qimonda sah es noch trauriger aus. Wie schon beschrieben: 6 Mandate von 23. Nachvollziehbar ist dieses Wählerverhalten nur schwer. Fast könnte man glauben, die Belegschaften wären erfahrungsresistent. Schließlich folgte über die Jahre hinweg eine Schweinerei der anderen, die von der AUB und den anderen Gewerkschaftsfeinden mitgetragen und befördert wurden.

Alles was die Geschäftsführungen wollten und wollen, geht ungestraft durch.

Als im Jahre 2004 das Gesetz zur Arbeitnehmerüberlassung geändert wurde, nutzte das Infineon sofort. Es war jetzt möglich, Leiharbeiter ohne zeitliche Begrenzung einzusetzen. War es zuvor betriebliche Übung, dass Neueingestellte einen Zeitarbeitsvertrag bekamen, der nach dem Auslaufen in ein festes Arbeitsverhältnis umgewandelt wurde, war Infineon zu dieser Praxis, mit tatkräftiger Unterstützung des Betriebsrates, nicht mehr bereit. Es erfolgte keine Übernahme mehr. Vielmehr wurde den Beschäftigten, die man auch in der Zukunft für die Produktion brauchte, das Arbeitsverhältnis in einer Leiharbeitsfirma angeboten. Natürlich zu einer geringeren Entlohnung. Nach Berechnungen der IG

Metall verloren die KollegInnen, die das „Angebot“ annahmen, ca. 20 Prozent ihres Einkommens, sechs Tage Urlaub, das zusätzliche Urlaubsgeld, sowie das Weihnachtsgeld. Bei Infineon gab es zu diesem Zeitpunkt mehr als 1.000 Beschäftigte mit einem Zeitvertrag. Rund 800 erhielten das großartige „Angebot“. Der „Rest“ ging in die Arbeitslosigkeit. Anmerken muss man noch, dass die Leiharbeiter, die heute in eine der beiden Fabriken kommen, noch schlechter dastehen. Sie kommen auf ungefähr 50 Prozent eines fest eingestellten Infineonarbeiters – bei gleicher Qualifikation und gleicher Tätigkeit.

In der Folgezeit arbeitete der Konzern weiter an der Leistungsverdichtung für die Beschäftigten, die verbunden war mit weiterem Arbeitsplatzabbau. Ab Januar 2006 wurde ein neues Schichtmodell eingeführt. Das bisherige Fünf-Schichtenmodell wurde auf vier Schichten reduziert. Damit fiel eine Schicht komplett weg und mit ihr 285 Arbeitsplätze. Betroffen davon waren 234 Leiharbeiter und 51 Arbeiter des Stammpersonals. In der Belegschaft rumorte es. Dauerte doch jetzt eine Schicht 12 lange Stunden, was für alle davon Betroffenen eine weitgehende Umstellung der persönlichen Lebensverhältnisse bedeutete. Trotzdem gelang es den Metallern nicht, gegen die Konzern- und AUB-Politik mit der Belegschaft eine Widerstandslinie aufzubauen. Nicht der geringste Protest erfolgte, nur ein mehr oder weniger lautes Gemaule.

Mit Wirkung zum 1. März 2008 kündigte dann Qimonda schließlich ein bestehendes Lieferabkommen für Speicherchips bei Infineon. Man wolle sich in Zukunft alleine auf die Fertigung von Logik-Chips konzentrieren und stelle deshalb die Fertigung von Speicherchips ein, hieß es aus der Konzernzentrale. Das würde die Wettbewerbsfähigkeit steigern und von dem Schritt seien außerdem keine Stammmitarbeiter, sondern rund 600 Leiharbeiter bei Infineon und Qimonda betroffen. Sie würden an die Zeitfirmen zurückgegeben, sagte ein Infineon-Sprecher in München. Klar war, dass diese geschäftspolitischen Maßnahmen des Konzerns die uneingeschränkte Unterstützung des „bürgerlichen Lagers“, wie sich die Antigewerkschaftsfraktionen in den Betriebsräten selbst bezeichnen, hatte.

Nur die IG Metall-Betriebsräte beider Firmen kritisierten die Entscheidung der Konzerne. Sie warfen die Frage auf, ob der jetzt geplante Personalabbau nur ein weiterer Schritt des Infineonkonzerns sei, sich aus dem europäischen Produktionsraum und damit aus Dresden zu verabschieden. Eine mehr als berechnete Frage, wie die aktuelle Situation jetzt zeigt.

Die Gewerkschaftsbefürchtungen sind inzwischen weitgehend eingetroffen und auch bei Infineon selbst wird durch die Insolvenz von Qimonda eine Schließung in absehbarer Zeit wahrscheinlicher. Da beide Betriebe räumlich quasi unter einem Dach arbeiten, entstehen Fixkosten, die zwischen den beiden Betrieben aufgeteilt werden. Fällt Qimonda als Produktionsbetrieb in Zukunft weg, bleiben diese Kosten alleine an Infineon hängen, was für Infineon weitere Probleme bedeutet. Aber vielleicht will man das so. Eine Schließung des Standorts würde dann vom Sachzwang diktiert und nicht von der Entscheidung einer Konzernzentrale. Wie auch jetzt bei Qimonda!

Kampfauftrag: Gewerkschaft klein halten

Die Frage aber, die sich auftut, ist: warum verhalten sich die Belegschaft so passiv und duckmäuserisch und warum unterstützen sie das „bürgerliche Lager“, das ihr fast täglich in den Allerwertesten tritt? Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt. Von Beginn an gab es in allen Chipfabriken seitens der Geschäftsführungen den Willen, den Betrieb gewerkschaftsfrei zu halten bzw., den gewerkschaftlichen Einfluss zu minimieren. Nun ist das keine Besonderheit alleine dieser Branche. Solche Absichten haben im Grunde alle Kapitalisten. In Dresden allerdings waren sie besonders erfolgreich. Das lag zum Teil daran, dass sie das Deckmäntelchen der scheinbaren Gewerkschaftsakzeptanz ablegten. So ging beispielsweise AMD mit dem Werksschutz gegen Flugblattverteiler der

IG Metall vor dem Werkstor vor. Als sich die Kollegen nicht abdrängen ließen, wurde schließlich die Polizei gerufen. Die griff dann auch ein. Weil angeblich der Straßenverkehr behindert würde, wurde das Flugblattverteilen verboten. Die IG Metall sollte nicht einmal die Chance haben, mit



der Belegschaft in Kontakt zu treten. Ganz so plump ging man bei Siemens nicht vor. Dort erhielt die Gewerkschaft sogar formal die Unterstützung des Gesamtbetriebsrats. Aber auch nicht mehr. Die IG Metall versuchte, mit der Forderung nach einer Tarifbindung die Belegschaft für sich zu gewinnen. Die Forderung wurde von der durchaus mit Sympathie betrachtet. Aber die Konsequenz, sich zu organisieren, wurde in nennenswertem Maße nicht gezogen. Gegen das Agieren der Gewerkschaft brachte die Unternehmensführung die AUB in Stellung. Natürlich geschah das nicht offen. Trotzdem war es nicht zu übersehen. So setzte beispielsweise Simec, das war der damalige Firmenname, den AUBler Neumann als Personalchef ein. Neumann war zuvor bei ZMD Betriebsratsvorsitzender und hat dort im Sinne der Geschäftsführung den Betriebsrat ausgerichtet. Als ehemaliger „DDR-Bürgerrechtler“ hatte er sehr früh Kontakt zur AUB in Bayern aufgenommen und wurde zum Dank als Türöffner für diesen Verein mit einem Posten als Vorstandsmitglied der AUB belohnt. Eine durchaus karrierefördernde Funktion, wie man sieht.

Was die AUB ist und war, wurde ja spätestens nach der Verhaftung ihres Chefs Schelsky bekannt. Mit Schelsky wurde öffentlich, was im „Hause Siemens“ alle schon wussten. Nämlich, dass die AUB ein Geschöpf des Konzerns ist und deshalb auch selbstverständlich in seinem Sinne arbeitet. Und in dem Sinne arbeitete auch Neumann mit der AUB-Be-

triebsratsmehrheit. Ihr Kampfauftrag war: die IG Metall klein halten. Darin war diese Truppe bis heute relativ erfolgreich, obwohl die IG Metall Dresden viel Arbeit und Geld in die Organisationsentwicklung bei Simec und später Infineon und Qimonda steckte. Die Gewerkschaftsfeinde treten in-

zwischen sehr offen gegen die IG Metall auf. Bei Qimonda werden die gewerkschaftlichen BR-Mitglieder auf Betriebsversammlungen sogar mit einem Rede- und Redeverbot abgestraft. In der Berliner Zeitung vom 3. Februar berichtet ein IGM-Betriebsrat:

„Alle unsere Redeanträge auf Belegschaftsversammlungen werden abgelehnt“. Auch dieses Beispiel zeigt: die BR-Mehrheit arbeitet deutlich gegen die Belegschaft. Und trotzdem hat sich am verschwindend geringen Organisationsgrad bis heute nichts geändert.

Eine Ursache für diese Einstellung der Belegschaft liegt sicher in den Anfängen der Unternehmensaktivitäten. Siemens ließ die Fabrik auf der grünen Wiese bauen. Auf die ausgeschriebenen Arbeitsplätze gab es tausende von Bewerbungen. Siemens konnte sich ganz gezielt junge Leute aus einem riesigen Bewerber-Pool herausuchen. Mitte der 90er Jahre lag das Durchschnittsalter in dem Betrieb bei Mitte 20. Gleichzeitig wurde den Beschäftigten von dem Konzern und auch von der Politik die Ideologie vermittelt, einem elitären Kreis anzugehören, der anders funktioniert als in „normalen“ Produktionsbetrieben. In dem modernen Betrieb ging es sauber und locker zu und es herrschte ein großer Grad an scheinbarer Gleichheit. Kurz gesagt, die Identifikation der Beschäftigten mit dem Unternehmen war überdurchschnittlich ausgeprägt. Der AUB fiel es deshalb bei diesen Rahmenbedingungen relativ leicht, die IG Metall als Fremdkörper und Störenfried darzustellen und die Metaller auszugrenzen.

Diese Euphorie hat sich in der Belegschaft zwischenzeitlich gelegt. Es ist Ernüchterung und Frustration eingetreten. Die ganzen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen

Fortsetzung auf Seite 16

„Bei Qimonda hat man kein Interesse an uns“

Die Mitarbeiter kämpfen für die Rettung des Chipherstellers – die Gewerkschaft hält sich bewusst zurück



An den Farben der Fahnen kann man eine Menge ablesen. Sonst ist das meist so: Wenn Menschen in der Öffentlichkeit um ihren Arbeitsplatz kämpfen, dann tragen sie Rot. Käppis, Transparente, Trillerpfeifen und eben Fahnen – all diese Gegenstände sind in der Farbe der Gewerkschaften gehalten. Hier vor dem bayerischen Wirtschaftsministerium in der Prinzregentenstraße indes, wo in diesem Moment ebenfalls Menschen öffentlich für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze demonstrieren, dominieren die Farben Lila und Grün – die Firmenfarben des insolventen Chipherstellers Qimonda.

Die Mitarbeiter hingegen blieben lange weitgehend stumm. Vor zwei Wochen gab es ein erstes Zeichen des Protests in der Öffentlichkeit, lila beflaggt marschierten Mitarbeiter mit Angehörigen durch die Münchner Innenstadt. Vergangenen Freitag folgte eine zweite Demonstration, etwa 200 Angestellte überreichten vor dem Ministerium einen offenen Brief an Wirtschaftsminister Martin

Dass die Münchner Qimonda-Mitarbeiter sich schwer tun im Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit, hat mit einer bewussten Entscheidung der IG Metall zu tun: Die Gewerkschaft, die jederzeit größere Protestaktionen organisieren kann, hält sich bei Qimonda stark zurück. „Wir sind eine Mitgliederorganisation“, sagt der Münchner IG-Metall-Chef Horst Lischka: „Und bei Qimonda hat man offenbar kein Interesse an uns.“ Im Lauf von Jahren habe man immer wieder versucht, Einfluss in der Qimonda-Belegschaft zu gewinnen – vergeblich. „Wir haben noch nie mit einer Belegschaft zu tun gehabt, die uns so sehr den Eindruck vermittelt hat: Lasst uns in Ruhe.“ Zwar betont Lischka, niemand bei

der IG Metall empfinde so etwas wie Schadenfreude, dass Unternehmen und Mitarbeiter nun in Schwierigkeiten seien. Allerdings lassen IG-Metall-Funktionäre auch keine Gelegenheit aus, auf den schlechten Organisationsgrad der Qimonda-Mitarbeiter hinzuweisen, weswegen man nun auch nichts tun könne.

Warum die Gewerkschaft einen so schweren Stand bei den Chipentwicklern hat, zeigt ein Blick auf das Selbstverständnis, wie es bei der Demonstration etwa der Entwicklungsingenieur Gunnar Krause schildert: „Ich sehe die IG Metall eher in Konfrontation zur Geschäftsführung“, sagt der Mann: „Wir arbeiten aber mit unseren Chefs.“ Im Gegensatz zu Menschen, die ihr Geld in der Produktion verdienen, seien die Arbeitsverhältnisse bei Hochqualifizierten individueller, so dass man nicht alles einfach auf einen Nenner bringen könne. „Wir gehen nicht wegen jedem kleinen Anlass auf die Straße“, sagt Wolfgang Hönlein aus der Technologieentwicklung. Überhaupt hätten viele Mitarbeiter im Moment ganz andere Sorgen, als sich Gedanken über das Engagement von Gewerkschaften zu machen. Aus seinem unmittelbaren Arbeitsumfeld etwa suchten schon mehrere seit Ende 2008 einen neuen Job. „Die müssten eigentlich sehr gute Chancen haben“, sagt Hönlein. Doch die Wirtschaftskrise hat auch für solche Spitzenkräfte Folgen: „Entweder sie müssen Einbußen hinnehmen oder sie finden gar nichts.“

Aus: Süddeutsche Zeitung, März 2009

sowie der Arbeitsplatzabbau haben zu einem sehr schlechten Betriebsklima geführt. Trotzdem gibt es keine deutlich gesteigerte Bereitschaft, sich zu organisieren. Inzwischen besteht auch die Angst, sich eindeutig zu positionieren. Schließlich kennt man das „bürgerliche Lager“ im Betriebsrat und man weiß natürlich, dass bei denen durchaus die Macht liegt, unbotmäßige Belegschaftsangehörige zu disziplinieren. Ob die Einschätzung tatsächlich richtig ist, wird allerdings erst die kommende Betriebsratswahl zeigen. Da wird man sehen, ob ein Umdenkprozess stattgefunden hat. Allerdings kann das nur bei Infineon geschehen. Qimonda wird es bis zu dem Zeitpunkt in der bestehenden Form nicht mehr geben.

Bei Qimonda hat inzwischen der Insolvenzverwalter das Sagen. Bis März muss er einen Investor finden, sonst droht Dresden und auch den verbliebenen Standorten das Ende. Für eine Lösung braucht er auch die

Politik im Boot. Die Aussichten sind aber gering, zumal ohne politischen Druck sich wenig bewegen wird. Es war deshalb erstaunlich, dass sich die Belegschaft am 4. Februar zu einer Demo formierte. Fast alle 3.000 Beschäftigten waren auf der Straße und demonstrierten um den Erhalt der Arbeitsplätze. Es grenzte fast an ein Wunder. Scheinbar waren Betriebsrat und Belegschaft endlich aufgewacht. Die Berliner Zeitung schreibt allerdings dazu: „Wie es heißt, soll erst der Insolvenzverwalter entsprechend Druck gemacht haben. ‚Sie müssten sich jetzt endlich mal bewegen‘, habe er dem Betriebsrat kürzlich klar gemacht.“ Dies wird aus IG Metallkreisen bestätigt. Insolvenzverwalter Jaffé hätte auf der Betriebsversammlung zu einer Aktion seine Erlaubnis gegeben. Das allerdings ist der Gipfel der Erbärmlichkeit. Da braucht es einen Insolvenzverwalter, damit sich ein Betriebsrat bewegt. Da muss ein Insolvenzverwalter einer Belegschaft sagen, dass sie um ihre Arbeitsplätze

kämpfen muss. Und schon entstehen Illusionen ob der gelungenen Aktion. Nicht wenige KollegInnen meinen jetzt, dass aufgrund ihres „Drucks“ Lösungen gefunden werden, dass sie jetzt ein höheres Wesen rettet. Und auch der Großheld des Klassenkampfes und BR-Vorsitzender Martin Welzel meint, nachdem er als Erfüllungsgelhilfe des Qimonda-Konzerns über Jahre alle Belegschaftsinteressen abgeblockt hat: „Und jetzt legen wir mit unseren Protesten auch richtig los“. Seither ist aber nichts mehr geschehen. Und es ist sehr wahrscheinlich, dass auch nichts mehr geschehen wird. Für die Qimonda Belegschaft wird das richtige Loslegen des „bürgerlichen Lagers“ deshalb zu spät kommen. Es bleibt nur zu Hoffen, dass wenigstens die Kolleginnen und Kollegen bei Infineon aus dem Qimonda-Desaster die richtigen Schlüsse ziehen. Das heißt: sich selbst zu organisieren und die AUB und sonstige Kapitalknechte in die Wüste zu schicken.

Die Weltwirtschaftskrise verschärft sich dramatisch

Wo bleibt der Widerstand?



Montage & Foto: Arsti

Die Systemkrise des Kapitalismus hat nun nahezu die ganze Welt erfaßt; sie spitzt sich immer weiter zu. Den Mitverantwortlichen an der Katastrophe, den systemtragenden Politikern, Bankern, Bossen, ihren gekauften Ökonomieprofessoren und dem ganzen Rattenschwanz der Medienmeinungsmanipulierer scheint es immer noch zu gelingen, die Wahrheit über die Schärfe und das Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise zu vertuschen. Nur scheinbar bringen Regierung und Parteien die Folgen der milliardenschweren Staatsinterventionen zur Sprache. Aus Angst vor sozialem Sprengpotential vermeiden sie es, die sozialen Konsequenzen auch nur anzudeuten, die sich aus den horrenden Rettungs- und Konjunkturprogrammen ergeben und mit denen ein wirtschaftlicher Zusammenbruch vermieden werden soll. Nur vereinzelt wird auf

die Zeitbombe verwiesen, die immer noch tickt.

Der neue bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil von der FDP konnte sich kürzlich die Bemerkung nicht verkneifen: „Da schwirren Milliarden nur so durch den Raum. Irgendjemand wird die Rechnung bezahlen müssen.“ Gerade seine Partei, die FDP, wird das ihre dazu beitragen, dass mit „irgend jemand“ natürlich nicht die besitzende Klasse und ihre Eliten gemeint sind. Wer die Macht im Klassenstaat hat, kann so was doch, wie gewohnt, auf die Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Rentner und Sozialhilfeempfänger usw. abwälzen. Dabei ist es noch gar nicht ausgemacht, dass die „Rechnung“ nicht größer wird, als sie sowieso schon ist. Dabei ist noch längst nicht absehbar, ob trotz der aufgewendeten ungeheuren Summen in der Welt ein Zusammenbruch des Systems und der Bankrott von Staaten abgewendet werden kann. Müssen

doch fast alle maßgeblichen Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zugeben, dass sie in Wirklichkeit nichts im Griff haben und allesamt vor einem Schwarzen Loch stehen.

Wirtschaftswissenschaftliche Thesen, die man einst prahlerisch der mit Schwierigkeiten kämpfenden „sozialistischen Planwirtschaft“ entgegengestellt hat, sind inzwischen zur Makulatur geworden. Ungeniervoll verfahren nun ganze Heerscharen von marktradikalen Schreibern und Moderatoren nach dem Motto: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ Dabei wird wieder versucht, von den systembedingten Ursachen der Krise abzulenken. Bundespräsident Köhler spricht von „Monsterkapitalismus“, Helmut Schmidt vom „Raubtierkapitalismus“. Allein die Spekulanten eines Casino-Kapitalismus, Exzesse von Bankern und Gier und Unfähigkeit von Mana-

gern sollen die Krisen erzeugt haben. Sich auf die Forderung nach Abstellung der „Mißstände“ zu beschränken, ist zur Krisenlösungspolitik der SPD geworden, die bewußt vor der Systemfrage halt macht. Das gilt auch für Grüne und Kreise in der Partei Die Linke, die das Heil im Keynesianismus sehen. Auf der anderen Seite haben die Anhänger der sogenannten „Freien Marktwirtschaft“ längst noch nicht aufgegeben und stemmen sich, trotz des offensichtlichen Debakels, gegen Änderungen. Einen Boden dafür gibt es immer noch in CDU und CSU; vor allem aber Westerwelle mit seiner FDP hält am rigiden Marktradikalismus und dessen ordnungspolitischen Dogmen fest. Damit treffen sie die Interessen des Mittelstandes. Für die Gelben macht sich dies im Zuwachs neuer Wählerschichten bezahlt. Dazu meint der Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten: „Bis heute weigern sie sich einzugestehen, dass ihr Kapitalismusmodell kläglich gescheitert ist. Ohne die gigantischen Konjunkturprogramme der Staaten wäre dem westlichen Wirtschaftssystem möglicherweise das gleiche Schicksal beschieden wie vor 20 Jahren der kommunistischen Planwirtschaft.“

Der Supergau ist immer noch möglich

Nicht nur in Deutschland, nein, überall gebärden sich Regierungen und Parteien so, als hätten sie mit ihren Krisen- und Konjunkturprogrammen (und mit zusätzlichen Steuersenkungen für die Reichen) die Weltkrise schon im Griff, während die schwerste Rezession der Nachkriegszeit immer mehr Branchen ergreift, eine Bank nach der anderen zu kippen droht. Ungeachtet der sich abzeichnenden sozialen Katastrophe seines Landes erklärt Präsident Obama kühn: „Wir werden stärker als zuvor aus der Krise hervorgehen!“ Kurz zuvor hatte er nur mühsam ein 787 Milliarden Dollar Konjunkturpro-

gramm durch den Kongreß gebracht. Das Stichwort hatte die Bundeskanzlerin gegeben: „Wir sollten stärker aus der Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind. Wir wollen die Krise als Chance nutzen.“ Berlusconi in Italien macht das unverkrampfter: Er macht einfach die Augen zu...

Der Wirklichkeit näher kommt einer, der immer ein entschiedener Vertreter des Neoliberalismus war, ifo-Chef Hans-Werner Sinn. So ist er der Meinung, die Krise habe erst begonnen; viele Menschen seien von ihr noch gar nicht betroffen: „Die Leute le-



sen von der Krise in der Zeitung, spüren sie aber noch nicht.“ (Südkurier) Dass dies bei vielen noch so ist, bestätigt eine Konsumstimmung, die Züge von Ignoranz und Fatalismus in sich trägt. Nach einer Umfrage in Bayern waren 63 Prozent der Meinung, es gehe bald wieder aufwärts. Nur 37 meinten, es werde schlechter.

Die Weltwirtschaftskrise erfasst inzwischen einen Bereich der Ökonomie nach dem anderen. Immer mehr Branchen leiden unter einer Überproduktionskrise. Den Automobilbau und seine Zulieferer traf es am härtesten. Am meisten spürten es die teuren Marken: Bei Daimler wurden 31 Prozent weniger verkauft, bei Audi 28. Im gesamten EU-Raum waren es 50 Prozent weniger. Aber auch im Maschinenbau, bei Stahl, im Bausektor und in der Logistik brachen die Umsätze weg. Da half es auch nicht viel, dass die EU-Bank 7 Milliarden € für die Autobranche zur Verfügung stellte. Der Exportweltmeister Deutschland wird die Rezession besonders spüren. Die Wirtschaftsfachleute diskutieren gerade, ob der Rückgang 2009 2,5 Prozent (Rürup) oder 3,5 Prozent (DIW) ausmachen wird.

In den USA nimmt die Arbeitslosigkeit rasant zu, im Januar um 600.000. Die EU schätzt für ihren Bereich eine Zunahme von 3,5 Millionen Arbeitslosen bis 2010. Sie nehmen auch in der BRD zu, wo scharenweise Leiharbeiter entlassen werden, aber ansonsten noch versucht wird, die Fachkräfte mittels Kurzarbeitergeld zu halten. Die Anzahl derjenigen, für die Kurzarbeit beantragt ist, soll Ende Februar nun bei 700.000 liegen – im Endeffekt geht dies zu Lasten der Beitragszahler.

Was die Lage dramatisch werden läßt, ist die Ausweitung der Finanzkrise und ihre Unberechenbarkeit: „Auch gut eineinhalb Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise ist kein Ende in Sicht. ‚Niemand hat den Überblick, was noch droht‘, sagt Bankenexperte Thomas Hartmann-Wendels von der Universität Köln. ‚Weder die Banken, noch die Aufsichtsbehörden, noch die Staaten.‘“ (NN vom 17. 1. 09) Man kann nur stichwortartig die meist geschätzten Zahlen zum gegenwärtigen Stand in den Raum stellen, um einen Überblick zu gewinnen.

Die OECD gab bekannt, dass durch die Finanzkrise weltweit bisher 3,3 Billionen € vernichtet wurden. Nach Ermittlungen der Bundesbank und der BaFin würden in den Kellern der deutschen Banken noch etwa 1 Billion € unter der Decke liegen. Wirtschaftswissenschaftler schätzen den Abschreibungsbedarf der Banken weltweit gar auf 23.000 Milliarden \$!

Der Anleger-Guru George Soros stellte fest, „ein Tsunami“ habe die Weltwirtschaft erfasst. Die Billionen, die etwa zur Rekapitalisierung der Banken benötigt würden, seien gar nicht vorhanden! Diese Aussage stellt die Staatsgarantien für die deutschen Banken in ein fragwürdiges Licht. 400 Milliarden Euro stellte die Regierung dafür bereit; bis Ende Januar wurden 100 Milliarden abgerufen, von den 80 Milliarden zugesagten Eigenkapitalhilfen erst 18 Milliarden. (Die Staatsgarantien z.B. in Frankreich beliefen sich auf 320 Mrd. Euro, in Großbri-

tannien waren es 288 Mrd., in Griechenland 15 Mrd.) Bisher waren diese Staatshilfen wenig wirksam; sie konnten die Kreditblockaden nicht völlig überwinden. Ein Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs ist also noch nicht ausgeschlossen, obwohl die Bankenstützungsmaßnahmen in Deutschland (Bürgschaften, Direkthilfen, Beteiligungen) bereits die Grenze von einer Billion erreicht haben.

Ende Februar spitzte sich die Lage bei der Hypo Real Estate erneut zu, als die Bank noch einmal 20 Mrd. € dringend benötigte. Sie spielt in Deutschland eine ähnliche Rolle wie in den USA die Lehman Brothers Bank. Ginge sie Pleite, könnte dies eine Kettenreaktion auslösen, die andere Banken, Versicherungsgesellschaften und Kommunen mit in den Abgrund reißen würde. Die bis-

herigen Hilfen und Garantien vom Staat und anderen Banken erreichten die gigantische Summe von 102 Milliarden Euro, „*doch die Pleitegefahr wurde nicht gebannt*“ (NN). Ginge die HRE in Insolvenz, hätte umgerechnet jeder Bundesbürger weitere 1.000 € fiktive Schulden. Man sieht, das ganze Land wird ungefragt zur Geisel der Bankenwelt gemacht. Eine Verstaatlichung ist nun im Gespräch, wobei sich die Westerwelles mit dem Aufschrei „*VEB*“, „*DDR-light*“ lächerlich machen. Zudem: „*Enteignen? Lächerlich. Die HRE ist wertlos.*“ (Freitag)

Der IWF schätzt, dass die Banken allein mit Papieren aus den USA 2.200 Mrd. \$ verlieren werden. 800 Milliarden seien abgedeckt, doch die restlichen 1.400 Mrd. \$ könnten eine Inflation auslösen. In den USA stehen nicht nur die Konzern-Giganten General Motors, Ford und Chrysler vor der Pleite, auch der Bank-Riese Citigroup wankt. Innerhalb eines Jahres sind nun 41 Banken in den USA Pleite gegangen. Der schweizer Bank-Gigant UBS wurde zur tickenden Zeitbombe. Der Verlust 2008 betrug 13 Mrd. Euro, die Staatshilfe beträgt bisher 45 Mrd. €. Doch die Risikopa-

piere sollen 300 Milliarden Franken ausmachen. In Großbritannien bricht die Royal Bank of Scotland mit einem Verlust von 31 Milliarden Euro alle Rekorde. Die Staatsbeteiligung hat jetzt 70 Prozent erreicht. Auch das Barclays Institut befindet sich in einer Schieflage. Die sogenannten Giftmüllpapiere Englands summieren sich auf 200 Mrd. Pfund. In Deutschland macht die Commerzbank (18 Mrd.-Hilfe) Schmerzen. Neben anderen ist nun die HSH-Nordbank noch hinzugekommen. Deren Krise bedroht die Stabilität Schleswig-Holsteins und



Hamburgs. Aus den USA kommt die Nachricht, dass weitere Banken ins taumeln kommen, darunter der Bank-Riese Bank of America. Noch mehr Sorge macht der Versicherungsriese American International Group (AIG). Der größte Quartalsverlust der Geschichte beträgt 60 Mrd. \$. Die US-Regierung hat der AIG 150 Mrd. Dollar bereits zugeschossen. Das Beben, das von dort ausgeht, spürt man bis in die deutschen Städte, die sich unter dem Zauberwort *Cross Border Leasing* einst ködern ließen. Nürnberg z. B. verliert durch das Schlingern der AIG bis zu fünf Millionen Euro. Der Schuldenberg des privaten Sektors – Unternehmen, Privatpersonen – hat in den USA nun 42 Billionen \$ erreicht. Die Pensionsfonds (kapitalgedeckte Altersvorsorge) in den USA sind seit 1940 auf 25 Billionen \$ angewachsen – sie kommen jetzt in Gefahr. Die Verluste der Pensionskassen im gesamten OECD-Raum sind bis Ende Oktober 2008 mit fünf Billionen \$ verzeichnet. Von den Versicherungsfonds verlor die Allianz allein durch die Pleite von Lehman Brothers 400 Millionen Euro. In der Branche gibt es keine Einlagenfonds. Wie sich die Mi-

sere der AIG auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Die Befürworter von „Bad-Banks“ benehmen sich wie im Tollhaus, in dem die Billionen keine Rolle mehr spielen. Das Vertrauen unter den Banken könnte damit angeblich wieder hergestellt werden. Die Übernahme der Schrottpapiere durch den Staat würde Deutschland – nach Aussage von Steinbrück – 150 bis 200 Mrd. € kosten. Ackermann von der Deutschen Bank rechnet mit einem höheren Betrag. In den USA spricht man von vier Billionen \$. Die Summe der bisherigen

Rettungspakete allein in der EU wird mit zwei Billionen Dollar beziffert. Wenn nur ein Teil davon fällig würde, bedeutete das ein unvorstellbares Ausmaß, das nicht zu bewältigen wäre. Es gibt Ökonomen wie Prof. Max Ott oder Dr. Marc Faber aus der Schweiz, die den Staatsbankrott

für unvermeidlich halten. In einer Rede vor Bank-Managern in Frankfurt erklärte dazu Bundeskanzlerin Angela Merkel: „*Es gibt das Gerücht, dass Staaten nicht pleite gehen können. Dieses Gerücht stimmt nicht!*“

Andere Fachleute sehen sowohl die EU als auch den Euro gefährdet. Als ultima ratio, als „*radikalen Befreiungsschlag*“ bringt Prof. Rudolf Hickel einen Währungsschnitt in die Debatte, die auch in den USA geführt wird. Doch eine „*Währungsreform*“, eine Abwertung etwa um die Hälfte, hätte schwerwiegende Folgen. Das HWWI rechnet mit einer Geldentwertung von 5 bis 10 Prozent pro Jahr für die Zeit nach 2010. Inflation und Kriege waren im Verlauf der Geschichte schon öfter die Mittel, um den Kapitalismus und damit die eigene Klassenherrschaft zu retten.

Die Kette bricht an ihren schwächsten Stellen

Was für die Industriestaaten im besten Fall ein fünf- bis zehnjähriges Weiterleben mit den Krisenfolgen sein könnte, kann für die Mehr-

heit der Weltbevölkerung in der Dritten Welt und auch in manchen Schwellenländern noch mehr Hunger und Elend bedeuten, verbunden mit schweren politischen Erschütterungen. Für die ärmsten Länder könnte für lange Zeit der Entwicklungsprozeß ganz abgeschnitten sein.

Osteuropa, für die deutschen Exporte und auch politisch ein wichtiges Gebiet, hat es besonders hart getroffen. Reihenweise stehen die Währungen vor dem Kollaps. Überall wachsen die Schulden ins Unermeßliche. Der polnische Zloty hat seit der Mitte des vorigen Jahres die Hälfte an Wert verloren. Überall ziehen ausländische Investoren ihr Geld ab. 80 Prozent der Banken sind in westlicher Hand. Die anstehenden Kredite Osteuropas werden auf 1,3 Billionen Euro geschätzt. Osteuropa bräuchte auf die Schnelle 120 Milliarden € zur Rekapitalisierung und um in manchen Ländern die Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Es besteht die

Gefahr, dass Europa in zwei Teile zerfällt. Die einst so gelobten *baltischen Tiger* sind am Ende ihres Lateins, war doch die Hausse auf Pump gebaut. Um dem Staatsbankrott entgegenzutreten, hat der IWF Lettland 7,5 Mrd. € zugesagt. Auch Litauen, Estland, Bulgarien und Ungarn benötigen Erste Hilfe. Rumänien ist inzwischen kreditunwürdig geworden. Die Ukraine, sowieso schon starken politischen Spannungen ausgesetzt, ist besonders übel dran. Die Stützung durch den IWF im Herbst in Höhe von 16 Mrd. \$ hat wenig bewirkt. Die Menschen stürmen die Banken, die vor dem Zusammenbruch stehen. Kiew muß die Staatsanleihen zu 27 Prozent verzinsen. Im Dezember ist die Industrieproduktion um 27 Prozent zurückgegangen. Auch in Weißrußland brennt es lichterloh. Der Wirbelsturm der Krise wird manche politische Konstellation über den Haufen werfen: Lukaschenka geht schon bei der EU Klinken putzen...

Überall wachsen Unruhe und Empörung. In Island haben die Demonstrationen angesichts des Beinahe-Staatsbankrotts zum Sturz der Regierung geführt. In Lettland wird ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit

um zehn Punkte erwartet. Als die Regierung auf Druck des IWF Sozialkürzungen und Steuererhöhungen ankündigte, kam es am 17. Januar in Riga zu heftigen Straßenschlachten. Am 18. Januar war die litauische Hauptstadt Vilnius Schauplatz von Kämpfen mit Flaschen, Eiern und Tränengasgranaten. Es ging u. A. um die



Absicht der Regierung, die Löhne im Öffentlichen Dienst um 15 Prozent zu kürzen. In Bulgarien regten sich die Bauern und Studenten, denen es besonders übel geht. Man sieht, wenn es konkret wird, dann setzt auch Widerstand ein.

Rußland ist eines jener Länder, in denen die sozialen Auswirkungen unmittelbar der Krise folgen. Der Sturz der Öl- und Gaspreise infolge der Weltrezession hat das Land ins Mark getroffen. Das gilt auch für alle anderen rohstoffreichen Länder, von Venezuela bis zu manchen afrikanischen Staaten. 30 Prozent beträgt der Währungsverfall der letzten Wochen in Rußland. Vom Reservefonds hat die Regierung bereits 150 Mrd. \$ abgezogen, doch die Industrieproduktion geht rasant zurück, verbunden mit Kurzarbeit und Entlassungen. Arbeitslose müssen mit umgerechnet 100 € auskommen. Auf zehn Millionen *Gastarbeiter* aus den ehemaligen Sowjetrepubliken kommen noch schwerere Zeiten zu. Usbeken z.B., die vor der Krise am Bau 540 € verdienten, müssen nun mit weniger als 330 Euro zufrieden sein. Die ursprüngliche Absicht der Moskauer Regierung, die Sicherheitskräfte aus

Kostengründen abzubauen, wurde aufgegeben. Man fürchtet soziale Unruhen. Der Polizeistaat wird also noch rigoros vorgehen. Die Demonstrationen in Wladiwostok waren erst der Anfang.

Die internationale Arbeitsagentur ILO sagt voraus, dass die Weltrezession bis Ende 2009 20 Millionen zusätzliche Arbeitslose hervorbringen wird. In der Welt könnte es dann 210 Millionen registrierte Arbeitslose geben, vom *Prekariat* ganz abgesehen. Welch eine Glanzleistung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gegenüber sozialistischen Modellen, die keine Arbeitslosigkeit

kannten! Die etwa 100 Millionen Migranten werden die Krise besonders spüren; zudem fehlen ihren Heimatländern die Überweisungen. Diese machen in manchen Ländern bis zu 35 Prozent des BIP aus, wie in Moldau, Tadschikistan und Albanien, von Angola, Ghana und Somalia ganz zu schweigen.

In Asien gibt es gewaltige Einbrüche, z.B. in Südkorea (-5%), Singapur, Taiwan. Das Exportland Japan erlebt mit 13 Prozent einen dramatischen Rückgang – es steht vor einer schweren Rezession. Für China, das mit dem kapitalistisch fundierten Boom auch die kapitalistische Krise ins Land holte, ist erst einmal der bisherige Massen- und Billigexport zu Ende. In Süd- und Nordostchina haben die Hälfte der Spielzeughersteller und ein Drittel der Schuhfabrikanten ihre Betriebe geschlossen. Hunderte Fabriken haben zum Teil einfach zugesperrt. Die Zuwachsraten sind gefallen. 7,5 % werden vorausgesagt für 2009. Doch unter 8 % kommt alles ins Wanken, kommt das soziale Chaos. 20 Millionen Wanderarbeiter mußten schon in ihre armseligen Dörfer zurück. Da helfen auch die 1,9 Billionen \$ Devisenreserven nichts. Die brauchen sie zur Stützung ihrer eigenen Währung. Die Immobilienpreise sind über 50 Prozent gefallen. Die Unruhen, verbotene Streiks und Protestaktionen nehmen zu.

Es wäre eine Illusion, zu glauben, der Niedergang in den Industrie- und Schwellenländern würde im Verlauf der Krise nicht mit voller Wucht die kapitalistischen Kernländer tref-

fen. Dabei ist es gerade ein solches Kernland, das am meisten gefährdet ist, nämlich Großbritannien. Das Mutterland des Kapitalismus steht nahe am Staatsbankrott. Mit 23 Billionen \$ (lt. IWF) hat die britische Bankenwelt ungeheure Verluste erlitten. Eine Reihe von Banken wurde kurzerhand verstaatlicht. Trotz 537 Milliarden Pfund schwerer Rettungspakete breitet sich die Rezession weiter aus. Die Neuverschuldung wird am Ende des Jahres bei acht oder neun Prozent des BIP liegen. Die Finanzkrise birgt noch böse Überraschungen. „Warum hat niemand das Desaster kommen sehen?“, wundert sich selbst die Queen...

Nach der historischen Niederlage der britischen Gewerkschaften unter der Regierung Thatcher flammt nun wieder Widerstand auf. Es kam zu verbotenen wilden Streiks, vor allem von Bauarbeitern. In der Linsay-Raffinerie kam es zu unsolidarischem Verhalten der britischen Arbeiter gegenüber einem Einsatz italienischer und britischer Kollegen: „PUT BRITISH WORKERS FIRST“. (Wir veröffentlichen dazu einen Artikel eines englischen Genossen in diesem Heft.) In den USA hatte sich die Stahlarbeitergewerkschaft USW für das Motto „buy american“ ausgesprochen.

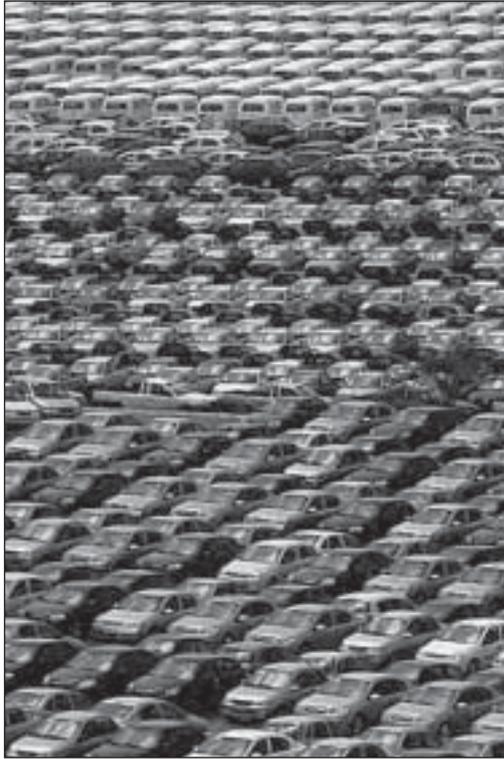
Auch in Irland droht der Staatsbankrott. Die EU-Verschuldungsgrenze ist mit 11 Prozent weit überschritten. Mit dem „keltischen Tiger“ ist es vorbei. Die Regierung plant Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst, der Gewerkschaftsbund ITCU ließ die Verhandlungen darüber scheitern. Hunderte Arbeiter der Porzellanfirma Waterford Wedgwood besetzten wegen der Entlassung von 480 Beschäftigten ihren Betrieb.

Die Unruhen in Griechenland, an denen vor allem Jugendliche beteiligt sind, halten an. Politisch geht es mehr in der Art: Jeder gegen Jeden. Eine Alternative scheinen die meisten nicht zu erkennen. Auch Athen kann die Krise aus eigener Kraft nicht bewältigen.

Während die italienische Linke so schwach ist wie selten zuvor, auch die RC zerfällt, scheint in Frankreich die Linke sich wieder zu sammeln und die Gewerkschaftsbewegung militanter als anderswo Widerstand zu leisten. Eine neue Antikapitalistische

Partei ist entstanden und auch eine „Linke“ formiert sich nun.

In Frankreich hatten die acht größten Gewerkschaften für den 29. Januar zu einem landesweiten Aktionstag aufgerufen, um gegen die Krisenlösungspolitik Sarkozys Front zu machen. In den Städten des Landes bildeten sich 195 Demonstrations-



züge mit über einer Million Teilnehmern. Um die 300.000 zogen durch Paris, 100.000 durch Bordeaux, 30.000 durch Lyon. Auch Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Jugendgruppen waren dabei. Die gemeinsame Losung war: (Für) „Arbeitsplätze und Kaufkraft“, was alle Gewerkschaften über die Parteigrenzen hinweg mittrugen. Außerdem wurde ein Katalog konkreter Forderungen aufgestellt, der stark links-reformerisch geprägt war. Da der Protesttag an einem Donnerstag stattfand, kann man durchaus von einem Generalstreik sprechen. In vielen Branchen und Institutionen lag die Beteiligung zwischen 41 Prozent (Eisenbahner) und 78 Prozent (E-Werker).

In verschiedenen Ländern kam es nach langer Zeit wieder zu Betriebsbesetzungen, in den USA erstmals seit den 30er Jahren. In Chicago besetzten Arbeiterinnen und Arbeiter im Dezember ihr Werk Republican Windows, in Argentinien wurden acht Betriebe besetzt, in Venezuela

das Mitsubishi-Werk, wobei die Polizei zwei Streikende ermordete. Auch in Spanien, Griechenland und Italien gab es verschiedentlich Streiks und größere Demonstrationen.

Orientierungslos, hilflos, unbelehrbar?

In vielen gewerkschaftlichen und linken Blättern taucht immer wieder die Frage auf: *Wo bleiben angesichts der Wirtschaftskrise und der Bankenskandale eigentlich in Deutschland Empörung und Widerstand?* Liegt es am fehlenden Temperament der Deutschen, an ihrer Geschichte mit einer Reihe von gescheiterten Revolutionen? Dies und psychologische Aspekte mögen eine Rolle spielen, aber entscheidend sind die gegenwärtig bestehenden objektiven Bedingungen. Als Ausgangspunkt ist zunächst festzuhalten: Auch die Mehrzahl der Lohnabhängigen hat noch einen Lebensstandard, der ihnen mehr als das Notwendigste bietet. Sie haben also noch viel zu verlieren; nicht nur „ihre Ketten“! Die heute schon im Schatten stehen, das *Prekariat*, die Hartz IV-Empfänger und andere, sind nicht die politisch Aktivierbarsten. Die Anti-Hartz IV-Demonstranten von einst haben zudem die Erfahrung des Scheiterns ihrer Bewegung zu verkraftet. Waren die großen Demonstrationen auch nicht politisch völlig wirkungslos, so haben sie an der Sache selbst doch nichts ändern können. Die großartige Friedensbewegung konnte die Kriege nicht verhindern, die sozialen Proteste wenig an der Abwälzung der Lasten auf die Massen. Da hätte es großer Klassenkämpfe bedurft, die Wurzel des Systems im Visier, die Klassenherrschaft. Da kaum mehr Klassenbewußtsein vorhanden ist und die kleinbürgerlichen Lebensmöglichkeiten allgemein noch nicht erschüttert sind, ist das Festhalten an den bestehenden politischen Formen in der BRD – wenn auch abnehmend – noch nicht in Frage gestellt; wobei nach dem Zusammenbruch des Sozialismus alles Linke weithin verpönt ist. Diese Verkrampfung wird sich erst mit der Zeit wieder – nach und nach – lösen.

So tief und folgenschwer die Weltwirtschaftskrise auch ist, so ist



sie doch in die Köpfe der Massen erst schemenhaft eingezogen. Real betroffen sind erst relativ wenige. Am schlimmsten traf es die 150.000 Leiharbeiter, die als erste entlassen wurden. Als nächstes ist die Automobilbranche an der Reihe. Die Voraussagen gehen von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. In diesem Jahr rechnet man mit 35.000 Insolvenzen von Unternehmen. Doch die meisten Menschen haben noch nicht begriffen, dass die große Rechnung erst noch kommt für all die Milliarden, die für die Konjunkturprogramme und zur Rettung der Pleitebanken ausgegeben wurden. Im Gegenteil, was jetzt als Abwrackprämie unters Volk kommt, sich über Städte, Schulen usw. ergießt, wird erfreut begrüßt, als käme es aus dem Füllhorn. Dass all dies eines Tages bitter bezahlt werden muß, verdrängen die Menschen. Momentan sind es für sie Wohltaten, ebenso wie die Steuerrückvergütungen. Auch die Ergebnisse der Tarifverhandlungen, deren Resultate zu Recht von den Linken kritisiert werden, werden von der Mehrzahl der Werktätigen als einigermaßen normal akzeptiert. Von einem aufgeheizten Klima kann man da noch nicht reden, von Ausnahmefällen abgesehen. Wenn es nach der Bundestagswahl ernst wird, kann sich das schnell ändern.

Eigentlich ist es ganz einfach: Nur bei Reibung entsteht Feuer! Man kann es mit einem krasen Vergleich veranschaulichen: Deutschland und Island. Beide sind der Weltkrise unterworfen, in Island schon mit katastrophalen Folgen, die zum Sturz der Regierung führten, in Deutschland bisher ohne massenhaften sozialen Absturz. Was den politischen Aufbruch in Island hervorgerufen hat, schilderten die „Nürnberger Nachrichten“:

„Tatsächlich sind die Folgen der Finanz-Havarie für alle schmerzhaft spürbar – keine Familie, in der nicht jemand den Job verloren hat, Wohnung

oder Haus aufgeben muss, die angesparte Pension in Rauch aufgehen sieht oder den eigenen Kindern zur Auswanderung raten muss.“

Das eine ist also der objektive Gang der Entwicklung, der eben in unterschiedlicher Geschwindigkeit vor sich geht. Das andere ist der subjektive Faktor, das politische Feld, das von den Parteien, Gewerkschaften usw. bestimmt wird.

Auch da wird wieder der Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich sichtbar: In Deutschland haben wir eine sich selbst zerstörende SPD und Gewerkschaften, deren sozialpartnerschaftlich geprägte Führungen noch stark sozialdemokratisch gebunden sind. Die neu entstandene Linkspartei ist sozialpolitisch im allgemeinen ein Fortschritt, sie ist aber nicht antikapitalistisch. Die kleinen sozialistischen Parteien und Gruppierungen haben keinen Masseneinfluß. Aufklärung über die systemische Krise zu betreiben, ist bei dieser Konstellation schwierig. Die Massen unterliegen zu sehr der bürgerlichen Propaganda und dem

Medieneinfluß. So bleiben sie hilflos und orientierungslos, wie die SPD-Führung und viele Gewerkschaftsfunktionäre, auch viele Betriebsräte.

In Frankreich ist zumindest die sozialistische Linke nicht ganz untergegangen. Gegenwärtig formiert sich eine neue Antikapitalistische Partei. Die verschiedenen Gewerkschaften haben zu einem gemeinsamen Aktionstag und Generalstreik zusammengefunden, wie auch die linken Parteien. Man muß aber auch sehen, dass sogar dort, wo harte Kämpfe mehr stattfinden als in Deutschland, keine Kräfte vorhanden sind, die stark genug wären, eine Offensive gegen das kapitalistische System selbst zu führen. Dafür ist auch die Basis nirgends bereit.

Heinz Stehr, der Vorsitzende der DKP, berichtete über das Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Sao Paulo, an dem 65 Parteien teilnahmen: „Neu für dieses Treffen war ein greifbarer Optimismus.“ Man muß schon fragen: Was passiert, wenn im Kampf gegen die Krisenfolgen die Bewegung gegen die Wand läuft, weil der Kampf gegen das System selbst nicht aufgenommen wird oder werden kann? Die herrschende Klasse ist niemals freiwillig abgetreten. Wird sie dann zum autoritären Staat oder zur Diktatur greifen, wie so oft in der Geschichte?

Wir zahlen nicht für eure Krise



„Wir bezahlen nicht für eure Krise“

Unter diesem Motto finden am 28. März Großdemonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main statt. Dafür mobilisieren Gewerkschaftslinken, soziale Bewegungen, Attac, die Partei Die Linke, die DKP, linke Gruppen und der ver.di-Bezirk Stuttgart, andere ver.di-Kreise, das ver.di-Organ „Publik“. Der ver.di-Bundesvorstand bemüht sich intern, weitere Bezirke von einer Teilnahme abzuhalten. Der Vorstand der

IG Metall hat in einem Rundschreiben betont, dass die IGM nicht zu den Mitaufrufnern gehört. Der Grund dürfte sein, dass sich die Vorstände der beiden größten Gewerkschaften vom linken Zuschnitt des 28. März distanzieren wollen. Außerdem konzentriert man sich wohl auf die im Frühsommer und Sommer geplanten eigenen Veranstaltungen – die Gewerkschaftsvorstände fürchten, die Zeitspanne zwischen den Großveranstaltungen wäre zu kurz. Wegen der Demonstrationen am 28. März gibt es auch aus linken Kreisen Vorbehalte und von Gewerkschaftern, die den Zeitpunkt für verfrüht halten und die verbleibende Zeitspanne für zu kurz, um ausreichend mobilisieren zu können. Es gibt noch keine soziale Bewegung, die zu solchen Aktionen drängt, kaum Initiativen in den Betrieben, die von sich aus zur Mobilisierung bereit wären. Selbst die DKP, die für den 28. März agitiert, schätzt richtigerweise ein, es zeige sich dies „... in der Bereitschaft auch des größten Teils der Arbeiterklasse, die Folgen dieser Krise zu schultern und einen Beitrag zu leisten, damit Voraussetzungen geschaffen werden für neue, günstige Verhältnisse.“ (Stehr)

Für den 15./16. Mai ruft der DGB nach Berlin zu einem zweitägigen *Kapitalismuskongress* mit Großdemonstration. Es überrascht nicht, dass es sich nicht um einen *Antikapitalismuskongress* handelt. Selbst Weltkatastrophen können anscheinend die ollen SPD-Illusionen von der Wiederherstellung eines „sozialen Kapitalismus“ nicht zerstören. Wie verlautet, sollen „Mitbestimmung“ und „Regulierung“ die Zaubermittel sein. Die Forderung aus der Basis, die Reichen sollten doch zur Krisenbewältigung etwas von ihren Vermögen abgeben, tut der DGB-Vorsitzende ab, das solle man „in Erwägung ziehen“. Der „Brutalkapitalismus“ (Sommer) müsse wieder der sozialen Marktwirtschaft weichen. Die Gewerkschaftspitzen geben sich in dieser Hinsicht unbelehrbar, sind es aber auch in ihrer SPD-Hörigkeit. Denn Welch ein „Zufall“, kurz nach den Großkundgebungen des EGB in fast allen europäischen Hauptstädten finden die Europawahlen statt!

Für den 17. Juni plant dann die IG Metall eine oder zwei Großkundgebungen. Sich zu beteiligen, heißt für die Linke, eigene Forderungen

einzubringen, denn auf eine klassenkämpferische Ausrichtung der Gewerkschaften wird man hier wie dort vergeblich warten. Der Erhalt des Systems wird nicht einmal verbal in Frage gestellt; man hofft auf einen reformierten Kapitalismus, obwohl der Ausgang der Finanzkrise noch völlig offen ist. Die IG-Metall-Führung versucht, den Kurs schon festzulegen: Anpassung an die Krise, Zugeständnisse und Vorleistungen. IG-Metall-Chef Berthold Huber im Montags-Interview der „Berliner Zeitung“:

Die IG Metall sei bereit, in bestimmten Fällen die gerade ausgehandelten Lohnerhöhungen mehrere Monate lang auszusetzen. Während Huber in dem Interview erst forderte: „Wir brauchen kurzfristig kräftige Impulse für den Konsum“, sagte er wenige Zeilen später: „Wenn es notwendig ist und wir über die zeitliche Verschiebung der Lohnerhöhung Arbeitsplätze sichern können, werden wir das tun.“ (UZ, 16. 1. 09)

Auf einer Arbeitstagung von IGM-Funktionären in Sprockhövel wurde auch über Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit diskutiert. Die 35- oder gar 30-Stundenwoche sei gerade in der heutigen Situation das „Gebot der Stunde“. Gleichzeitig war man sich einig, wie schwierig diese zu erkämpfen wäre und dass eine ausreichende Mobilisierung dafür nicht zu verwirklichen ist. Auch der Schock der Niederlage im Kampf um die 35-Stundenwoche im Osten sitzt immer noch tief. Leider sind die Kräfteverhältnisse gegenwärtig so, dass selbst die Abwehr einer Verlängerung der Arbeitszeit immer weniger gelingt. Die Kurzarbeit, durch die Krise stark angestiegen, beschert schon massenhaft Arbeitszeitverkürzungen, allerdings verbunden mit starken Lohneinbußen.

Die alten Methoden in der Auseinandersetzung um den Erhalt der Arbeitsplätze greifen, wie z.B. bei Opel oder Schaeffler, in der Krise immer weniger. Weder Streiks noch Betriebsbesetzungen können auf Dauer die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten außer Kraft setzen. Wer sich aber nicht trotzdem wehrt, der nimmt hin, dass die Arbeiterklasse zur bloßen Figur auf dem Schachbrett dieser besitzbürgerlichen Gesellschaft verkommt.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 162 Winter 2008/09, 44 S.

- Krise: Das dicke Ende kommt erst noch!
- Der Metallabschluss – Kein fauler Kompromiss
- Unsere Jahreskonferenz
- Die soziale Kluft wird größer
- Kolumbien: Neue Achse Berlin – Bogota?
- Zeitgemäße Sozialismuskonzeption
- 29 Wahlen in Österreich 2008
- Spanien: 30. Jahrestag der Verfassung
- Novemberrevolution in München
- Salvador Allende. Eine Chronik

Nr. 161 Herbst 2008, 40 S.

- Die Finanzkrise eskaliert
- Russlandkrise
- Kolumbien: Schwierige Zeiten für die Guerilla
- Ecuador
- Der Castrismus nach Castro
- China: Das rote Mandarinat
- Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der CSSR
- Trotz alledem! – Ein Beitrag zur Geschichtsdebatte
- Rezensionen...

Nr. 160 Sommer 2008, 36 S.

- Spalten, unterlaufen, zerstören! Die gelben Gewerkschaften
- Die Transnet-Legende
- Nahrungskrise
- Rolf Becker im Interview
- Versammlungsgesetz auf bayerisch
- Ein Wahldesaster für Labour
- Einige Anmerkungen zu Afghanistan
- Schon wieder mal besorgt... NPD in Sachsen
- Die Linke: Die Sowohl-als-auch-Partei

Nr. 159 Frühjahr 2008, 44 S.

- Raus aus Afghanistan!
- Von der Immobilien- zur globalen Finanzkrise
- Brüche in der Sozialpartnerschaft
- GDL: Die unendliche Geschichte eines Tarifkonfliktes
- Privatisierung und Schule
- Putsch der bayerischen Hausärzte
- Wer war Leo Jogiches?

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Streiks bringen Anlagen-Bau in Großbritannien zum Stillstand



Am 28. Januar traten 400 Montage-Arbeiter in der Total-Ölraffinerie bei Lindsey, in der Nähe von Immingham an der Ostküste, in einen wilden Streik gegen die italienische Firma IREM. IREM brachte italienische und portugiesische Arbeiter zum Bau eines neuen Teils der Raffinerie mit und lehnte es ab, lokale Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Die Streikenden monierten, dass die ausländischen Arbeiter, die auf einem Schiff im Hafen leben, unter dem britischen Lohnniveau bezahlt werden. Die Firma stritt dies ab, aber ein Fernseherteam interviewte in Lissabon portugiesische Arbeiter, die von der Lindsey Raffinerie zurückkamen, und diese sagten, dass sie ca. 1000 Euro pro Monat weniger erhielten als britische Arbeiter.

Innerhalb kurzer Zeit breiteten sich die Streiks aus und erfassten Montage-Arbeiter in Ölraffinerien, Kraftwerken, Chemiefabriken und anderen Projekten in England, Schottland, Wales, Nordirland und Irland. Bei kaltem Wetter, Eis und Schnee legten die Streikenden begleitet von Unterstützungsdemonstrationen die Arbeit nieder.

Einige Labour-Abgeordnete, sogar einige Minister brachten Sympathie für die Streikenden zum Ausdruck. Dann aber äusserte sich Lord Mandelson (Blairs „Spindok-

tor“, der zweimal aus der Blair-Regierung wegen finanzieller Skandale zurückgetreten war, den Blair als Kommissar der Europäischen Union nach Brüssel schickte, der von Brown zurückgeholt wurde, um die „blairistische“ Revolte in seiner Regierung zu beenden, der zum Lord gemacht wurde und der wieder in die Regierung aufgenommen wurde). Mandelson verurteilte ebenso wie Brown selbst die Streikenden. Der Streik sei illegal gemäß britischem Recht und die italienische Firma würde im Rahmen der EU-Gesetze handeln, wenn sie ihre eigenen Beschäftigten mitbringt und ihnen geringere Löhne bezahlt.

Entsprechend der EU Richtlinie für „Arbeiterentsendung“ dürfen Arbeiter aus einem Land, die in einem anderen beschäftigt werden, mit den geringeren Löhnen ihres Herkunftslandes bezahlt werden. Europäischer Gewerkschaften haben mehrere solcher Fälle, wie etwa der finnische Fährgesellschaft, die estnische Seeleute zu estnischen Tarifen bezahlte, vor den Europäischen Gerichtshof gebracht. Aber sie haben alle diese Fälle verloren. Die Richter urteilten zu Gunsten der Firmen und ihrem Recht über Europa hinweg Lohnniveaus zu unterschreiten.

Viele der Streikenden trugen Plakate mit dem Slogan „britische

Jobs für britische Arbeiter“ (Brown gebrauchte diesen Slogan 2007 auf dem Gewerkschaftskongress und dem Labour Parteitag als eine populistische Geste, die schon damals Beobachter irritierte und von Sozialisten als gefährlich angesehen wurde. Es war klar, dass diese Parole ihm später selbst Probleme machen würde). Die rechten Boulevardzeitungen, die gegen Asyl- und Arbeitsimmigration eingestellt sind, ebenso wie die rechts-aussen Partei SNP (einmal eine Neonazi- in neuerer Zeit eine mehr konventionelle rassistische Partei), übernahmen die Losung „britische Jobs für britische Arbeiter“. Die SNP besuchte auch die Streikposten, wurde aber von den Streikführern aufgefordert zu verschwinden.

Da die Streiks nicht legal waren, konnten sich die Gewerkschaften nicht beteiligen. Die Aktion wurde von den gewählten gewerkschaftlichen Vertretern, den Shop Stewards, angeführt. Offensichtlich waren alle Shop Stewards über Handys und SMS untereinander in Verbindung.

Am 4 Februar wurde der Streik an der Lindsey Ölraffinerie beendet, nachdem die Streikenden ein Angebot akzeptiert hatten nach dem 50 Prozent der in den neuen Arbeitsplätzen Beschäftigten Einheimische sein sollten. Am gleichen Tag hatten sie zuvor noch ein Angebot von nur 60 Jobs abgelehnt.

Das Thema ist noch nicht erledigt. Die Richtlinie für „Arbeiterentsendung“ muss geändert werden damit die Arbeiter und nicht der Arbeitgeber profitieren. Für die wenigen Tage des Streiks fürchteten die Regierung und die herrschende Klasse, dass die alten Tage mit inoffiziellen Streiks zurückgekehrt sind. Streiks die von Massenversammlungen und nicht von verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionären durchgeführt werden.

20.02.2009

Uruguay vor Parlamentswahlen

Bewegt sich das Land weiter nach links?

Obwohl am 25. Oktober 2009 in dem südamerikanischen Land, das nur halb so groß ist wie Deutschland, Parlamentswahlen angesagt sind, ist vorerst wenig über den Wahlkampf zu erfahren. Wer interessiert sich schon für dieses rohstoffarme Agrarland, das vor Jahrzehnten als „die Schweiz Südamerikas“ bezeichnet wurde und etwas eingeklemmt wirkt zwischen der Regionalmacht Brasilien und dem großflächigen Argentinien? Während in den deutschen Medien regelmäßig und ausführlich über Waldbrände in Kalifornien und Australien berichtet wird, ist eine aktuell durchaus vergleichbare Situation in Uruguay kein Thema. Dabei sind hier die Auswirkungen noch katastrophaler, betreffen sie doch einen kleinen Staat, dessen Hauptexportprodukt nach wie vor Rindfleisch ist.



Die mediale Nichtbeachtung könnte noch einige Zeit anhalten, bis sich dann etwa durch einen Hinweis der Konrad – Adenauer- Stiftung eine gewisse Aufgeregtheit einstellen dürfte. Schon bei den letzten Nationalwahlen 2004 war von den konservativen Parteien mit einer gehörigen Portion Antikommunismus Stimmung gemacht worden, was jedoch einen Sieg des Mitte-Links-Bündnisses Frente Amplio (FA) nicht hat verhindern können.

Auch im aktuellen Wahlkampf sind die Rechtsparteien in der Hauptstadt Montevideo munter dabei, eine Angststimmung gegen die fortschrittlichsten Teile der FA zu erzeugen.

Suche nach einem Präsidentschaftskandidaten

Da der derzeitige Präsident Tabare Vazquez von der Sozialistischen Partei lt. Verfassung nicht wieder

gewählt werden darf, musste die FA im Dezember 2008 auf dem Nationalkongress einen neuen Kandidaten finden. Und demokratisch geht es zu bei der Breiten Front. Die über 500 Basisorganisationen schickten 2400 Delegierte zum Kongress. Wunschkandidat des amtierenden Präsidenten ist der ehem. Wirtschafts- und Finanzminister Danilo Astori – schon in der jetzigen Regierung neben dem Präsidenten die dominierende Figur. Er sieht es als seine wichtigste Aufgabe an, die Politik der bisherigen Regierung weiterzuführen. Für das eher unbedeutende Amt des Vizepräsidenten sollte sich der ehemalige Landwirtschaftsminister Jose Mujica breitschlagen lassen. Mit dieser Lösung konnte sich die größte Gruppierung der FA, die MPP (Movimiento de Participacion Popular) nicht zufrieden geben. Weniger, weil sich die MPP, eine Nachfolgeorganisation der Tupamaros, übergangen fühlte.

Vielmehr gibt es in der FA zwei stark differierende Politikkonzepte, die von den beiden Kandidaten Astori und Mujica repräsentiert werden. Astori steht für den liberalen Flügel in der FA, betrieb als Wirtschafts- und Finanzminister die Annäherung an die USA, soll nicht zuletzt deshalb volles Vertrauen des IWF in Washington genießen und steht für Distanz zum Mercosur. Er repräsentiert eine Regierungsbilanz, die im Sinne des Funktionierens eines peripheren kapitalistischen Staates beeindruckende Zahlen vorlegen kann, im Hinblick auf die Umsetzung zentraler Forderungen des FA-Programms aber eher enttäuschend ausfällt.

Mitte-Links erfolgreicher als Mitte-Rechts

Angetreten war die FA-Regierung im Frühjahr 2005 nach einem fulminanten Wahlsieg unter schwierigen Rahmenbedingungen. Peter Burghardt, Lateinamerikakorrespondent der Süddeutschen Zei-



tung hatte vor der Wahl (November 2004) die desaströse Situation „des kleinen Agrarstaates“ wie folgt beschrieben: „Das einst wohlhabende Uruguay geriet 2001/02 in den Sog der Krise im Nachbarland Argentinien. Binnen eines halben Jahres hoben die Anleger die Hälfte ihrer Guthaben ab, vier Banken brachen zusammen, mehrere Firmen gingen Konkurs. Billige Importe trieben die Landwirtschaft und die Textilindustrie in die Krise. Inzwischen lebt ein Drittel der 3,4 Mio Einwohner unter der Armutsgrenze, die Auslandsschulden sind erdrückend.“ Nach vier Jahren der Mitte-Links Regierung haben sich die ökonomischen Rahmendaten konsolidiert. In der Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage kommt das Auswärtige Amt in Berlin zu einem rundum positiven Ergebnis: „Uruguay ist ... in einer Phase andauernder wirtschaftlicher Erholung. Das BIP wuchs 2007 real um 7,0%, für 2008 wird ein Wachstum von rund 5% erwartet.“ (...) „Das Schuldenmanagement der uruguayischen Regierung wird von den internationalen Finanzmärkten und möglichen Investoren anerkannt. Durch die Umschuldung von mittelfristigen in langfristige Staatsanleihen sowie die Begebung neuer Staatsanleihen konnte die uruguayische Regierung in Abstimmung mit dem IWF ihre dortigen Schulden im November 2006 vollständig vorzeitig zurückzahlen. Aufgrund der rigiden Sicherungs- und Kontrollmechanismen, die nach der Bankenkrise von 2002 eingeführt wurden, hat das uruguayische Finanzsystem sich gegenüber der weltwirtschaftlichen Finanzkrise 2008 bislang als relativ resistent erwiesen.“

Dunkle Wolken am Horizont

Was die angesprochene Finanzkrise von 2008 betrifft, dürfte die Einschätzung zu optimistisch sein,

denn die aktuelle Weltwirtschaftskrise wird auch in Uruguay ihre Spuren hinterlassen und den Handlungsspielraum der nächsten Regierung erheblich einengen.

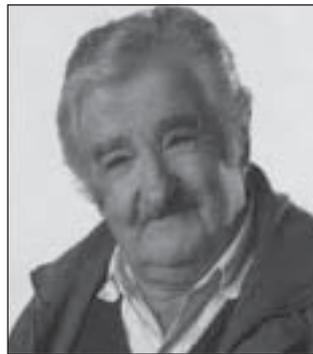
Dazu kommen die Auswirkungen der bereits erwähnten Dürrekatastrophe. Nach Informationen der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina werde im Süden des Landes mit einem Totalausfall der Ernte gerechnet. Schon jetzt (Januar) habe man mit einer Notschlachtung abgemagerter Rinder begonnen. Man rechne mit etwa 100 000 Milchkühen, fast ein Drittel des Milchviehbestandes, das somit der Dürre zum Opfer fallen werde. 12 000 Hektar seien bis Ende Januar den Flammen zum Opfer gefallen. Zusätzlich werde die Lage durch eine Heuschreckenplage verschärft. Auch mache sich bereits ein Mangel an Trinkwasser bemerkbar. Vor diesem Hintergrund findet der Wahlkampf statt.

Auf dem Nationalkongress erhielt Jose Mujica mit 71 % der Delegiertenstimmen ein eindeutiges Votum gegenüber Astori, der nur 23 % für sich verbuchen konnte. Somit ist Mujica, der als der beliebteste Politiker des Landes gilt, bis Juni 2009 der offizielle Präsidentschaftskandidat der FA. Im Juni stimmen dann sämtliche Mitglieder ab. Erst dann steht fest, wer für das Mitte-Links-Bündnis endgültig antritt. Ein aufwendiges Verfahren, das dem 74-jährigen Senator Mujica, der über 12 Jahre als Geisel der Militärdiktatur unter unvorstellbaren Haftbedingungen verbracht und nur knapp überlebt hatte, einiges zumutet. Als Landwirtschaftsminister hatte Mujica nur ei-

nen geringen Handlungsspielraum. Dass er als Anführer der stärksten Gruppierung nicht auf einen deutlicheren Linkskurs insistierte, wird ihm von einigen Linken zum Vorwurf gemacht. Das lässt aber die komplizierte Gemengelage in der FA außer Acht. (dazu mehr in Arsti Nr.152)

Die Mitte bremst

Die Linke ist zwar in dem Parteienbündnis ein starker Faktor. Es besteht aber immer die Gefahr des Auseinanderbrechens bzw. der Abspaltung der Parteien und Gruppierungen, die sich zur Mitte hin orientieren, sobald sich die Linke lautstark zu Wort meldet. Das lässt sich am Beispiel des Partido Democrata Cristiano (PDO) verdeutlichen. Diese kleine christdemokratische Partei, die mit in der Regierung der FA sitzt, wird von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) als sog. Partnerpartei bezeichnet. Man muss nicht über viel Phantasie verfügen, um die Rolle dieser konservativen Partei in einem Mitte-Links-Bündnis



Jose Mujica

rungen, die sich zur Mitte hin orientieren, sobald sich die Linke lautstark zu Wort meldet. Das lässt sich am Beispiel des Partido Democrata Cristiano (PDO) verdeutlichen. Diese kleine christdemokratische Partei, die mit in der Regierung der FA sitzt, wird von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) als sog. Partnerpartei bezeichnet. Man muss nicht über viel Phantasie verfügen, um die Rolle dieser konservativen Partei in einem Mitte-Links-Bündnis

zu definieren. Sollte die FA bei den Nationalwahlen die Mehrheit in den beiden Kammern verlieren, säße die KAS weiterhin am Regierungstisch dabei. Hat sie doch eine weitere Partnerpartei, den traditionell starken Partido Nacional (PN), mit 35 % der Wählerstimmen die größte Oppositionspartei. Der PN wird in den Publikationen der KAS als Partei im Mitte-Rechts Spektrum bezeichnet. Im Falle des Wahlsiegs des rechten Spektrums würde der PN mit der Regierungsbildung beauftragt. Da die FA im Senat mit 16 Sitzen und im Abgeordnetenhaus mit 52 Sitzen nur knapp über die absolute Mehrheit verfügt, ist der Abstand nicht so groß, dass man die Abspaltung des „gemäßigten“ Teils im Bündnis riskieren kann. Das mag ein Grund für die eher vage inhaltliche Positionierung des Kandidaten Mujica bezüglich der Vorhaben einer Regierung unter seiner Präsidentschaft sein. Immerhin steht er für eine stärkere regionale Integration in den Mercosur und für engere Beziehungen zum lateinamerikanischen Linksblock. Er punktet auch bei den ärmeren Bevölkerungsteilen mit der Ankündigung, er werde sein Präsidentengehalt einer Stiftung zur Verfügung stellen und weiterhin in seinem einfachen kleinen Bauernhof wohnen bleiben. Das klingt glaubwürdig, weil er nach seiner Freilassung lange Zeit Blumen gezüchtet und sie zusammen mit seiner Lebensgefährtin, der legendären Tupamara Lucia Topolansky, auf einem Wochenmarkt verkauft hat. Sollte aber der politische „Spielraum“ einer FA Regierung unter Mujica zu eng werden, bestünde die Gefahr der Abspaltung am linken Rand.

So sieht es auch Stefan Thimmel, einer der wenigen Journalisten, die aus Montevideo für deutsche Medien berichten: „Obwohl sich seit dem Regierungsantritt von Tabare Vazquez im März 2005 nicht wenige Linke in Uruguay enttäuscht von der Frente Amplio abgewendet haben, gibt es jetzt wieder die erstarkte Hoffnung, dass es mit einem Präsidenten Mujica einen wirklich linken Umschwung geben könnte. Sollten diese Hoffnungen von Mujica enttäuscht oder Astori zum Präsidenten gewählt werden, kann es passieren, dass sich die uruguayische Linke in eine weitere Traditionspartei verwandelt, die sich nur noch unwesentlich von den Blancos (PN) und den Colorados unterscheidet.“ (Lateinamerika Nachrichten, Febr. 09) Sollte am 25. Oktober die FA



„Wer heute José ‚Pepe‘ Mujica sieht, wie er mit seiner Lebensgefährtin Lucia Topolansky auf einem klapprigen

Moped durch die Stadt fährt, dem fällt es schwer, sich vorzustellen, dass der jetzige Senator ein Ex-Guerillero ist, der an verschiedenen Anschlägen der Tupamaros in den 60er und 70er Jahren teilgenommen hat, der durch die Kloaken von Montevideo aus dem Gefängnis flüchtete, der lebensgefährlich verletzt wurde, der 13 Jahre unter unmenschlichen Bedingungen in den Kerkern der Militärdiktatur verbrachte und in der Isolationshaft einer brutalen Folter ausgesetzt war.“

Aus: Lateinamerika Nachrichten – Februar 2000, Text: Stefan Thimmel

wieder über eine absolute Mehrheit der Sitze in beiden Kammern verfügen und „El Pepe“ Mujica Präsident werden, ist in den Erwartungen Realismus angesagt. Für Uruguay dürfte ebenso zutreffen, was Prof. Dieter Boris für die Länder Lateinamerikas allgemein prognostiziert hat: *„Nirgendwo ist eine antikapitalistische sofortige Umwälzung in Sicht.“* (W&F 2006/2)

Was deutsche Medien betrifft, wird man vermutlich im Sommerloch den Exguerillero und nach wie vor unverbesserlichen Linken Mujica in das Umfeld von Chavez einordnen und die Liste der sog. Demagogen und Populisten um einen Namen erweitern. Ob die Kampagne von Spiegel Online, Focus oder FAZ losgetreten wird oder von allen drei gleichzeitig, wird sich zeigen.

Stand Februar 09
hd.



Am 3. Februar 2009 ist in Montevideo die Tupamara Yessie Macchi gestorben.

Yessie Macchi wurde 1946 in Montevideo geboren. 1966 schloss sie sich der uruguayischen Stadtguerilla MLN-Tupamaros an. Zweimal konnte sie aus dem Gefängnis fliehen. Bei ihrer letzten Festnahme 1972 wurde ihr Compañero Leonel erschossen. Nach dem Putsch der Militärs wurde Yessie Macchi zur Geisel des Staates erklärt. 1985 kam

sie nach der erneuten Einsetzung einer Zivilregierung frei. Sie engagierte sich in der Folge in zahlreichen politischen und sozialen Projekten, u.a. beim Radio Panamericana und der unabhängigen Nachrichtengeneratur COMCOSUR, deren Frauenprogramm sie betreute. Der Parlamentarisierung der Tupamaros in der Frente Amplio stand sie ablehnend gegenüber.

Im Verlag Assoziation A erschien 1992 in dem Buch „Odranel. Die Linke zwischen den Welten“ ein erstes Interview mit ihr. 1998 erschien das von Monika Berberich und Irene Rosenkötter herausgegebene Buch „Aber wir haben immer auf das Leben gesetzt“, an dem sie maßgeblich beteiligt war und in dem ein längeres Interview mit ihr veröffentlicht wurde.

Vietnam – der etwas andere Sozialismus?

Wer zu Vietnam im Internet recherchiert, wird etwas seltsam anmutende Schwerpunkte finden. Einmal gibt es unzählige Erinnerungsliteratur all derer, die links stehen (oder standen) und inzwischen einer gewissen Altersstufe angehören. Vietnam war die Plattform, auf der die eigene Politisierung stattfand. Solange Vietnam im Krieg gegen die imperialistische Hauptmacht stand, war das Land wichtig. Danach tut sich eine gewaltige Lücke auf. Einzeluntersuchungen und Monographien zur Zeit ab 1975 bis ca. 1986 sind sehr wenige erschienen und die Linke hat sich, mit der Ausnahme moskauorientierter Kommunisten, dafür in keiner Weise mehr interessiert.

Stattdessen haben die Geschäftemacher des Westens, und in deren Gefolge der Tourismus, das Land entdeckt: als verlängerte Werkbank vor allem der Textil-, Schuh- und Nahrungsmittelindustrie einerseits, als

Abnehmer von Stahl, Fahrzeugen und Maschinen aller Art andererseits. Vietnam, das Land, das „in die Steinzeit zurückgebombt“ werden sollte, wurde in wenigen Jahren der bedeutendste Reisproduzent nach den wesentlich bevölkerungsreicheren Ländern China, Indien, Indonesien und Bangla Desh, und zum zweitgrößten Kaffeeproduzent und -exporteur nach Brasilien.

Das Land erzielte nach der Asienkrise 1997 (bis 2008) Wirtschaftswachstumsraten zwischen 7 % und 9 %. Kein Wunder, dass es für die Metropolen zum interessanten Exportpartner wurde. Die Mitgliedschaft in der WTO seit Anfang 2007 soll die Wirtschafts- und Rechtsordnung noch stärker auf die Bedürfnisse der „Partner“ ausrichten. Dass Vietnam sich vor Jahrzehnten erfreute, dem Imperialismus die Hauptniederlage nach dem II. Weltkrieg zu bereiten, vergeben ihm inzwischen (beinahe) auch die USA.



Wie sieht Vietnam heute aus? Welches Bild von sich und ihrem Land haben die Vietnamesen? Diese Fragen haben mich im Sommer 2008 durch Vietnam, von Hanoi bis in die Tiefen des Mekongdeltas, begleitet. Meine Sichtweise blieb dabei zwangsläufig eine europäische und ohne Vietnamesischkenntnisse war auch die Auswahl der Gesprächspartner beschränkt.

Wer Entwicklungsländer kennt und von ihren Schwierigkeiten weiß, wird viele davon in Vietnam wiederfinden. So greift die Hauptstadt Ha-

noi mit sechs Millionen Einwohnern inzwischen weit in das Umland des Flussdeltas aus, die Zersiedelung der Großstädte ist Kennzeichen auch von Ho-Chi-Minh-Stadt (HCM-Stadt) und Hai Phong. Die Infrastruktur hält dieser Entwicklung nicht stand. Seitenstraßen sind häufig schlecht oder gar nicht geteert, öffentlichen Nahverkehr findet man nur in Form altersgebrechlicher Busse. Es fährt damit nur, wer muss. Stattdessen quälen sich auf 800 km städtischen Straßen und Wegen zwei Millionen zugelassener Mopeds und Motorräder: zur abendlichen rush hour ein nicht enden wollender Corso von Scheinwerferkegeln, die sich zu Hunderten von Ampel zu Ampel stauen.

Hanoi liegt im Schnitt drei Meter unter dem Niveau des Roten Flusses, der südöstlich der Stadt sein Delta ausbildet. Ständig verändern die Flussarme ihre Bahnen,

der Fluss ist auch am Rande Hanois nicht befestigt und überflutet bei Hochwasser, das im Grunde ständig irgendwo auftritt, ganze Viertel. Die braunen Wasser, welche die Erde des nördlichen Berglandes abtragen, erneuern dabei die Böden des Deltas. Deshalb ist Hochwasser keine Katastrophe nach europäischen Maßstäben, sondern die Voraussetzung einer ertragreichen Landwirtschaft. Dies gilt für das nördliche Delta und in weitaus höherem Maße für das Mekongdelta im Süden mit seinen drei jährlichen Reisernten.

Die Städte ziehen, trotz der offiziellen Zuzugsrestriktionen, Menschen aus dem ganzen Land an. Etwa 20 % der 85 Millionen Vietnamesen wohnen in HCM-Stadt, Hanoi oder Hai Phong und ihre Zahl steigt immer noch überproportional zur gesamten Einwohnerzahl. Nicht die Verwaltungsbestimmungen dämpfen den Zuzug in die Städte, sondern die Lebenshaltungskosten. Im Verhältnis enorme Mieten, Verbrauchs- und Schulgebühren, aber auch der Wunsch nach einem motorisierten Verkehrsmittel wegen der

langen Wege zum Arbeitsplatz verlangen den Menschen viel Arbeit und Anstrengung in zum Teil zwei oder drei Jobs ab. Trotzdem hält die Landflucht an, denn außer Subsistenzlandwirtschaft außerhalb der Deltas, und Kleingewerbe oder Handwerk, das selten die Familie ernährt, bieten die Provinzen kaum Einkommen. Noch sind fast 70 % der arbeitsfähigen Bevölkerung in der wenig technisierten, sehr kleinflächigen Landwirtschaft tätig. Die Bevölkerung ist zu zwei Dritteln nach Ende des Vietnamkrieges 1975 geboren, im Schnitt 28 Jahre alt und benötigt gegenwärtig – mit ho-



hem Wachstumsbedarf – etwa 47 Millionen Arbeitsplätze.

Dabei hat die statistische Durchschnittsvietnamesin keine fünf Kinder mehr wie nach dem Krieg, sondern zwei. Die staatliche Förderung dieser „Idealfamilie“ besteht letztlich darin, dass Miete und Gebühren finanzierbar bleiben, wenn beide Eltern arbeiten. Und allmählich wird ein Rentensystem etabliert, das die Basis für ein Leben nach dem Renteneintritt darstellen kann.

Vietnam – ein Vorbild unter den Entwicklungsländern?

Es muss, nach vielen Hungergenerationen, zur Zeit in Vietnam niemand hungern. Die staatlichen Garantiepreise für Reis sind niedrig, aber das Zugriffsrecht auf bestimmte Lieferquoten sichert gleichzeitig den Städtern die Versorgung. Fleisch ist wesentlich teurer, wird aber vor allem als Schweinefleisch mit starken Zuwachsraten produziert.

Sieht man die wirtschaftlichen Kennzahlen des Pro-Kopf-National-

einkommens, so steht Vietnam zwischen vielen anderen rohstoffarmen Entwicklungsländern, zwischen Senegal und Sambia, zwischen der Mongolei und dem Jemen. Allerdings fehlt, anders als in den meisten Entwicklungsländern, die extreme Einkommensspreizung. Christa Esterhazy stellt 1999 fest: „Die Tatsache jedoch, dass nach wie vor weitreichende öffentliche Dienste und Einrichtungen zur Verfügung stehen, lässt Vietnam gegenüber anderen armen Ländern gut abschneiden. ... Und der UN-Index für menschliche Entwicklung listet Vietnam unter jenen vier Ländern auf, die ihr nied-

riges Einkommen besonders effizient einsetzen.“

Gelobt werden allgemein die hohe Alphabetisierungsquote von 90 % beider Geschlechter, eine Säuglingssterblichkeitsrate, die 40 % unter dem Schnitt vergleichbarer Entwicklungsländer liegt und eine allgemeine Lebenserwartung von ca. 70 Jahren.

Dies und die flankierenden gesellschaftlichen Maßnahmen, eine mindestens neunjährige, nicht nur auf dem Papier stehende Schulpflicht und die zumindest das Grundniveau sichernde Gesundheitsfürsorge für alle heben Vietnam heraus. Das Land wird nicht bloß, wie dies in den meisten Entwicklungsländern der Fall ist, von seinen Herrschern verwaltet, auf dass es mit seinen Bewohnern zur Ausbeutung durch innere und äußere Kapitalisten zur Verfügung steht. Es gibt noch einen politisch-gesellschaftlichen Gestaltungswillen im Lande und sein Träger ist die Kommunistische Partei und – in vielen Fragen des praktischen Lebens wichtiger – das sind zahlreiche gesellschaftliche Organisationen.

Vietnam – ein sozialistisches Land?

Spricht es gegen die sozialistische Entwicklung, als 1986 die Politik der Erneuerung (Doi Moi) beschlossen wurde? Ergebnis war, un-

ter anderem, dass das bebaubare Land über ein langfristiges Pachtssystem von den Genossenschaften auf die Familien (rück-)übertragen wurde. Zwischen 0,7 ha im Norden und etwa 3 ha Land im Mekong-Delta besitzen die Familien jetzt. Verhältnisse, die den in der Vergangenheit üblichen Großgrundbesitz wieder ermöglichen, sind bis heute ausgeschlossen. Es gibt (noch) keine großen Einzelkapitalien, die Börse spielt, auch schon vor der Finanzkrise, keine Rolle. Dennoch entsteht privater Reichtum, wenn größere Betriebseinheiten aufgelöst und mit Kapitalinvestitionen privatisiert werden. Dies ist, speziell im Dienstleistungsgewerbe und im Tourismus, der Fall. Die vietnamesischen Kapitalisten zeigen sich bislang ungern in der Öffentlichkeit, bewachte Nobelviertel mit ihren Luxusvillen gibt es weder in Hanoi noch in HCM-Stadt.

Vietnam durchlief zwischen 1975 und 1986 eine äußerst harte, schwierige Periode. In der an kapitalistische Standards gebundenen Literatur werden diese Jahre „*das verlorene Jahrzehnt*“ genannt. Das legt nahe, die politisch Verantwortlichen hätten grundsätzlich anders handeln können und vor allem handeln sollen. Ich teile diese Ansicht nicht.

Das Regime des Südens war, samt seiner ständigen westlichen Unterstützung, in den März- und Apriltagen 1975 gefallen. Die Städte waren angefüllt mit Millionen landloser Flüchtlinge. Das zur „*free-fire-zone*“ erklärte Umland, in dem auf alles, was sich bewegte, geschossen wurde, war zerbombt und verseucht. In den 15 Jahren des „*amerikanischen Krieges*“, wie der Vietnamkrieg dort genannt wird, starben über zwei Millionen Menschen, weitaus mehr waren verletzt, arbeitsunfähig, zu Waisen geworden, physisch und psychisch zerstört. Die allein nicht lebensfähigen Städte, die bisher von einer westfinanzierten Logistik erhalten wurden, mussten teilevakuiert werden. Niemand wollte freiwillig in bomben- und krankheitsverseuchte Gebiete gehen, also wurden Zwangsmaßnahmen gesetzt. Anstatt eine Friedensdividende zu genießen, wurden die Überlebensbedingungen gerade im Süden nochmals drastisch verschärft. Nicht nur Prostituierte (wie viele entwurzelte Frauen konn-

ten es sich erlauben, keine Prostituierten zu sein?) und „Kapitalisten“ wurden in Arbeits- und „Umerziehungslager“ gesperrt, auch viele treue Kämpfer aus dem Süden und Zweifler an der Richtigkeit dieses Vorgehens erlitten dieses Schicksal.

30 Jahre später ist die Diskussion über diese Politik ein wichtiger Meilenstein der vietnamesischen Gesellschaft geworden, um die eigene Geschichte annehmen zu können. Gerade auch die KP wird sich den Fragen stellen müssen und sie ist gut beraten, ernsthafte Antworten zu finden. Der Verweis auf den steigenden Lebensstandard ist dabei zu wenig.

Die Nutznießer und Träger des alten Systems, die christlich geprägte Führungsschicht des Südens, waren dem Zorn der verarmten, enttäuschten und perspektivlosen Massen ebenso ausgeliefert worden wie die Handelsklasse vorwiegend chinesischer Abstammung, die Hoa. Ein Ventil war die oft heillose Flucht in die südchinesische See, die für Hunderttausende entweder den Tod durch Ertrinken, durch Durst oder Piraten brachte oder die medial reichlich benutzte Aufnahme durch westliche Länder bedeutete.

Mit großer Mühe und unter noch größeren Opfern, einzig mit der Hilfe des Ostblocks, stabilisierte sich die Lage in Vietnam. Dem Einmarsch in Kambodscha folgte die prompte „Strafaktion“ durch chinesische Truppen, welche mehrere Nordprovinzen einnahmen, zerstörten und mehr als 10 000 Tote hinterließen. Viele Mittel waren absorbiert worden, die dringend für den Wiederaufbau gebraucht wurden.

So berichtet Helmut Opletal, ein österreichischer Reporter, 1984: „*Der Norden ... hat den Süden vereinnahmt. Jobs in den staatlichen Institutionen des Südens wurden mit Kadern aus Hanoi oder demobilisierten Vietkong-Soldaten besetzt... Die sozialen Gegensätze springen mehr und mehr ins Gesicht: In HCM-Stadt sitzen Kriegsgewinnler in den Cafés und Restaurants, ... während vor der Tür Kriegsversehrte, Drogensüchtige und verstößene Besatzungskinder um Essen betteln... Von der einstigen Solidarität und der kriegsbedingten Genügsamkeit im Norden spürte man immer weniger.*“

Der Versuch, die wirtschaftlichen, politischen und Verwal-

tungsstrukturen des Südens nach dem Vorbild der jahrzehntelangen Kriegs- und Notstrukturen des Nordens umzuwandeln, misslang und er musste misslingen. Lediglich die Hilfe der Sowjetunion und ihrer Alliierten vermochte Hungersnöte Mitte der achtziger Jahre zu dämpfen oder einzugrenzen. Doch welche Alternative hatte die siegreiche KP? Das kambodschanische „Modell“ vielleicht mit seinen Millionen Toten? Eines war jedenfalls sicher: die westliche Solidaritätsbewegung hatte sich längst angewidert abgewandt, weil der Traum von der klassenlosen, friedlichen Gesellschaft, sobald die bösen Amerikaner weg waren, nicht aufging.

Die Gorbatschow-Ära leitete erkennbar das Ende des sozialistischen Blocks ein und die vor allem ökonomisch motivierten Kehrtwenden in China und wenige Jahre später in Vietnam waren die Reaktionen der herrschenden kommunistischen Parteien darauf.

Vietnam – ein zweites China?

Weder die industriellen noch die landwirtschaftlichen Strukturen waren und sind dafür geeignet, Kapitalkonzentration in großem Stil zuzulassen. Es gab früher keine Megakombinate, die bestimmte Branchen hätten dominieren können. Und die landwirtschaftliche Produktion war immer dezentral und tendenziell kleinteilig. Die Akkumulation war dementsprechend gering, die steigende Staatsverschuldung nach innen und außen (gegenüber der Sowjetunion) bei gleichzeitigem Devisenmangel bezeichnen diese Situation.

In Russland standen die Führungscliquen aus den Schlüsselindustrien, in China die Provinzfürsten und die Bürgermeister in den Startlöchern bereit, um ihre Privatisierungsschlachten zu schlagen und für sich zu entscheiden. In Vietnam war dies mangels Kapitalmasse nur eingeschränkt möglich. Dies gestattete der Regierung auch, die Hereinnahme privaten ausländischen, oft auslandsvietnamesischen Kapitals schrittweise zu gestalten.

Auslandsinvestitionen und Privatisierungen werden auch in Vietnam die Ausbeutung von Arbeitskraft steigern. Entlassungen und Ar-

beitslosigkeit bei unzureichender sozialer Abdämpfung gibt es und wird es zur Zeit wirtschaftlicher Krisen verstärkt geben. Aber es gab und es gibt weiterhin keine gangbare Alternative zu Doi Moi. Abgesehen von der allgemeinen Abneigung gegen China, werden in der Bevölkerung die Nachteile der chinesischen Entwicklung gesehen. Schließlich erlebt sie Vietnam als eine neue Variante der Dominanz des nördlichen Nachbarn. Berichte und Analysen in den Medien sind häufig, gerne wird der „vietnamesische Weg“ betont.

Vietnam – einfach etwas anders oder die Wiederkehr des ewig Alten?

Bewusste Sozialisten oder Kommunisten trifft man selten, und wenn, dann sind Nostalgiker darunter, die klagen, dass früher alles gleicher (= gerechter) war. Die jüngeren Jahrgänge gehören nicht dazu. Aber auch vom kapitalistischen System Überzeugte scheint es nur wenige zu geben.

Vietnamesen sind in dieser Frage Pragmatiker, gerade weil die Schwäche und Armseeligkeit staatlicher Ordnungspolitik in der Vergangenheit keinen verlässlichen Schutz abgeben konnte. Aber der Pragmatismus bedeutet nicht Beliebigkeit und er bedeutet nicht, dass Wohlstand jeden Preis wert ist.

Es gibt ein allgemein verankertes Wertesystem, das diese Gesellschaft trägt und das auch von den Regierenden nicht straflos verletzt werden darf. Die Empörung über offene Korruption, nicht über kleine Gefälligkeiten, die jeder leistet und jeder nutzt, erfasst die Menschen in ihrer Gesamtheit und löst Grundsatzdebatten aus. Reichtum, den es in Vietnam sicher gibt, prahlt nicht, er fließt eher in unauffällige Wertanlagen –

Vietnam ist der drittgrößte Goldimporteure der Welt – und sorgt für die exquisite Schul- und Universitätsausbildung der Kinder im Ausland. Ansonsten geben Reiche ihr Geld lieber in Bangkok, wenn sie weniger reich sind, oder in Singapur, Hongkong, Europa oder den USA aus.

Das Glücksspiel ist immer noch jedem Vietnamesen verboten (und wird illegal betrieben), Drogen sind ein allgemeines Tabu und die „Zweifrau“ bleibt noch außergewöhnlich genug, um Gesprächsstoff ohne Ende zu bieten. Mit der Parteimitgliedschaft ist selbstverständlich nichts davon vereinbar, was für eine Reihe von Kadern wohl sehr anstrengend sein muss. Das Bild vom integren, moralisch einwandfrei und selbstlos handelnden Menschen, ob (sehr bescheiden verdienender) Verwaltungsbeamter oder Parteikader, wird zwar von vie-



len Gesprächspartnern belächelt, aber von niemandem – ganz anders als in China – mit Hohn und Spott bedacht.

Vietnam ist und bleibt auf nicht absehbare Zeit ein Land, in dem die Moral einen hohen gesellschaftlichen und persönlichen Rang besitzt. Dies speist sich aus so unterschiedlichen Quellen wie der konfuzianistischen und buddhistischen Tradition und Kultur, den Erfahrungen des gesamten letzten Jahrhunderts, dem Rigorismus der (veröffentlichten) sozialistischen Moral und nicht zuletzt dem Vorbild des „Väters der Vietnamesen“, Ho Chi Minh.

So altbacken und verkrustet, wie sie in vielen Einzelfällen auch da-

herkommt, sie bietet den Menschen in den Zeiten der Veränderung Stütze und Identifikation und sie verbindet Profiteure und Opfer des systemischen Wandels. Solange die Partei und ihre Gliederungen diesen gesellschaftlichen Konsens verkörpern und (mit-)gestalten, wird ihre Führungsrolle nicht in Frage stehen.

Die aktuelle Rolle Ho Chi Minhs, 40 Jahre nach seinem Tod

Ho Chi Minhs Bildnis, öfter die Altersbilder als die des jüngeren Mannes, prägen den öffentlichen Raum in Vietnam. Von Plakaten an Wänden und an Strommasten, an Häusern wie von Fahmentüchern herab grüßt er mit freundlicher Geste, milde lächelnd alle Passanten. Als Bü-

ste steht er in vielen Wohnungen, gerne auch neben einem christlichen oder buddhistischen Altar. Erfreulicherweise gibt es wenige Denkmäler von ihm: zum einen, weil die mir bekannten zumindest künstlerisch nichts taugen, zum anderen und wichtiger, weil sich seine Nachfolger wenigstens in diesem Punkt annähernd an sein

politisches Testament gehalten haben. Niemand hat sich im Gespräch, auch wenn er die KP überhaupt nicht leiden konnte, negativ über Ho Chi Minh geäußert. Lieber sagt man gar nichts.

Denn er wurde als Wiedergeburt aller vietnamesischen Tugenden, nationaler, philosophischer, sozialistischer und sogar religiöser gesehen und so für die Nachwelt konserviert. Pierre Brocheux gibt an, dass Ho Chi Minh „zwischen dem Ende des ersten Indochinakrieges 1954 und dem Beginn des zweiten (ab 1960) ... in seinem Land zu einer Kultfigur (wurde), soweit man darunter versteht, dass man ihm durch Gedenkzeremonien huldigt, dass sein

Konterfei in der Öffentlichkeit allgegenwärtig ist und dass man, indem man ihn in Versen und Kinderliedern verherrlicht, seine moralische und patriotische Vorbildfunktion hervorhebt.“ Der „Vater aller Vietnamesen“ knüpft das große Band der Versöhnung, das niemanden mehr ausschließen mag.

Die boat-people und ihre Kinder kehren (besuchsweise) in ihre Heimat zurück, ebenso die Vertragsarbeiter, die in der DDR oder der ČSSR tätig waren. Sie sind willkommen, ihre Investitionen sind es auch. Am Gesetz zur Wiedereinbürgerung, selbstverständlich unter Beibehaltung der jetzigen Staatsbürgerschaft, wird gefeilt. Land kann wieder erworben werden oder wird rückübertragen, wenn die Interessenten investieren, bauen und renovieren. Überall, selbst in den kleinsten Weilern, sieht man, wie neue Bauten hochgezogen oder alte erneuert werden.

Tempel, Pagoden, christliche Kirchen erstrahlen in frischen Farben, Auslandsgemeinden geben das Geld dazu. Ho Chi Minh ist die Mensch gewordene Klammer, welche alle Gegensätze überbrückt und zusammenhält und niemand, von keiner Seite, stellt dies in Frage. Dies war nur um den Preis möglich, ihn seiner konkreten Rolle als Partei- und Staatsführer zu berauben und ihn zur Ikone, zum weisen Asketen, allumfassenden Philosophen, ja letztlich zum Heiligen zu befördern.

Fazit

Vietnam ist, wie ich zu zeigen versuchte, ein in vieler Hinsicht besonderes Land und die Kategorien Sozialismus oder kein Sozialismus passen nicht oder würden im besten Fall eine pro forma Entscheidung darstellen, die keinen Aussagewert besitzt. Was sollte auch daraus folgen? Ein Modellcharakter ist in der Gegenwart Vietnams nicht zu sehen und das scheint mir für die weitere Entwicklung des Landes auch günstig zu sein. Was hatte das Land von diesen dummen Sprüchen, ein, zwei oder gar viele Vietnams zu schaffen, die ohne jedes Nachdenken und ohne jede persönliche Konsequenz nachgeplappert wurden? Hat die welthi-

storische Niederlage der imperialistischen Hauptmacht die Linke in Europa beflügelt? Ich spreche nur davon, dass nicht einmal notwendige Hilfe und Solidarität für dieses zerbombte und zerstörte Land nach 1975 aufgebracht wurde in linken Kreisen. Der Vietkong war chic, solange er der schwächere Kriegsgegner war und der Preis, den er für die Sympathie im Westen zu zahlen hatte, war tödlich für ungezählte Kämpfer.

Vietnams Gesellschaft amalgamiert viele Einflüsse, vor allem die kulturellen und geschichtlichen, die seit 2500 Jahren vom großen Nachbarn im Norden ausgeübt werden. Zu diesen Einflüssen und Prägungen zählt der Nationalismus, traditionell in der Abwehrhaltung gegenüber China, der auch eine, wenn auch vielfach leidvoll gebrochene, Tradition von 1000 Jahren besitzt. Da werden



die nicht einmal 150 Jahre französischer Kolonialismus beinahe schon zum flüchtigen Ereignis. Zu den Einflüssen auf Vietnam gehört mit Sicherheit auch der Sozialismus, wie ihn die Gründergeneration in Frankreich kennengelernt, aber vor allem in Indochina adaptiert hat. Deshalb sind die sozialistischen Elemente aber gerade nicht als praktische Umsetzungen theoretischer Forderungen zu sehen. Der sozialistische Einfluss kann Entwicklungen, zu denen die Gesellschaft traditionell neigt, stützen und Gegenbewegungen unter Kontrolle halten, weil dies von der Mehrheit getragen wird. So entsprechen sozialistischen Vorstellungen sicherlich das Vorhandensein von Gemeinschaftsbewusstsein, die wenig spezifische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und daher ein leichteres Aufbrechen von typischem Rollenverhalten, oder die Gleichheit als Wert, weil sie unter prekären Bedingungen das Leben und Überleben sichert.

Nochmals, das haben Sozialisten und Kommunisten nicht geschaffen, aber sie können und müssen sich darauf berufen. Andererseits hat das Jahrtausende anhaltende Leben als Reisbauern auf kleinen Parzellen eine Organisationsform erzeugt, die Gemeinschaft eben auch als Familienzusammenhalt in Abgrenzung zu anderen begreift. Kult und Aberglauben gehören dazu und wirken entsprechend auf das Bewusstsein. Die allmähliche Verstärkung, mit ihren Licht- und Schattenseiten, wird eine Veränderung einleiten und auch unser Bild vom tapferen, leidensfähigen und bedürfnislosen Bauernvolk hoffentlich auf den Misthaufen der Geschichte befördern. Die Vietnamesen haben jedes Recht der Welt auf ihre eigene Entwicklung.

Mit diesen Widersprüchen, die die Widersprüche in der materiellen Existenz begleiten, muss auch eine Kommunistische Partei mit fast 3 Millionen Mitgliedern (kann sich ein europäischer Linker überhaupt drei Millionen Kommunisten vorstellen? wie viele davon werden auch Kommunisten sein?) zurechtkommen und selbst bei allerbestem Willen sind der Aufklärung über altes Bewusstsein und der Schaffung von neuem enge Grenzen gesetzt.

Literaturhinweise:

- Statistische Angaben sind verschiedenen Quellen entnommen (Fischer Weltalmanach 2009, The World Factbook Vietnam, Bundesagentur für Außenwirtschaft)
 H. Opletal: *Begegnung mit Vietnam 1975-1997*
 Ch. Esterhazy: *Vietnam ist anders – statt eines Nachwortes* (beide Beiträge in H. Opletal (Hrsg.): *Doi Moi: Aufbruch in Vietnam*. Ffm. 1999)
 P. Brocheux: *Ho Chi Minh – Bilder einer Ikone*; aus: *Vietnam* (in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27/2008 vom 30.6.2008)
President Ho Chi Minh's Testament (English translation); hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Vietnams, Hanoi 2008
 Duong Thu Huong: *Roman ohne Namen*, Zürich 1997 (lesenswert zur Situation im Kriegsalltag; zur Zeit leider nur antiquarisch zu haben)

Israel und Hamas haben gesiegt – und wer hat verloren?

Das Schauspiel der vom Schlachtfeld zurückkehrenden Panzer, von deren Geschütz die blauweiße israelische Fahne mit dem Davidstern flatterte, die Gesichter der jungen Soldaten, ihre Körpersprache – all dies lässt keine Zweifel am Sieg Israels aufkommen. Wenn wir den Rückzug aus Gaza mit jenem aus dem Libanon vor zwei Jahren vergleichen, bedarf es keiner vielen Worte: Israel hat den Stolz und das Ansehen seiner Armee zurückerobert, die durch den Krieg im Norden schwer beschädigt worden waren. Die Welt wurde daran erinnert, dass es im Nahen Osten nur eine Militärmacht gibt, die diesen Namen auch verdient. Die Abschreckungsfähigkeit, diese magische Kraft, die Israel vor seinen Feinden schützen soll, ist in vollem Umfang wiederhergestellt. Es ist Israels Premierminister, Ehud Olmert, in der Tat gelungen, seine vom Winograd-Ausschuss festgestellten Misserfolge wieder gut zu machen.

Auch die trockenen Statistiken sprechen für einen israelischen Sieg. Das Verhältnis der Opfer lag bei 1:100! Die palästinensischen Verluste betragen 1.300, darunter 300 Kinder; die dem Boden gleich gemachten Wohnviertel, die zerstörten Einrichtungen, das sind nur die unmittelbar ins Auge springenden Zeichen einer ungeheuren humanitären Katastrophe. Anders als die israelischen Städte im Süden verfügt Gaza nicht über ein Alarmsystem vor Luftangriffen. Es gibt kein Palästinensisches Zivilschutzkommando. Es gibt in den Häusern keine „sicheren Räume“, sie ähneln Hütten mit Blechdächern. Hamas hat erklärt, im Falle dass israelische Bodentruppen in die Ortschaften eindringen, werde der Widerstand „Gaza in einen Armeefriedhof verwandeln“ und die Moral der Bodentruppen brechen. Dies ist nicht geschehen. Die Panzer haben die mit Sprengfallen verminnten Straßen umfahren und sind stattdessen über Häuserreihen gerollt und haben diese wegrasiert – eine Taktik, auf die Hamas keine Antwort hatte.

Um ein ausgewogeneres Bild zu sehen, müssen wir die umblättern. Auch die andere Seite ist von rechts nach links beschrieben, allerdings in Arabisch. Auf ihr lesen wir, dass Israel in vollem Umfang gescheitert sei. Von allen Rednertribünen herab, von den Schutthaufen in Gaza bis nach Damaskus und Qatar reklamieren die Führer der Hamas den Sieg für sich. Der Vorsitzende Khaled Mashal verkündete: „Obwohl sie ausgelöscht werden sollte, ist Hamas stärker geworden und ist heute in jedem Haus ... der Gaza-Krieg war der erste, in dem sich unser Volk auf seinem eigenen Grund und Boden als siegreich erwiesen hat“ (Asharq Alawsat, 22.01.2009). Aus diesem Blickwinkel stellt die Tatsache, dass es Israel nicht gelungen ist, die Raketenangriffe zu beenden, gemeinsam mit der wachsenden Unterstützung für Hamas einen Sieg dar. Was auf dem Schlachtfeld geschah, ist in den Augen der Hamas nicht von Bedeutung. Die Organisation räumt die militärische Überlegenheit des Feindes ein, für sie jedoch kommt es darauf an, dass sie an der Macht geblieben ist.

Israel hatte weder die Absicht, die Hamas-Regierung in Gaza zu stürzen, noch die Bewegung zu liquidieren. Auch den Gaza-Streifen wollte es nicht wiederbesetzen. Sein Ziel war es, die Bereitschaft der Hamas, Israel anzugreifen, zu reduzieren – unabhängig davon, inwieweit diese zu solchen Angriffen in der Lage ist. Vom Standpunkt der Hamas aus bestätigen die israelischen Ziele die Realität, nämlich die Auffassung, dass nur Hamas Gaza regieren kann. Es würde zuviel Geld und Blut kosten, als dass Israel es sich leisten könnte, selbst die Kontrolle über Gaza zu übernehmen, und die Palästinensische Autonomiebehörde, PA, unter Abu Mazen ist dazu zu schwach.

Ägypten spielt im Konflikt zwischen Israel und der Hamas eine zentrale Rolle. Dieser schreckliche Krieg hatte seinen Ausgangspunkt in sich, als sich die unter ägyptischer Ägide

stattfindenden Gespräche zwischen Hamas und der PA festfuhren. Damals hatte sich Hamas geweigert ein ägyptisches Dokument zu akzeptieren, in dem als Voraussetzung für die Öffnung der Grenze bei Rafah die Gründung einer vereinten palästinensischen Regierung gefordert wurde. Das Dokument beinhaltete auch die Forderung, Hamas solle die PA unter Abu Mazen als Vertreterin des Volkes anerkennen. Das Kairo-Abkommen, die Grundlage der sechsmonatigen tahdiyya (Ruhe) zwischen Israel und Hamas sollte sowohl eine Versöhnung der Palästinenser bringen als auch die Freilassung des entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit sicherstellen. Was die Hamas anging, so sollte sie, jedenfalls informell, den vom Oslo-Abkommen gesetzten Rahmen akzeptieren.

Hamas betrachtete den ägyptischen Vorschlag als strategische Drohung, mit der sie gezwungen werden sollte, den bewaffneten Kampf aufzugeben. Sie beschloss, stattdessen die tahdiyya zu aufzugeben. Die erneuten Raketenangriffe auf Israel sollten die Rahmenbedingungen ändern, vor allen Dingen sollte an Stelle Ägyptens Qatar als Vermittler fungieren. Hamas wollte eine Vereinbarung erreichen, die jener entsprach, die die libanesischen Fraktionen nach dem letzten Krieg in Doha erzielt hatten; diese hatte Hizb'ollah als rechtmäßige, bewaffnete Kraft anerkannt und hatte ihr den Weg in eine Regierung der nationalen Einheit geebnet. Hinter den bislang beispiellosen verbalen Angriffen der Hamas auf Ägypten, in denen sie diesem vorwarf, Gaza gemeinsam mit Israel unter Verschluss zu halten, stand der Traum von einem zweiten Doha-Abkommen.

Die arabische Welt war geteilt. Auf der einen Seite standen Qatar, Syrien, Iran und Hamas, auf der anderen die moderaten Staaten, angeführt von Ägypten und Saudi Arabien. Qatar versuchte in Doha einen arabischen Gipfel durchzuführen, eine Initiative, die von Ägypten torpediert

wurde. Stattdessen kam es zu einem kleineren Treffen der radikalen Allianz aus Hamas, dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad und Präsident Assad aus Syrien. Die PA, Ägypten und Saudi Arabien kritisierten die Versammlung in Doha heftig. Ägypten sammelte die UN, Europa und die Vereinigten Staaten hinter den moderaten arabischen Ländern. Das Kräfteverhältnis neigte sich eindeutig dieser Seite zu und zeigte zusammen mit dem militärischen Druck durch Israel Wirkung: Hamas kehrte nach Kairo zurück, um ein neues Waffenstillstandsabkommen zu erreichen.

Was sich hinter den Siegeserklärungen verbirgt

Die Lage vor Ort sah natürlich anders aus als die Verlautbarungen der Führer. In einer während des Krieges gehaltenen Rede formulierte Khaled Mashal seine Erwartungen für die Zeit nach dem Krieg: „Drei Jahre lang haben sie versucht, Hamas durch die Schließung der Grenzübergänge zu vernichten, das reicht. Es ist die Zeit gekommen, mit Hamas zu verhandeln, sie ist durch Wahlen legitimiert.“ Doch in Wahrheit hat Israel mittels Ägypten bereits mit Hamas verhandelt. Die Ägypter selbst haben die Rechtmäßigkeit von Hamas bestätigt. Ihre Kritik beruht nicht darauf, dass die Hamas existiert, sondern auf der Tatsache, dass sie die PA aus Gaza hinausgeworfen hat. Nicolas Sarkozy, der französische Präsident, hat seine Bereitschaft erklärt, im Rahmen einer palästinensischen Regierung der nationalen Einheit mit Hamas zu verhandeln. Der neue US-amerikanische Präsident, Barack Obama, wird sich bald entscheiden müssen, ob er der Hamas – so wie sein Vorgänger – die kalte Schulter zeigen oder gemeinsam mit Sarkozy eine Einheitsregierung unterstützen will (NY Times, 22.01.2009).

Was gerade auf der politischen Bühne geschieht ist ein Hinweis darauf, dass, ebenso wie die frühere tahdiyya, auch die jetzige Waffenstillstandsvereinbarung ein politisches Abkommen zwischen Hamas und der PA enthalten wird. Jetzt, nach dem Krieg, weiß jede der beiden Seiten, wo ihre Grenzen sind. Der ägyptische Entwurf verspricht eine Öffnung des

Grenzübergangs Rafah, jedoch nur unter Beteiligung von Abu Mazens PA. Die arabischen Staaten einerseits und die Europäische Union andererseits haben angekündigt, das Geld für den Wiederaufbau Gazas der PA und nicht Hamas ausbezahlen. Diese beiden wichtigsten Hebel wirken heute auf Hamas ein und wollen sie zwingen, mit Abu Mazen ernsthafte Gespräche über die Gründung einer Einheitsregierung zu führen. Will Hamas ihre Erfolge der letzten Jahre aufrechterhalten, muss sie flexibler werden und ihren Widerstand auf Eis legen.

Israel scheint eine interne palästinensische Versöhnung zu favorisieren. Es hat erstmals Bereitschaft erkennen lassen, im Gegenzug für die Freilassung Gilad Shalits eine große Zahl von Hamas-Gefangenen auf freien Fuß zu setzen. So z. B. in der Erklärung von Außenministerin Tzippi Livni: „Solange Gilad Shalit in den Händen der Hamas bleibt, gibt es keine Möglichkeit, die Krise im Gazastreifen zu beizulegen.“ Mit anderen Worten wird ein Gefangenen austausch Teil der Gesamtlösung der gegenwärtigen Krise sein. Der israelische Rachedurst nach der Gefangennahme Shalits scheint durch das Töten von Frauen und Kindern in Gaza gestillt. Damit wurde ein Konsens erzielt, der es der Regierung ermöglicht, die von der Hamas geforderten Hunderte von Gefangenen „mit Blut an den Händen“ frei zu lassen. Dieses Mal wird Abu Mazen nicht im Wege stehen und der große Erfolg der Hamas – die Freilassung der Gefangenen – wird die Trauer etwas verringern und der Organisation helfen, sich mit der Fatah, die sie in Ungnade aus Gaza hinausgeworfen hat, zu versöhnen.

Und wer hat nun verloren?

Es fehlen noch viele Teile in dem komplexen Puzzle der Region, daher ist auch nicht sicher, ob der ägyptische Vorschlag von Erfolg gekrönt sein wird. Wenn Iran und Syrien sich mit der neuen amerikanischen Regierung verständigen, wird Khaled Mashal seine Haltung gegenüber Abu Mazen und Israel möglicherweise mildern. Doch was, wenn bei den nahenden israelischen Wahlen die Rechte an die Macht kommt, wie

es sich derzeit abzeichnet? Ehud Olmert, Tzippi Livni und Ehud Barak, die begeistert über ein Friedensabkommen sprechen, haben gerade erst einen Krieg der Verwüstung geführt, der nur dazu gedient hat, die Rechte zu stärken. Die israelische Öffentlichkeit hat aus dem Krieg den Schluss gezogen, dass Hamas nur die Sprache der Gewalt versteht, dass Gespräche Zeitverschwendung sind und dass Binyamin Netanyahu der Richtige ist, um das Land zu führen. Während die Welt von der arabischen Seite mehr Flexibilität erwartet, gräbt sich die israelische ein. Netanyahu setzt in seiner Wahlkampagne auf die Nichtanerkennung von Hamas und die Vertagung aller Verhandlungen auf ungewisse Zeit. Israel mag in Gaza gewonnen haben, doch die gemäßigte Kadima-Partei wie auch die Arbeitspartei haben sich in den Fuß geschossen.

Ein weiteres Hindernis für ein Abkommen zwischen Hamas und Fatah oder, wenn wir schon dabei sind, zwischen den Palästinensern und Israel, ist Abu Mazens Schwäche. Der vergangene Krieg hat ihm jegliche Glaubwürdigkeit geraubt. Von seinem Volk wird er als jemand gesehen, der bei der Metzelei in Gaza mitgeholfen hat, denn während seine Kräfte in der Westbank jeglichen Ausdruck von Widerstand gegen Israel unterbunden haben, hat er sich explizit gegen Hamas ausgesprochen. Ein Absatz des ägyptischen Dokuments schlägt baldige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor. Es besteht Grund zu der Annahme, dass Hamas beide gewinnen wird. Und dann? Wie wird die neue israelische Regierung darauf reagieren? Diese schwierigen Fragen zeigen den Aberwitz dieses Krieges, der genau andersherum ausging als geplant: er hat die israelische Führung wie auch Abu Mazen geschwächt und stattdessen Hamas und Israels Rechte gestärkt.

Doch der größte Verlierer dieses Krieges war das palästinensische Volk. Die Tötung Hunderter hilfloser ZivilistInnen und die massive Zerstörung von Häusern und Besitz haben nur das Chaos vergrößert, das seit dem Abkommen von Oslo das Leben im Gaza-Streifen bestimmt. Das palästinensische Volk ist nicht nur Opfer des israelischen Blutauschs, sondern auch das seiner machtgie-

rigen Führer. Die Fatah-Regierung, korrupt bis ins Mark und Kollaborateurin der Besatzung, hat das Vertrauen der Bevölkerung verloren. Hamas, auf der anderen Seite, bieten den PalästinenserInnen ein extremistisches religiöses Programm an und liefert sie der Art von Tragödie aus, wie sie in diesem Krieg über sie hereingebrochen ist. Auf der einen Seite haben wir also Verhandlungen ohne Ziel und auf der anderen Widerstand ohne Hoffnung. Beide zusammen haben zu einer inneren Spaltung geführt, zu Blockade, Erwerbslosigkeit, unzähligen Opfern und unermesslichem Leid. Der Kampf zwischen Fatah und Hamas war für das palästinensische Volk vernichtend. Es ist an der Zeit, dass diese Organisationen den Weg frei machen für eine alternative Führung, unabhängig von der

iranischen oder der saudischen Allianz, für eine Regierung, für die die Bedürfnisse der Menschen Vorrang haben und die das Kräfteverhältnis in der arabischen wie der übrigen Welt berücksichtigt.

Der zweite große Verlierer ist die vom Sieg berauschte israelische Bevölkerung. Die Medien haben alles darangesetzt, den Konsens zu fördern, und mit beispielloser Einseitigkeit über den Krieg berichtet. Soldaten, noch ganz erhitzt von den letzten Morden, gaben in den Interviews ihrem Bedauern Ausdruck, dass das Kämpfen vorbei sei. Wieder einmal wurde die israelische Bevölkerung gelehrt, die Araber zu hassen, ihnen zu misstrauen, sie zu fürchten. Wieder einmal wurde sie von ihrer Regierung in die Irre geführt. Einige dieser Führer waren dieselben, die das Ab-

kommen von Oslo als Friedensvertrag priesen, während sie die Besatzung fortführten, die Siedlungen ausbauten und palästinensische Städte in Gefängnisse verwandelten. Heute, wo die Wahrheit für alle offen auf dem Tisch liegt – dass eine Lösung den Rückzug auf die Grenzen von 1967 erfordert – setzen Olmert, Barak und Netanyahu alles daran, sich einer Vereinbarung zu entziehen. Die israelische Regierung weigert sich, über Ostjerusalem oder die Golanhöhen zu verhandeln. Sie fährt fort mit der Finanzierung der Siedler. Unvermeidliches Ergebnis dieser Politik wird noch mehr Blut sein, ohne dass es dafür eine Rechtfertigung gäbe, einen Grund oder ein Ziel.

Yacov Ben Efrat

Aus: www.challenge-mag.com/de

Über CHALLENGE

CHALLENGE ist eine zweimonatlich erscheinende linksgerichtete Zeitschrift, die sich auf die Darstellung des israelisch-palästinensischen Konflikts im globalen Zusammenhang spezialisiert hat. Von Arabern und Juden in Jaffa herausgegeben, bietet sie politische Analysen, investigative Berichterstattung, Interviews, Augenzeugenberichte, Gender-Themen, Kunst und vieles mehr.

CHALLENGE ist während der ersten Intifada entstanden. Während der vergangenen Jahre haben wir unseren Lesern eine kompromisslose Analyse der Ereignisse geboten. Seit seinen Anfängen haben wir die Fehler des Madrid-Oslo-Prozesses aufgezeigt. Während der Regierungszeit der Arbeitspartei (1992-1996) sind wir nicht „auf Linie gegangen“ und wir halten nicht den Mund, wenn die Palästinensische Autonomiebehörde Menschenrechte verletzt.

CHALLENGE ist eine der wenigen englisch-sprachigen Quellen, die sich mit den Problemen der Araber in Israel beschäftigt. Wir berichten über Themen wie die verzweifelte Lage der einheimischen arabischen Arbeiter im Zeitalter der Globalisierung, die Kämpfe der nicht-erkannten arabischen Dörfer und die Enteignung von Land.

CHALLENGE berichtet über Genderfragen, Menschenrechte und poli-

tische Diskussionen innerhalb der arabischen Gemeinschaft Israels. Auch die fortschrittliche Kunst- und Kulturszene Israels hat einen Platz. Eng verbunden ist CHALLENGE mit dem Workers Advice Center und Sindyanna of Galilee, einer von Frauen betriebenen Fair-Trade-Organisation. Auch unterstützen wir eine Gruppe von Dokumentarfilmern, Video48.

Zur zweiten Intifada hat CHALLENGE einen kritischen Standpunkt eingenommen. Auch wenn wir die israelische Besatzung als Ursache für das Chaos in den Besetzten Gebieten ansehen, haben wir immer gesagt, dass die zweite Intifada weder ein gemeinsames Ziel noch eine gemeinsame Strategie hatte. Wir betrachten sie als einen Machtkampf zwischen der alten und neuen Riege der PLO, mit dem palästinensischen Volk als ihrem ersten Opfer.

Den Sieg der Hamas bei den palästinensischen Wahlen im Januar 2006 hat CHALLENGE als problematisch eingeschätzt.

Der Wahlprozess, ebenso wie die Palästinensische Autonomiebehörde selbst, war ein Geschöpf der Vereinbarungen von Oslo, die Hamas nicht anerkennt. Während sie die Wahlen als Vehikel benutzte, um an die Macht zu kommen, hat sich Hamas nie der Frage gestellt, was sie tun würde, wenn sie diese in einem durch das Osloabkommen definierten Rahmen erringen würde.

Das Schisma von Gaza und Westbank seit Juni 2007 reflektiert die unterschiedlichen politischen Richtungen von Hamas und Fatah: Hamas steht für eine fundamentalistische Agenda, die keine realistische Perspektive bietet, den Konflikt beizulegen. Fatah, unter Führung Abu Mazens, hat sich vor den us-amerikanisch-israelischen Karren gespannt. Keines der beiden Lager wendet sich gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Keines stellt sich arabischen Diktatoren entgegen, die fortgesetzt die Entwicklung der von ihnen regierten Bevölkerung vereiteln.

Wir sagen, wir müssen einen anderen Weg gehen, auch wenn dieser lang ist. Israelis und Palästinenser müssen im Kampf für die Rechte der Palästinenser für einen vereinigten, souveränen Staat auf allen 1967 eroberten Gebieten eine säkulare, demokratische und sozialistische Perspektive anstreben.

Einige der in CHALLENGE veröffentlichten Beiträge finden Sie in deutscher Übersetzung auf dieser Seite, andere Beiträge auf der englischsprachigen Schwesterseite, wieder andere nur in der Printausgabe. Sollten Sie sich für einen bestimmten Artikel interessieren, den Sie auf unserer Website nicht finden, stellen wir Ihnen diesen gerne zur Verfügung.

Challenge, P.O. Box 35252
Tel Aviv 61351, Israel

ARD-Talkshow "Anne Will" setzt Sendung über Krieg in Gaza ab

Für Sonntag, den 11. Januar war in den Programmzeitschriften die ARD-Talkshow „Anne Will“ mit dem Thema „Konflikt im Gazastreifen“ ausgedruckt. Kurzfristig wurde ein anderes, eher „zeitloses“ Thema ins Programm gehoben. Der folgende „Offene Brief“ initiiert von Prof. em. Dr. Mohssen Massarat und inzwischen von Hunderten Personen und Organisationen unterzeichnet, stellt die Frage nach den Gründen der Absetzung.

Sehr geehrter Herr Baumann, sehr geehrte Frau Will,

wir haben mit Entrüstung davon Kenntnis erhalten, dass die ARD eine aktuelle Sendung der Talkshow „Anne Will“ zum Konflikt im Gazastreifen kurzfristig abgesetzt hat, die für Sonntag, den 11. Januar, vorgesehen war. Zu dieser Talkshow wurden nach unserer Kenntnis u. a. auch der israelische Dirigent Daniel Barenboim und die palästinensische Hochschullehrerin Frau Dr. Farhat-Naser sowie Rupert Neudeck eingeladen. Herr Barenboim, Frau Sumaya Far-

hat-Naser und Herr Neudeck gehören zu den herausragenden Persönlichkeiten, die sich jeweils auf bewundernswerte Weise für den palästinensisch-israelischen Dialog engagieren und dafür sorgen, dass der noch bestehende dünne Faden menschlicher Beziehungen zwischen beiden Völkern nicht abreißt. Daniel Barenboim hat mit seinem West-Eastern-Divans-Orchestra palästinensische und israelische Musiker zusammengebracht. Sumaya Farhat-Naser sorgt seit Jahren unerschrocken für einen ständigen Dialog zwischen palästinensischen und israelischen Frauen.

Uns sind die Umstände, die zur Absetzung der geplanten Sendung führten, nicht bekannt. Im Ergebnis ist diese Entscheidung der Redaktion auf jeden Fall aber ein harter Schlag gegen die Pressefreiheit und die Demokratie in Deutschland, umso inakzeptabler, wenn die ARD unter politischem Druck gehandelt hat.

Wir bedauern sehr die Absetzung der Sendung. Die deutsche Öffentlichkeit hat gerade wegen der besonderen Verantwortung Deutsch-

lands gegenüber Israel und Palästina einen Anspruch auf umfassende und differenzierte Information über den Krieg in Gaza, zumal die deutschen Massenmedien ihrer Verpflichtung, über den aktuellen Konflikt objektiv zu berichten, überwiegend nicht nachkommen und die Menschen hierzulande nur einseitig informieren. Die erst geplante und dann abgesetzte Sendung der ARD-Talkshow „Anne Will“ wäre ein erster und dringender Versuch gewesen, den bestehenden Missstand der einseitigen Berichterstattung zu einem höchst brisanten wie aktuellen Krieg ein wenig zu beheben.

Wir wollen Sie, sehr geehrter Herr Baumann, sehr geehrte Frau Will, ermutigen, Ihre Entscheidung zu revidieren und die Sendung mit der Teilnahme von Daniel Barenboim und Sumaya Farhat-Naser sobald wie möglich nachzuholen und gegen jeglichen politischen Druck, von welcher Seite auch immer, standhaft zu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
... (folgen Unterschriften)

Aus: UZ-Zeitung der DKP, 6. Feb. 2009

Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?

Klassenpositionen und gesellschaftliche Ziele beachten

Ende Januar hat sich in Beirut ein eigenartiges Bündnis zusammengesoben, über das österreichische „Antiimperialisten“ im Internet berichten. Unter der Überschrift „Islamische und linke AntiimperialistInnen vereinigen sich“ steht da u. a.: „*Der stellvertretende Sekretär der Hisbollah, Scheich Naim Kassem, drückte in der Eröffnungssitzung den gemeinsamen Geist aus: Es existieren heute lediglich zwei Blöcke in dieser Welt. Der des US-Imperialismus und seiner Alliierten und auf der Gegenseite der Widerstand ungeachtet seiner ideologischen, kulturellen oder religiösen Verwurzelung. Der Widerstand muss vereint gegen seinen gemeinsamen Feind auftreten und dies ist nur mög-*

lich, indem seine Vielfältigkeit respektiert wird.“ Dieses Treffen wurde von den „Antiimperialisten“ euphorisch als Signal begrüßt, Schritte zu einer breiten internationalen „antiimperialistischen Front“ zu gehen.

Wie ist so etwas einzuschätzen? Wie sollten sich Marxisten in einer solchen Situation verhalten? Der Sachverhalt ist: Leute, die sich als „Linke“ bezeichnen, gehen hier mit Vertretern reaktionärer Kräfte zusammen. Die Klassenfrage bleibt wie die reaktionären Gesellschaftsvorstellungen dieser Islamisten völlig unbeachtet. Politik „machen“ geht aber auch für linke, fortschrittliche Kräfte – und erst recht für Marxisten – nicht ohne Analysieren der Lage, der kon-

kreten Bedingungen, der Kräfteverhältnisse, der Bewegungsrichtungen – und daraus Folgerungen zu ziehen.

Wie sind die agierenden Kräfte einzuschätzen? Für welche gesellschaftspolitischen Ziele und auf welchen Klassenpositionen stehen sie? Warum kann man sie zeitweilig unterstützen oder warum auf keinen Fall?

Wer kann andererseits für Kommunistinnen und Kommunisten sogar zu einem Bündnispartner werden – möglichst zu einem dauerhaften?

Mit der bloßen Volksweisheit, der Feind meines Feindes ist mein Freund, kann man in die Irre gehen, wenn man die Frage beantworten will, mit welchen politischen und

militärischen Akteuren sich Kommunistinnen und Kommunisten in den gegenwärtigen Konflikten solidarisierten sollten.

Ich kann eigene Erlebnisse anführen. Ich vertrat einmal die DKP auf dem Parteitag der KP des Libanon, reiste von Berlin aus an. Neben mir in der Maschine saß der Chefredakteur des gemeinsamen Theorie-Organs der arabischen Kommunistischen Parteien, ein kurdischer Genosse aus dem Irak. Während des Gesprächs zeigte er mir die Narben, die von den Einschüssen in seinem Genick herrührten, die ihm die Schergen der Baath-Partei (des Saddam Hussein) beigebracht hatten. Ich hatte in der Zeitung gelesen, in Tripoli, einer Stadt im Norden Libanons, hätten Fatah-Leute in einer Nacht siebzig kommunistische Familien umgebracht. Nach der Landung in Damaskus fragte ich den Genossen des Politbüros der KP des Libanon, ob das wahr sei. Ja, es sei wahr, siebzig Familien, Erwachsene und Kinder, „by knife“, mit dem Messer, also indem man ihnen die Kehlen durchschnitt. Und dann saß ich mit den anderen Delegierten im Parteitagspräsidium, neben mir der Vertreter der Fatah (Hamass gab es damals noch nicht). Er lobte uns Deutsche, weil wir so viele Juden umgebracht hätten - solches „Lob“ habe ich bei meinen Fahrten im Nahen Osten immer mal wieder gehört. Also der Vertreter einer Partei, die unsere Genossen abschlachtete und der mich wegen der Judenmorde lobte. War er mein Freund und ich der seinige, denn wir standen ja gemeinsam gegen das zionistische Israel: Waren wir Freunde, weil wir den gemeinsamen Gegner hatten?

Die Losung „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ taugt hier gar nichts.

Könnten Geschichtskennntnisse helfen?

Gab es da nicht das Beispiel, das Stalin erwähnte: In Großbritannien, einem imperialistischen Land, regiert die Sozialdemokratie, und gegen sie kämpft der Emir von Afghanistan, ein feudaler Herrscher. Wir Kommunisten kämpfen ebenfalls gegen den Imperialismus, auch gegen den britischen, obwohl dort die Sozialde-

mokratie regiert. Wie sollten wir uns verhalten? Stalin machte klar, dass die Hauptfrage nicht sei, der Emir ist ein Feudaler, sondern er und wir Kommunisten kämpfen gegen den Imperialismus, also auch gegen das von der Sozialdemokratie regierte Großbritannien. Der Feind meines Feindes ist mein Freund.

Wirklich? Gibt es da nicht auch andere Auskünfte? Etwa bei Marx und Engels?

Ich erinnerte mich des „*Kommunistischen Manifests*“ – es ist immer gut, in unsere Geburtsurkunde reinzuschauen. Im Abschnitt IV „*Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien*“ schrieben sie: „*Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie treten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung...*“

In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

Sie unterlässt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muss, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt...

Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.“ Jede revolutionäre Bewegung!

Die beiden Gründerväter haben im Manifest auch das Thema Kapitalismuskritik anderer Kräfte untersucht. Da gibt es heute ein breites Spektrum. Sind alle Kapitalismus- oder Imperialismuskritiker – so unterschiedlich ihre Positionen auch sonst sein mögen – unsere, der grundlegenden, marxistischen Kapitalismuskritiker Freunde?

Marx und Engels haben diese Position abgelehnt und sich mit beißendem Spott über feudale Kapitalismuskritik ausgelassen. Kapitalis-

muskritik aus der Vergangenheit ist reaktionär, Kapitalismuskritik aus der Position einer zu erkämpfenden Zukunft, das ist unsere Sache.

Es gab in der Geschichte der Kommunisten immer mal Situationen, in denen wir vor analogen Problemen standen. Hier ein Beispiel aus der Geschichte der KPD: Als 1923 das imperialistische Frankreich das Ruhrgebiet besetzte und sich dagegen eine Partisanengruppe herausbildete, waren die unterschiedlichsten Kräfte des Landes zur Positionierung gefordert. Wie verhielten sich die Kommunisten und wie Hitler?

In Essen trafen sich am 6. und 7. Januar die Kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei. Sie riefen zum gemeinsamen Kampf auf und appellierten an die deutschen Arbeiter: „*Euer Feind ist nicht der französische Soldat, nicht der französische Arbeiter noch der französische Kleinbauer, die gleich euch Ausgebeutete und Opfer der Bourgeoisie sind. Euer gemeinsamer Feind ist der deutsche und der französische Kapitalist. ... Stellt dem phrasenreichen Nationalismus der sogenannten Nationalsozialisten und ihrer Verbündeten, der großdeutschen Parteien, die internationale Solidarität und den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter gegen die internationale Bourgeoisie gegenüber.*“ Das war eine klare marxistische Klassenposition.

Trotz dieser richtigen Orientierung gab es unter Kommunisten kurzzeitig eine Position des gemeinsamen nationalen Widerstands, die viele Mitglieder der KPD völlig desorientierte. Im Juni 1923 schlug Karl Radek auf einer Sitzung der Exekutive der Komintern (EKKI) vor, die KPD solle sich an den Nationalismus der Faschisten anpassen, um von ihnen verführte Arbeiter und kleinbürgerliche Elemente zu gewinnen. Die kleinbürgerlichen Massen, Intellektuellen und Techniker, die eine große Rolle in der Revolution spielen würden, befänden sich im nationalen Gegensatz zum Kapitalismus, behauptete Radek. Um als Arbeiterpartei den Kampf um die Macht zu führen, müsse man Zugang zu diesen Massen finden. Den von den Franzosen erschossenen faschistischen Vorkämpfer der nationalistischen Partisanengruppe Leo Schlageter, würdigte Karl Radek

in dieser Rede gar als „*mutigen Soldaten der Konterrevolution*“!

Hitler orientierte im Interesse des Kapitals völlig anders: Man müsse erst die Widersacher im Reichsinneren niederkämpfen, Juden, Kommunisten usw., danach, auf dem Boden der „*geeinten*“ Nation den Krieg nach draußen richten.

Oder nehmen wir die Bedingungen während des zweiten Weltkriegs. Damals gab es in Indien – auch unter Kommunisten – die Meinung: Es nütze dem anticolonialen, antibritischen Freiheitskampf, die nationale Bewegung Indiens als Bundesgenossen des deutschen Staats zu verstehen, weil auch der gegen Großbritannien kämpfe. Solche perversen Parteinahmen gab es auch in Ägypten und – damals schon – in Palästina.

Erinnert sei auch an das Schicksal der iranischen Kommunistinnen und Kommunisten, die für den Sturz des Schah-Regimes gekämpft hatten und zunächst – obgleich sie für die Gründung einer demokratischen Republik als notwendigem Zwischenschritt zu einer sozialistischen Gesellschaft eintraten – die islamische Republik unter der Herrschaft der Mullahs anerkannten. Auf Khomeinis Befehl wurden 1982 Tausende Mitglieder und Sympathisanten der Partei verhaftet, als „*sowjetische Spione*“ verleumdet und viele Hunderte dieser politischen Gefangenen ermordet.

Dürfen sich Linke mit Fundamentalisten verbünden?

Gegenwärtig ist viel die Rede von Fundamentalismus, von islamischem, als ob es nur diesen gäbe. „*Westler*“ haben keinen Grund, mit dem Finger auf Anhänger des Islam zu verweisen, die übrigens keinesfalls alle dem Fundamentalismus anhängen. Ich kann hier nicht speziell den islamischen Fundamentalismus und seine antiaufklärerischen, frauenfeindlichen und intoleranten Positionen analysieren, sondern möchte nur einige grundsätzliche Probleme benennen, die eben nicht nur den islamischen Fundamentalismus betreffen.

Vergessen werden darf nicht, zu den Gründen eines Fundamentalismus in Ländern der Dritten Welt gehört: All die schönen Verheißungen seitens der „*Kulturbringer*“, ob sie nun offen erklärte Imperialisten oder Sozialdemokraten waren bzw. sind, erwiesen sich als irreführend, verminderten nicht, sondern erhöhten das Elend. Wo man den Ausbruch aus dieser Realität mit Hilfe von Marxismus und Kommunismus versuchte, hat das bislang auch nicht geklappt.

Ist es ein Wunder, dass Fundamentalisten sagen konnten: Unser Elend kommt dadurch zustande, dass



Shanghai 1927: Koumintang, die „*Bündnispartner*“ der KP richten kommunistische Arbeiter hin.

wir uns von unseren alten Werten, von unserer Religion, von unseren ureigensten Lebensformen abgewendet haben?

Um vor einem Missverständnis zu warnen: Orientierung an „*Fundamenten*“ ist noch kein Fundamentalismus – auch wir Marxisten haben „*Fundamente*“. Zum Fundamentalismus wird dies, sobald darauf verzichtet wird, solche Fundamente wissenschaftlich zu erarbeiten, sie rational zu begründen und der empirischen Überprüfung zu unterwerfen.

Sie sollen sich aus einem nicht weiter hinterfragbaren, gegebenenfalls geoffenbarten (*Gott hat uns dieses Land zugewiesen!*) „*Grund*“ herleiten. Dies bewirkt einen intoleranten Umgang mit Andersdenkenden, denen die fundamentalistische Orientierung mit Gewalt beizubringen ist.

Das Zurück zu den Fundamenten der eigenen „*Kultur*“, die Erinnerung an die eigene Geschichte wirken dahin, die jeweiligen Adressaten zusammenzuschweißen, sie

der Volksgemeinschaftsideologie zu unterwerfen, das Vorhandensein von Klassen und Klasseninteressen zu negieren, ist insofern dem ganz normalen bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus verwandt. Das ist ein Hinweis darauf, dass es keinen wirklichen Unterschied zwischen dem imperialistischen, insbesondere US-amerikanischen (seiner Politik der US-Amerikanisierung des Restes der Welt) und dem islamischen oder israelischen Fundamentalismus gibt. Fundamentalismus ist in keiner Weise emanzipatorisch.

Auf diese Seite der Barrikade sollten sich Linke und vor allem Marxistinnen und Marxisten niemals stellen.

Was lehren diese Beispiele?

Wurde da in der Vergangenheit in unserer Bewegung nicht oft und viel zu schnell gefolgert: Die kämpfen gegen den Imperialismus bzw. ihre/unsere bisherigen kapitalistischen Unterdrücker, sind also als unserer Freunde zu betrachten?

Was für Folgen hatte die Nichtberücksichtigung von unterschiedlichen Klasseninteressen und Gesellschaftszielen?

Wie viele von denen, die einst auch durch die führenden Parteien der Sowjetunion oder der DDR vorschnell als dauerhafte Verbündete im Kampf gegen den Imperialismus betrachtet wurden, sind auf einem antikapitalistischen Entwicklungsweg geblieben? Sind nicht einige gar im Laufe der Jahre zu fundamentalistischen, reaktionären Bewegungen „*übergelaufen*“?

Kommunisten dürfen nicht wegen vorübergehender, teilweiser „*Übereinstimmungen*“ im Kampf ihre Klassenpositionen vergessen, d. h. dass wir über den Augenblick hinausweisende Ziele haben, und wer diese des Augenblicks willen zurückstellt, der verhält sich wie Bernstein: *Das Ziel ist nichts, der Weg alles*. Das ist klassischer Opportunismus.

Es gibt Feindschaften recht unterschiedlicher Art. Wir müssen uns stets fragen, ob sich „*Feindschaften*“ in unsere über den Augenblick hinausführenden Ziele einfügen lassen. Es muss geprüft werden, in welche Rich-

tung sich der Kampf entwickelt, ob in die Zukunft hinein oder auf die Vergangenheit orientiert.

Fundamentalismus, gleich welcher Art, enthält immer die Gefahr, sich nach dem Motto zu entwickeln: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein! Das ist eine Position, wie sie auch in Europa lange Zeit und immer mal wieder Orientierung war, man denke nur an unsere Religionskriege.

Die Herausbildung der bürgerlichen Revolution, die damit verbundene Aufklärung hat dieser Position den Kampf angesagt – und: Die Aufklärung ist eine der Quellen des Marxismus, die wir nicht preisgeben werden. Und auch darum sind Fundamentalisten keine Bündnispartner für uns.

Wir müssten bei unserer Parteinahme für die Vorgänge im Nahen Osten, im Mittleren Osten und anderen Regionen der Welt immer auch dies bedenken: Wir treten nicht ein für Positionen, die hinter die Errungenschaften bürgerlicher Revo-

lutionen und bürgerlicher Aufklärung zurück zerrren sollen. Deren Leistungen und Errungenschaften weiter zu entwickeln heißt, sie vielmehr aufzuheben, nicht aber zu zerstören.

Dieser marxistischen Klassenposition entspricht auch die Resolution der Bundeswahlkonferenz der DKP am 10. Januar 2009. Dort steht unter anderem: „...

• *Wir erklären unsere Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in Israel, die sich der Aggression entgegenstellen.*

• *Wir erklären unsere Solidarität mit der Bevölkerung Palästinas und mit den politischen Kräften, Parteien und Bewegungen, die sowohl die israelische Aggression und Unterdrückung bekämpfen, sich gleichzeitig aber auch reaktionären, fundamentalistischen Bewegungen entgegenstellen, weil sie sich Emanzipation und gesellschaftlichen Fortschritt auf ihre Fahnen geschrieben haben.“*

Und vergessen wir in der aktuellen Situation auch nicht dies: Israel ist ein bürgerlicher Staat in der Epoche des Imperialismus, ein Nah-Ost-

Degen des US-Imperialismus, ein Staat, in dem es – das ist ja keine von Klassen unabhängige Sache – auch faschistische Militärs und Politiker gibt. Aber es gibt auch bürgerliche Wahlen, ein bürgerliches Parlament, Gewerkschaften und eine legale kommunistische Partei, die auch im Parlament vertreten ist. Legale kommunistische Parteien gibt es nur in wenigen arabischen Ländern.

Wir treten mit der Kraft, die wir haben, aktuell wie langfristig für eine Lösung des Nah-Ost-Konflikts ein, für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, in einem eigenen Staat neben Israel leben zu können und das friedliche Miteinander beider Staaten. Wir treten ein für die Durchsetzung demokratischer und fortschrittlicher Entwicklungen auch in dieser Region.

Robert Steigerwald

Aus : UZ – Zeitung der DKP, erscheint wöchentlich.



Abo-Verwaltung

Telefonisch: 02 01/2 48 64 82

Schriftlich: Pro-Abo-Service,

Postfach 14 07, 48237 Dülmen

Paul Frölich:

November 1918 – Versuchte Revolution

War es überhaupt eine Revolution? Man hört Ja und Nein, und zuweilen ist heftig über das Ja und

Nein gestritten worden. Der Streit hört auf, wenn jeder klar sagt, was er meint, wenn er ausspricht, was unter einer Revolution verstanden werden soll.

Die einen sagen, es war keine Revolution, denn es wurde keine unterdrückte Klasse befreit, die soziale Herrschaft ging nicht von einer Klasse auf die andere über, durch keinen Herrschaftswechsel sind die Bedingungen für eine neue Organisation der Gesellschaft geschaffen worden. Die so sprechen, wollen nur eine solche Revolution anerkennen, die siegreich gewesen ist, als deren große Musterbeispiele die französische Revolution von 1789 bis 1793 und die Oktober-Revolution von 1917 dastehen.

Wäre das richtig, so müssten wir den allgemein anerkannten Sprachgebrauch ändern und für 1830, 1848, 1871, 1905 und den russischen Februar 1917 ein neues Wort erfinden. Waren sie keine Revolutionen, weil sie niedergeschlagen wurden, oder weil nach ihnen noch ein neuer Sturmlauf notwen-



München, 22. April 1919

dig war (1917)? Der Sieg der Revolution ist eine Etappe im revolutionären Prozeß. Die Revolution beginnt vor dem Sieg und sie endet noch nicht mit der Machtergreifung der neuen herrschenden Klasse. Die Revolution beginnt, wenn das praktische Ziel im Kampfe der unterdrückten Klassen nicht bloß etwas mehr Ellenbogenfreiheit, sondern die Staatsmacht ist.

Aber eben da gibt es besonders pfiffige Leute, die sagen: „Das war doch gerade der Jammer, daß die Arbeiterklasse im November 1918 den Kampf um die Macht gar nicht wollte, es war nur ein Zusammenbruch des alten Systems.“

Wenn man verlangt, daß sich eine Klasse ihres praktischen Handelns bewußt sein soll, dann wird man mit mancher Revolution nichts anfangen können. 1789 hatten nur wenige eine Ahnung davon, daß eine Umwälzung der Machtverhältnisse erstrebt werden müsse. Man lese in den berühmten „Cahiers“ die Forderungen der Bürger und Bauern an die Reichstände und man wird mit der Lupe nach der Aufwerfung der Machtfrage suchen müssen. Dennoch begann mit ihnen die französische Revolution. Erst im revolutionären Prozeß wird sich eine Klasse ihrer Zwecke bewußt. Die wichtigste Voraussetzung für den Sieg einer Revolution ist freilich, daß der bewußte Wille zur Macht eine Klasse vorwärtstreibt.

Und der Zusammenbruch des alten Systems? Es gibt keine Revolution, die nicht vom Zusammenbruch eines alten Systems ausging, oder dem völlig zermürbten den Gnadenstoß gab. Wer glaubt, daß eine Revolution gegen ein in sich gefestigtes Herrschaftssystem möglich sei, der steht noch nicht einmal auf dem Boden des Blanquismus, sondern nur auf seinem Schatten.

Die November-Revolution, d. h. die Periode vom Kieler Matrosenaufstand bis zur Nationalversammlung in Weimar ist der erste Akt der proletarischen Revolution in Deutschland.

Aber damit ist ihre positive Bedeutung noch nicht erschöpft. Selbst jede endgültig niedergeworfene Re-

volution hat ein positives Ergebnis gebracht. Wenn es den revolutionären Klassen auch nicht gelang, die Macht zu erobern, so war der Abschluß der Revolution eine neue Machtverteilung zwischen den herrschenden Schichten und Klassen. Es wurde eine neue Grundlage für den Klassenkampf

an Macht ständig wachsende Klasse aus Furcht vor dem Proletariat nicht gewagt hatte, die politische Gewalt selbständig zu übernehmen. In ihm herrschte die Bourgeoisie nur indirekt, durch beständigen und stets sich verstärkenden Druck auf das „persönliche Regiment“, das Junkertum und die Bureaukratie. Dies Herrschaftssystem war der Bourgeoisie durchaus nicht bequem. Trotz seiner preußischen Schneidigkeit war es im Innern verhältnismäßig schwach. Es ist sehr charakteristisch, daß es, abgesehen von unbedeutenden Ausnahmefällen, nicht wagte, Militär gegen Streikende zu schicken. Im Weltkrieg brachte es nicht die Kraft auf, mit derselben rücksichtslosen Brutalität wie das bürgerliche Frankreich revolutionäre und defaitistische Bewegungen niederzuschleudern. Vor allem war die Bourgeoisie unzufrieden mit der auswärtigen Politik dieses Regierungssystems. Die Sprunghaftigkeit dieser Politik, ihre peinlichen Überraschungen, die 1908 und 1910 bis zu schweren Krisen des persönlichen Re-

giments führten, sind wesentlich darauf zurückzuführen, daß mit einem altpreußischen Regierungsapparat imperialistische, d. h. Bourgeoispolitik getrieben werden mußte.

Auf zwei Stützen ruhte dieses System. Auf dem allgemeinen Glauben an seine Unerschütterlichkeit und auf dem Militarismus. Beide brachen auf dem Schlachtfelde in Nordfrankreich und Flandern zusammen. Damit war es erledigt.

Die Bourgeoisie hatte sich dieses Apparates bedient, weil ihr jeder entschlossene Bruch mit der Tradition die Gefahr der sozialen Revolution an die Wand malte. Sie versuchte im letzten Augenblick die Revolution durch die „Parlamentarisierung“ zu verhindern. Mit dem Zusammenbruch des alten Systems war die Revolution da.

Dieser Zusammenbruch brachte schließlich der Bourgeoisie die Macht. Insoweit war das Ergebnis der Novemberrevolution ein ge-



geschaffen, eben deshalb, weil der Zusammenbruch eines Systems die Revolution einleitete. 1830 wurde in Frankreich das Regiment der Bourbonen durch eine mit begrenztem Ziel siegreiche Revolution gestürzt. Das Junkertum, das vergebens versucht hatte, den Feudalismus neben dem Kapitalismus wieder aufzubauen, wurde aus der Macht verdrängt. 1848 mußte in Frankreich die Hochfinanz die übrigen Schichten der Bourgeoisie an die Staatsmacht heranlassen, in Deutschland mußten Absolutismus und Junkertum der Bourgeoisie Zugeständnisse machen, wie auch 1905 in Rußland. Solche Neuverteilung der Macht ist möglich ohne Revolution, aber keine Revolution ohne Neuverteilung der Macht.

Was brach im November 1918 zusammen? Der „Obrigkeitsstaat“, die Schöpfung Bismarcks: Preußen-Deutschland. Es war jenes Staatsgebilde, das entstanden war, weil die Bourgeoisie, die sozial mächtigste und

schichtlicher Fortschritt. Aber die Bourgeoisie konnte die Macht nur übernehmen durch ihren Sieg als Konterrevolution.

Im November zeigte es sich, daß die einzige Klasse, die im Chaos des Zusammenbruchs die Macht tatsächlich aufnehmen konnte, das Proletariat war. In dem Augenblick, als die mächtigsten Säulen des Staatsapparats gestürzt waren, als die Massenheere die Waffen in der Hand hatten, befreit von der alten Disziplin, war das Proletariat tatsächlich die allen anderen Klassen weit überlegene Macht. Weil es das war, und weil die kapitalistische Entwicklung zu einer solchen Konzentration der entscheidenden Produktionszweige und Verkehrsmittel geführt hatte, daß sie für das Gemeineigentum reif waren, deshalb war die proletarische Revolution mit dem Zusammenbruch auf die Tagesordnung gesetzt worden. In den Parolen kam es zum Ausdruck, die sofort überall von der Arbeiterklasse erhoben wurden. 1848 war das Kampfgeschrei der französischen Arbeiter das „Recht auf Arbeit“. Unbewußt sprach sich darin aus, daß sich die Arbeiter noch nicht stark genug zur Herrschaft fühlten. Sie forderten Konzessionen. Jetzt war die allgemeine Losung der Sozialismus. Man wollte die „soziale Republik“!

Aber die Losungen waren Wünsche. Statt des Willens zur Macht hatte die Arbeiterklasse Hoffnungen und Illusionen. Deshalb war es der Bourgeoisie möglich, ihre Macht zurückzuerobern, die Bourgeoisiepublik aufzurichten. Das gelang ihr, indem sie die Vertrauensseligkeit der großen Massen ausnutzte und den revolutionären Vortrupp der Arbeiterklasse durch den Terror niederwarf. Die Sozialdemokratie ward ihr vornehmstes Werkzeug. Ihre Macht konnte sie nur aufrechterhalten durch die zeitweise aufs äußer-

ste verschärfte, zeitweise gemilderte Diktatur. Solange die Bourgeoisie zwar herrscht, aber ohne die Diktatur nicht auskommen kann, ist der Prozeß der proletarischen Revolu-

stellen, dadurch die Arbeiterklasse einigermaßen zu befriedigen und den Klassenkampf auf vorrevolutionäre Formen herabzudrücken. In dieser Hinsicht waren die Bemühungen der internationalen Bourgeoisie trotz mancher Einzelerfolge umsonst. Es kündigen sich vielmehr neue Katastrophen in der kapitalistischen Welt an. Die Diktatur bleibt aber der Arbeiterschaft jene Erfahrungen ein, die ihr im November 1918 fehlten. So leicht wird es das nächste Mal nicht sein, den proletarischen Willen zur Macht zu brechen, denn er wird nicht nur einen kleinen Vortrupp der Klasse beseelen.

Verwirklicht wurde in der November-Revolution die schwarz-rot-goldene Republik. Sie war das Ziel, daß sich die einflußreichste Partei des November, die Sozialdemokratie, stellte, als gegen ihren Willen die Revolution gekommen war. Das Ideal von 1848 sollte Fleisch und Bein erhalten. Aber da sie als Gegnerin der Revolution ein Ziel festzuhalten suchte, das hinter dem eigentlichen Ziel der Revolution weit zurückblieb, da sie nur historische Flickarbeit leisten wollte, mußte sie sich vom ersten Tage an der Gegenrevolution ausliefern. Sie mußte Hilfe suchen bei allen reaktionären Mächten und zumal beim preußischen Junkertum, dem selbst das von Motten zerfressene Ideal der Frankfurter Nationalversammlung ein Greuel war. Und es gab für die Sozialdemokraten trotz aller schwarz-rot-goldenen Hoffnungen, von denen sie in den Zeitungen und Versammlungen deklamierten, ein Warnungssignal, das ihren politischen Kurs be-

stimmte: Es darf selbst an der Fassade und der Inneneinrichtung des alten Baues nur ganz wenig geändert werden, weil die Konsequenzen eines Umbaues nicht abzusehen sind.

Aus: ARBEITER-LITERATUR, Wien, Nr. 11/1924



Bewaffnete Arbeiter der Fabrik Krauss, 22. April 1919
München

tion nicht unterbrochen. Nur unter einer Bedingung kann es der Bourgeoisie gelingen, von der Diktatur zu „normalen“ Herrschaftsmethoden überzugehen. Wenn es ihr nämlich gelingt, das relative Gleichgewicht in der Weltwirtschaft wiederherzu-

Oppositionspolitik

Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken



Rezension

Die vorliegende Arbeit wurde in einer längeren Fassung von der Philosophisch-historischen Fakultät der Universität Augsburg als Dissertationsschrift 2007 angenommen. Trotz des akademischen Charakters der Schrift (Thematisierung von „Problemstellung“, „These, Methodik und Aufbau der Arbeit“, „Begriffsbestimmung und Interpretationsrahmen“) bemüht sich der Autor um eine klare und verständliche Sprache. Die Bearbeitung und Kürzungen für diese Buchausgabe haben der Veröffentlichung sicher gut getan. Mit dem Schwerpunkt der Jahre 1950-1968 ergänzt Heigl die bereits vorliegende Publikation von Andreas Diers Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth – Leben und Werk 1906-1948 (Hamburg 2006) um die für die junge BRD so wichtigen Jahre, in denen Abendroth die zentrale Identifikationsfigur und politischer Pädagoge bei der linken politischen Orientierung einer ganzen Generation darstellte.

Heigl beschreibt ausführlich die frühen Jahre Abendroths, die für die Darstellung seines politischen Selbstverständnisses unverzichtbar sind, seine historischen Erfahrungen, politische Sozialisation und sein sozialistisches Elternhaus. Der Schüler engagierte sich in der revolutionären Arbeiterjugendbewegung und ab 1920 im Kommunistischen Jugendverband (KJVD). Schon zu diesem frühen Zeitpunkt orientierte er sich am Parteivorsitzenden Heinrich Brandler und dem führenden Theoretiker der Partei August Thalhei-

mer. 1924 nach dem Kurswechsel der KPD und der Entmachtung der so genannten „Rechten“ wurde Abendroth aus dem KJVD ausgeschlossen. Nach dem Sturz der ultralinken Parteiführung unter Ruth Fischer und Arkadi Maslow arbeitete er wieder für die KPD. 1924 begann er sein Jurastudium in Frankfurt/Main und organisierte sich in linken Studenten- und Jugendgruppen und arbeitete für die Gefangenenhilfsorganisation Rote Hilfe (RHD). Zugleich war er im Deutschen Freidenkerverband aktiv und als Mitglied der Bundesleitung des Bundes freier sozialistischer Jugend verantwortlich für die marxistische Erziehung einiger darin zusammengeschlossener Gruppen, die aus der Jugendbewegung hervorgegangen waren.

Nach dem neuerlichen ultralinken Kurswechsel der KPD 1928 wurde er gemeinsam mit über 6.000 Oppositionellen aus der KPD ausgeschlossen und organisierte sich in der KPD-Opposition von Brandler und Thalheimer. 1930 organisierte er in Hechingen ein überparteiliches antifaschistisches Kartell und trat über zu der neuen politischen Gruppe „Neu Beginnen“. Diese Gruppe blieb recht klein, bestand aber nach 1933 in der Illegalität weiter und organisierte einen beachtenswerten Widerstand. Nach der Machtübergabe an die Nazis 1933 wurde Abendroth aus dem Referendariat entlassen und ihm so der Abschluss seiner Ausbildung vereitelt. Deshalb setzte er sein Studium 1935 in Bern fort. Seine Reisen zwischen der Schweiz und Deutschland benützte er für die illegale Arbeit und Materialtransport für KPD-O und KPD. 1935 promovierte er summa cum laude mit einer völkerrechtlichen Dissertation an der juristischen Fakultät Bern. Danach kehrte er nach

Berlin zurück und arbeitete weiter illegal für den Widerstand. Im Februar 1937 wurde er im Zuge einer Verhaftungswelle gegen die KPD-O verhaftet, im Gefängnis Prinz-Albrecht-Straße schwer misshandelt und im Juli 1937 vom Oberlandesgericht in Kassel wegen Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Haft verbüßte er in Luckau. 1941 kam er kurzfristig frei; 1943 wurde er zum berüchtigten Strafbataillon 999 eingezogen und nach Jugoslawien und Griechenland geschickt. Ihm gelang es zu desertieren und zu den Partisanen zu gelangen. Trotzdem gerät er in englische Kriegsgefangenschaft nach Ägypten und in ein Umerziehungslager nach Südingland. Im November 1946 wird er nach Deutschland entlassen.

Hier tritt er der SPD bei in der Hoffnung, dass eine Umwandlung in eine marxistische Partei möglich wäre. Er übersiedelt in die SBZ, wird Richter beim Landgericht Potsdam, Oberjustizrat und Professor in Halle, Jena und Leipzig. Die beginnenden Repressionen gegen Oppositionelle veranlassten ihn 1948 zur Flucht in die Westzonen. Im Januar 1949 wird er Rektor der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven. 1951 erreicht ihn der Ruf nach Marburg zum Lehrstuhl für Politikwissenschaft. Diese Professur sollte eine der wenigen für sozialistische Wissenschaftler in der BRD im Zeitalter der Restauration und Remilitarisierung bleiben. Die alten Nazi-Seilschaften gewannen wieder an Einfluss. Jetzt beginnt der eigentliche Schwerpunkt der Arbeit Heigls.

In diesen Jahren hielt Abendroth ständigen Kontakt zu seinem aus dem kubanischen Exil zurückgekehrten politischen Lehrer Heinrich Brandler. Es fanden ein regelmäßiger Gedankenaustausch, ein umfangreicher Briefverkehr und mehrere Besuche bei Brandler in Hamburg statt.

Abendroth sichtete schon in den Jahren 1958-1961 Brandlers Nachlass.

In diesen Jahren 1950-1961 arbeitet Abendroth über die linkssozialistische Subkultur in Gewerkschaften und SPD, über eine demokratische Verfassung und setzte sich mit dem Problem Stalinismus auseinander. Er engagierte sich führend in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, in der Diskussion um die Rolle des Parlaments, der Studentenbewegung und den Versuchen linker Parteibildungen.

Als größte Illusion in Abendroths Erwartungen erwies sich die Rolle der SPD. Sie entwickelte sich nicht nur nicht zurück zum Marxismus, sondern in großen Schritten zur Partei der Monopole. 1959 war Abendroth noch Mitglied der Programmkommission der SPD und legte einen Gegenentwurf zum Godesberger Programm vor, der keine Mehrheiten fand. Mit dem Godesberger Programm verabschiedete sich die SPD endgültig von ihren sozialistischen Zielsetzungen und proklamierte sich als „Volkspartei“ - es war nicht mehr die Partei, in der Linke ihre Heimat finden konnten. Das

sollten die kritischen Studenten im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) als erste zu spüren bekommen. Da sie sich einer Reglementierung nicht fügen wollten, wurde ihnen die finanzielle Unterstützung entzogen. 1960 erklärte sich Abendroth u. a. linke Persönlichkeiten solidarisch mit dem SDS und gründete eine Fördergemeinschaft für den SDS. Deshalb wurden er und viele andere 1961 aus der SPD ausgeschlossen. In den Jahren des Aufschwungs der Studentenrevolte ist Abendroth einer der politischen Mentoren des SDS und vielfältig aktiv durch Publikationen und Vorträge.

Abendroths Einfluss führt dazu, dass von ihm und seinen Anhängern, von der „Marburger Schule“ gesprochen wird. Tatsächlich entwickelte sich Marburg zu einem zweiten Zentrum der kritischen Theorie, neben und im kritischen Diskurs zur „Frankfurter Schule“. Es wurde um demokratische Wissenschafts- und Bildungsreform, Reformmarxismus und kritische Theorie gestritten. Der linkssozialistische Flügel der „Neuen Linken“ um Abendroth hatte einen maßgeblichen Anteil an der „in-

tellektuellen Gründung der Bundesrepublik“. Diese unorthodoxe marxistische Strömung war für die Ausbildung der außerparlamentarischen Opposition wahrscheinlich unverzichtbar. Die neu entstandene antiautoritäre Linke (1965-1970) bildete Herausforderungen und gewann bald die Initiative. Heigl spricht sogar von einer Gegenhegemonie. Die Diskussion bestimmten Fragen der Provokation als Politik, die Gewaltfrage, Vietnam und der Internationalismus. Einigen „Kinderkrankheiten“ der antiautoritären Bewegung konnte Abendroth entgegensteuern.

Der Studentenbewegung der USA wurde von dem marxistischen Historiker Isaac Deutscher die Aufforderung mitgegeben, sie sollten „den schlafenden Giganten der amerikanischen Arbeiterbewegung“ nicht ignorieren, wenn sie die Basis ihrer Bewegung verbreitern wollten. Nur zusammen mit diesem Riesen kann ihre Bewegung zum Erfolg geführt werden: „Wenn ich sage, geht hinaus zur Arbeiterklasse, meine ich nicht, dass Ihr Euch an die Bürokraten Eurer Gewerkschaft wenden sollt ... Geht lieber zu dem jungen und un-

Anzeige

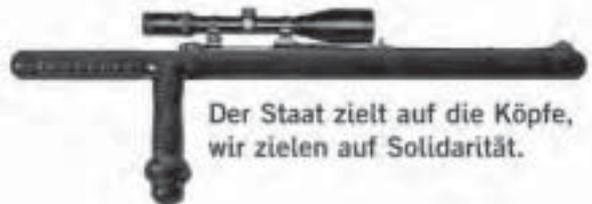


Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Schon jetzt ist abzusehen, dass im Umfeld des NATO-Gipfels im April die staatliche Repressionsmaschinerie auf Hochtouren laufen wird. Für die Zeit nach den Protesten müssen wir mit einer riesigen Zahl an Verfahren rechnen. Um die Betroffenen mit den Kosten nicht allein zu lassen, muss es deshalb wieder heißen:

Heute schon an morgen denken!

Spenden an:
Rote Hilfe e.V.,
Konto 19 11 00 462,
Postbank Dortmund,
BLZ 440 100 46
Stichwort: "NATO"



Der Staat zielt auf die Köpfe,
wir zielen auf Solidarität.

Die Rote Hilfe ist eine strömungsübergreifende linke Solidaritätsorganisation. Unsere Unterstützung gilt all denjenigen, die aufgrund ihres politischen Engagements von staatlicher Repression betroffen sind. Jeder Mitgliedsbeitrag, jede Spende ist Ausdruck von Solidarität, hilft und ermutigt trotz Repression weiter zu kämpfen. Solidarität muss auf vielen Schultern ruhen.

Darum:

Mitglied werden in der Roten Hilfe!

Solidarität ist eine Waffe!



ROTE HILFE e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3055
37002 Göttingen
T: 0551 / 770 80 08
F: 0551 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:
Kto-Nr.: 19 11 00 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund

korrumpierten Arbeiter, der die Welt der Elektronik und des Fernsehens als alltäglich findet und eindeutig fühlt, dass er trotz allem eine unterdrückte, entfremdete und ausgebeutete Kreatur ist. Wendet Euch dem jungen Arbeiter zu, appelliert an ihn, bringt den Sozialismus zu ihm!“ - Diese Position widersprach den unter Autoritären sehr populären Theorien von Herbert Marcuse, der meinte, die Arbeiterklasse habe keine historische Mission mehr, weil sie verbürgerlicht sei. Abendroth stand in der Tradition Deutschers.

Heigl vertritt die These, dass die „Neue Linke“ auf ihrem linkssozialistisch-traditionellen Flügel nicht nur über ein tragfähiges, langfristig orientiertes Politikkonzept verfügte, sondern auch die Herausbildung der „Neuen Linken“ als Ergebnis einer daran orientierten Politik zu betrachten sei.

1972 wird Abendroth emeritiert und zieht um nach Frankfurt/Main. Hier lehrt er noch mehrere Jahre an der gewerkschaftlichen Akademie der Arbeit.

Heigls ausführliche und fundierte Arbeit bietet zudem ein ausführliches Quellverzeichnis und Literaturverzeichnis der Schriften Abendroths und der Sekundärliteratur. Angesichts einer Bibliographie mit 1057

Titeln, wird die wissenschaftliche Bedeutung Abendroths noch einmal unterstrichen. Sein politisches Wirken dokumentieren nicht zuletzt die Herausstellung seiner - in den 1960er Jahren veröffentlichten drei „schulbildenden“ Arbeiten: die Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung (1965) wurde zur Standardliteratur der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme (1966) behandelte Abendroths Grundzüge der Verfassungstheorie und der Sammelband Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie (1967) versammelte seine wichtigsten politikwissenschaftlichen Beiträge. Hierzu möchte ich die SPD-Programmkritik ergänzen: Programm der Anpassung und der Resignation (1959) und Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie (1964).

Abendroths Rolle für die Ideologiebildung der Linken ist sicher vielfältig. Seine Stellung wird so beschrieben: „Er vertrat eine Tradition sozialistischer Geschichtsbetrachtung, die Peter Weiss 1977 in einer bekannten programmatischen Notiz zu seinem Buch Ästhetik des Widerstands zusammenfasste: „[...] - Abwesenheit von Zwang und Dogmatismus - Linie Luxemburg-Gramsci

- Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler - die lebendige kritische Wissenschaft -, Ablehnung jeglicher Illusionsbildung, Idealismen, Mystifikationen.“

Weiterführende Literatur:

Wolfgang Abendroth – Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1976

Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1965

Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Heilbronn 1997

Gesammelte Schriften Band 1 (1926-1948), Hannover 2006.

Gesammelte Schriften Band 2 (1949-1955), Hannover 2008.

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene. Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie.

Gesamtbibliographie der Veröffentlichungen. CD-ROM. Bonn 2006.

Andreas Diers: Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth – Leben und Werk 1906-1948. Hamburg 2006.

Abendroth-Schule. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus.

Band 1. 2. Auflage. Argument, Hamburg 1996.

Theodor Bergmann: „Gegen den Strom“ Die Geschichte der KPD(Opposition).

Hamburg 2001, S. 399.

Der blutige 1. Mai 1929 – SPD-Führer ließen schießen

Mit großer Brutalität ging am 1. Mai 1929 die Polizei in Berlin gegen alle vor, die trotz eines bereits Monate zuvor verhängten Verbots an der Tradition der Arbeiterdemonstrationen festhalten wollten. Circa 8 000 Menschen folgten vor allem in den „roten“ Arbeitervierteln Neukölln und Wedding dem Demonstrationsaufruf der KPD. Insgesamt 13 000 Polizisten wurden eingesetzt, das Demonstrationsverbot „durchzusetzen“. Die Polizei knüppelte auf die Menschen ein. Mittags gab es in der Hasenheide und am Hackeschen Markt – also nicht weit von hier – erste Verletzte und Tote durch gezielte Schüsse der Polizei. In der Kösliner Straße wurde in den Abendstunden ein Panzerwagen mit Maschi-

nengewehr eingesetzt. Häuserfronten mit roten Fahnen und erleuchtete Fenster wurden unter Dauerbeschuss genommen. Sieben Frauen starben.

In den folgenden zwei Tagen wurden der Wedding und Neukölln erneut Schauplatz rücksichtsloser Polizeieinsätze. Wieder kamen Panzerwagen und Maschinengewehre sowie Karabiner zum Einsatz. Ganze Viertel wurden zeitweise abgeriegelt. Die Bilanz des Polizeiterrors war: 33 Tote, 198 Verletzte und 1 228 Festnahmen. Ende Mai 1929 wies der SPD-Vorsitzende Otto Wels jede Schuld für die Vorfälle zurück und diskreditiert die Demonstranten als „kleinere Gruppen missgeleiteter halbreifer Burschen und Elemente, die mit der organisierten Arbeiterschaft

nicht das Geringste zu tun haben“. SPD-Reichsinnenminister Severing, der Preußische Innenminister Grzesinski sowie der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel trugen die Verantwortung für das Demonstrationsverbot sowie den Polizeieinsatz.

Auszug aus dem Artikel von Nina Hager/DKP, UZ 23. 1. 2009



Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradikalen** 66 Seiten, 2,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
ISBN 3-9809970-1-4
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg